

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Cornelia Roeckl **3** Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende
- Elisabeth Meyer-Renschhausen **12** Vom Boden der uns ernährt
- Marcin Wawrzyn **20** Die polnische Landwirtschaft und die EU-Osterweiterung
- Hans Trein **23** Großgrundbesitz und Landlosenbewegung in Brasilien
- 30** Berichte – Bücher –
Veranstaltungen – Personalie
- 47** 34. Mündener Gespräche

Liebe Leserin und lieber Leser,

vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit und der steigenden Staatsschulden soll die "Agenda 2010" mit einem Umbau des Sozialstaats einen Konjunkturaufschwung einleiten. Zweifellos weist der Sozialstaat in seiner bisherigen Form auch bürokratische Verkrustungen und Missbrauchsmöglichkeiten auf. Sie sind jedoch nicht der Kern des ganzen Problems, der vielmehr darin liegt, dass sich das entgegen allen standardökonomischen Ansichten nicht-neutrale Geld seit dem Beginn der industriellen Revolution als unfähig erweist, das gesamtwirtschaftliche Angebot und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in ein stabiles, krisenfreies Vollbeschäftigungsgleichgewicht zu bringen. Aufgrund seiner ihm innewohnenden strukturellen Macht zur Vermehrung der Geldvermögen durch den Zins und Zinseszins bewirkt das Geld seit dem frühen 19. Jahrhundert eine zunehmende soziale Polarisierung und damit einhergehend konjunkturelle und strukturelle Verwerfungen. Ihre Brisanz nimmt zu, seit es kein Wachstum mehr gibt, das es gestattet, die sozialen Konflikte zulasten der Natur zu entschärfen.

Als erste Reaktion auf die Polarisierung von Armut und Reichtum ist 1878 unter der Regierung Otto von Bismarcks der Sozialstaat entstanden – und zwar nicht als eine beim Geld ansetzende adäquate Problemlösung, sondern als bloße Symptombehandlung, die die sozialen Gegensätze mittels einer Umverteilung von Einkommen in 'erträglich' gemachter Form bestehen ließ. Auf der Basis dieser sozialen Ungleichheit konnte sich der Sozialstaat nur in den Bahnen einer immer komplizierter und teurer werdenden Sozialbürokratie entwickeln. Diesen Dschungel angesichts der Grenzen seiner Finanzierbarkeit lichten zu wollen, ist durchaus nichts Negatives, sondern eine unausweichliche Notwendigkeit. Fragwürdig ist es jedoch, den erforderlichen Umbau des Sozialstaats nach Art der "Agenda 2010" zu seinem Abbau zu nutzen, ohne die zugrundeliegende soziale Schieflage zu begradigen.

Anzeichen dieser Schieflage sind aus der nachstehenden Grafik von Helmut Creutz ersichtlich. Bei einer Steigerung des BIP von 1991 bis 2001 um 37% haben die Brutto- bzw. Netto-

Unterschiedliche Größenentwicklungen – Deutschland 1991 bis 2001

Veränderungen in Prozenten:

Ausgangszahlen in Mrd Euro:

		1991	2001
+ 23%	Nettolöhne und -gehälter:	481	590
+ 29%	Bruttolöhne und -gehälter:	697	901
+ 31%	Eink. Unternehm. u. Vermögen:	321	421
+ 37%	Bruttoinlandsprodukt:	1502	2063
+ 42%	Steuereinnahmen Staat:	337	477
+ 95%	Zinszahlungen der Banken:	155	303
+ 99%	Geldvermögen:	3083	6158

Quelle: Bundesbank | BMA

© Helmut Creutz | Nr. 137

löhne nur um 29 bzw. 23 % zugenommen, während sich die Bankzinserträge und die Geldvermögen im gleichen Zeitraum nahezu verdoppelt haben! Indem nun gemäß der "Agenda 2010" Sozialleistungen gekürzt, der Kündigungsschutz gelockert und die systembedingt erhöhten Lebensrisiken privatisiert werden, gleichen die Politiker einem Ärzteteam, das zwar ein ungeeignet wirksames Medikament 'ausschleicht', das aber dem weiterhin kranken Patienten eine bessere Medizin vorenthält. Damit noch nicht genug. Die Wirtschaftspolitik leitet damit nicht nur die Unterlassung einer notwendigen Hilfeleistung ein, sondern sie lässt sogar noch die weitere Ausbreitung der sozialen Krankheit zu, indem sie beispielsweise spekulative Hedgefonds erlaubt!

Natürlich wäre es nicht sinnvoll, anstelle der angebotspolitischen "Agenda 2010" eine Nachfragepolitik mit schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen zu betreiben. Gefragt ist tatsächlich der Mut, den berüchtigten "Reformstau" zu überwinden – allerdings mehr im Bereich des Geldwesens und der Finanzmärkte als im Bereich des Arbeitsmarkts. Statt gemäß dem nicht bewährten Deficit spending zusätzliche Nachfrage zu schaffen, sollte die ohnehin schon reichlich vorhandene, aber falsch verteilte und vielfach in spekulativen Anlagen geparkte Liquidität gemäß der von Silvio Gesell und auch von John Maynard Keynes vorgedachten Variante der Nachfragepolitik aktiviert werden, bei der sich im Laufe einer längeren Übergangszeit ein gesamtwirtschaftliches Vollbeschäftigungsgleichgewicht mit langfristig um Null schwankenden Zinsen einstellen soll. Das Geld muss so umgestaltet werden, dass es die Wirtschaft in eine verlässliche Solidargemeinschaft verwandelt, die bürokratische und teure Symptombehandlungen allmählich entbehren kann. Mit einer im Vergleich zu heute gerechteren Primärverteilung der Einkommen und Vermögen entstünde jene Grund-

lage, auf der sich der Sozialstaat ohne Verarmungsprozesse umbauen und im Sinne von mehr Eigenvorsorge auch verringern ließe. Sie würde außerdem die Bewältigung des Generationenkonflikts erleichtern, die aufgrund der Altersstruktur unserer Gesellschaft so dringend notwendig geworden ist. -

Wir werden bei anderer Gelegenheit auf die Problematik des Sozialstaats zurückkommen und wollen uns in der vorliegenden Ausgabe unserer "Zeitschrift für Sozialökonomie" annäherungsweise einem anderen Problemfeld zuwenden, dessen Ursprünge ebenfalls in das Jahr 1878 zurückreichen. Gleichzeitig mit dem Sozialstaat hat die damalige Regierung Bismarck nämlich auch die ersten Agrarzölle eingeführt und damit einen weiteren 'Sündenfall' begangen, der 'fortzeugend Böses gebär'. Inzwischen ist daraus auf der Ebene der europäischen Agrarpolitik eine monströse Bürokratie hervorgegangen, die – zum Nachteil der bäuerlichen Familienbetriebe, der Natur und der Dritten Welt – die Produktion von gigantischen Lebensmittelüberschüssen forciert und einseitig die Großlandwirtschaft begünstigt. Die BSE- und MKS-Seuchen und die Schweinepest waren unübersehbare, im buchstäblichen Sinne brennende Hinweise auf die Fehlkonstruktion der EU-Agrarpolitik. Im Zuge der EU-Osterweiterung wird sie auch noch auf Mittel- und Osteuropa übertragen, obwohl längst klar ist, dass sie grundlegend korrigiert werden muss. Die Notwendigkeit einer Beschäftigung mit der Agrarpolitik ist unabweisbar, geht es doch hierbei um die elementarsten Lebens- und Überlebensgrundlagen der Menschen in den wohlhabenden wie in den hungernden Ländern. Deshalb dokumentieren wir in diesem Heft die Beiträge zur letzten CGW-/INWO-Tagung, die unter dem Thema "Für eine Landwirtschaft im Dienst von Mensch und Natur" stand.

Ihr Werner Onken

Cornelia Roeckl:

Die gegenwärtige Situation der Landwirtschaft und Perspektiven einer praktisch-politischen Agrarwende

Übersicht

- 1 Eckdaten zur wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft
- 2 Ursachen und Hintergründe – Zur Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft
- 3 Entwicklung des Ökologischen Landbaus
- 4 Agrarwende in der Politik
- 5 Agrarwende in der Gesellschaft
- 6 Was kann jede/r einzelne für eine Agrarwende tun?

1 Eckdaten zur wirtschaftlichen Situation der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft und die gesamte Lebensmittelwirtschaft stecken in einer wirtschaftlichen und moralisch-ethischen Krise. Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel ist kontinuierlich auf inzwischen unter 13 % gesunken und unterschreitet damit deutlich die Ausgaben für z.B. Mobilität und Freizeit. Sowohl die Landwirtschaft als auch die Lebensmittelwirtschaft unterliegen einem intensiven Konzentrationsprozess, bei dem es keine wirklichen Gewinner gibt. Gleichzeitig ist das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher gründlich in Frage gestellt.

Erfreulich war, dass mit der Entdeckung von BSE-Fällen in Deutschland im November 2000 nicht nur – wie bei früheren Lebensmittelskandalen – kurzfristig bestimmte Lebensmittel gemieden werden. In der öffentlichen Debatte wurde auch die Frage gestellt: "Welche Landwirtschaft wollen wir?" Allerdings ist diese Aufmerksamkeit nach wenigen Monaten durch andere drängende politische Fragen wieder überlagert worden.

Ein durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb bewirtschaftet 40 ha landwirtschaftliche Nutzfläche mit 1,5 Arbeitskräften. Die Durchschnittsgröße beträgt in Ostdeutschland 203 ha, in Westdeutschland 29 ha. Die relativ geringe

Betriebsgröße in Westdeutschland ist u.a. dadurch erklärbar, dass rund die Hälfte aller Höfe im Nebenerwerb bewirtschaftet werden, d.h. die Familien leben überwiegend von einem außerlandwirtschaftlichen Einkommen.

Der durchschnittliche Gewinn eines Familienbetriebs beträgt 25.000 bis 30.000 Euro pro Betrieb bzw. 17.000 bis 20.000 Euro pro Familienarbeitskraft. Aus diesem Gewinn müssen sowohl der Lebensunterhalt der Familie (inkl. Sozialversicherungen und Steuern) gedeckt als auch Darlehen getilgt werden.

Die Einkommensmisere führt seit den 1960er Jahren zu einem kontinuierlichen "Strukturwandel". 47% aller Höfe bauen Eigenkapital ab, d.h. sie leben von der Substanz. Jährlich werden zahlreiche Höfe aufgegeben – verbunden mit einem einzigartigen Arbeitsplatzabbau. Von 2,7 Mio landwirtschaftlichen Arbeitskräften im Jahr 1970 waren 1997 nur noch 1,2 Mio übrig (alte Bundesländer). Im gleichen, z.T. noch stärkeren Maße ist die Produktivität gestiegen.

Der Gewinn bzw. das Einkommen pro Familienarbeitskraft liegt in der Landwirtschaft deutlich unter den als vergleichbar definierten Vergleichslöhnen in anderen Wirtschaftsbereichen (Einkommensdisparität). Dies gilt praktisch für alle Betriebstypen der Landwirtschaft.

Arbeitsplätze sind in der Landwirtschaft besonders teuer. Der Kapitalbedarf pro Arbeitskraft liegt mit 265.000 Euro doppelt so hoch wie in der gewerblichen Wirtschaft. 1960 lag die Kapitalintensität noch gleichauf. Auch und gerade in der Landwirtschaft gibt es im Gegensatz zum Image des traditionsgebundenen Bauerntums eine schnelle technische Entwicklung, hohe Leistungssteigerungen und starke strukturelle Veränderungen (z.B. Spezialisierung).

Die Gesamtkapitalrentabilität der Landwirtschaft beträgt bei sehr bescheidenen Gehältern

und Entnahmen 1 bis 2 %. Würde man für die Bäuerinnen und Bauern Entnahmen in Höhe vergleichbarer Tarifröhne ansetzen, wäre die Rentabilität im Durchschnittsbetrieb negativ.

Lebensmittel sind seit der Nachkriegszeit und verstärkt seit der Integration der Europäischen Agrarpolitik stets billiger geworden – zumindest relativ, häufig auch nominell. Dieser Preisverfall spiegelt auch einen Rückgang der Wertschätzung für Lebensmittel und ihre Erzeugung wieder. Zu diesen genannten wirtschaftlichen Daten kommt eine psychische Belastung der bäuerlichen Familien hinzu durch lange Arbeitszeit, körperliche Anstrengung und betriebswirtschaftlichen Druck. Viele Bauern und Bäuerinnen empfinden sich in einer gesellschaftlichen Defensive. Manche von ihnen bezeichnen die Landwirtschaft als "die 3. Welt in der 1. Welt". Es besteht die historisch einmalige Situation, dass Höfe keine begehrte Erbschaft mehr darstellen – das Vermögen schon, aber nicht der konkrete Hof.

2 Ursachen und Hintergründe – Zur Stellung der Landwirtschaft in der Volkswirtschaft

Manche ihrer Schwierigkeiten hat die Landwirtschaft mit dem Mittelstand gemeinsam – z.B. Nachfolgeprobleme, Betriebsaufgaben, hohe Arbeitsbelastung. Das Schicksal der Unterbewertung ihrer Tätigkeiten teilt die Landwirtschaft mit anderen essentiellen, aber nur bedingt 'marktgängigen' Bereichen wie die Hausarbeit einschließlich Kindererziehung und Altenpflege oder die Pflegeberufe. Auch die Globalisierung mit ihrem wachsenden Konkurrenzdruck erfasst selbstverständlich nicht nur die Landwirtschaft.

Daneben gibt es aber volks- und betriebswirtschaftliche Charakteristika der Landwirtschaft, die zu wenig beachtet werden. Sie hängen häufig mit ihrer Naturgebundenheit zusammen.

■ Landwirtschaftliche Produkte sind mehr oder weniger verderblich und unterliegen naturgemäßen Qualitätsschwankungen; beides führt zu einem Verkaufszwang seitens der Landwirte. Bei evtl. Übermengen lastet der Marktdruck v.a. auf den Erzeugern und führt zu drastischen Preis-

senkungen. Dies ist insbesondere bei Kulturen mit nennenswerten Ernteschwankungen (z.B. Kartoffeln) zu beobachten.

■ Andere Branchen können sinkende Gewinnraten zumindest teilweise über insgesamt steigendes Marktvolumen ausgleichen. Wenn z.B. Computer durch Effizienzsteigerung immer billiger werden, versuchen die Anbieter, leistungsstärkere und damit hochwertigere Computer abzusetzen. Dadurch wird der Strukturwandel abgefedert. In den Wohlstandsländern ist dies der Landwirtschaft angesichts gesättigter Märkte nicht möglich.

■ Die Marktstellung der Landwirtschaft ist zerstreut und kleinstrukturiert – gegenüber der Marktmacht der Verarbeitung und des Handels. Es gibt wahrscheinlich keine auf den Handel angewiesene Produktionsbranche, die derartig zersplittert ist. Andere Branchen mit überwiegend Kleinbetrieben – z.B. Frisöre – erbringen Dienstleistungen für Endverbraucher.

■ In der Landwirtschaft erzeugen nicht Maschinen und Menschen, sondern Boden, Pflanzen und Tiere. Das besondere dieser Produktionsfaktoren ist, dass sie – bei guter Pflege – parallel zur Erzeugung von Lebensmitteln auch ihre eigene Reproduktion leisten: Milchkühe gebären Kälber, Ackerflächen bauen Bodenfruchtbarkeit auf, Getreidebestände dienen der Ernährung und bringen gleichzeitig Saatgut hervor. Daher ist ein wirtschaftlicher Ansatz erforderlich, der diese Reproduktionsleistung berücksichtigt. Wird das Leistungsniveau zu hoch, wirkt sich dies negativ auf die Reproduktion aus.

■ Die teuren Arbeitsplätze (siehe 1.) erhöhen den wirtschaftlichen Druck und erschweren kurzfristige Reaktionen auf Marktveränderungen.

Trotz der offensichtlichen Unterschiede zwischen der Landwirtschaft und der Industrie (z.B. Natur- und Saisongebundenheit) und trotz der Tatsache, dass in allen Industriestaaten Agrarsubventionen bestehen, gibt es weder ein öffentliches Bewusstsein noch eine gründliche Bearbeitung der besonderen wirtschaftlichen Rolle der Landwirtschaft. Angesichts der wirtschaftlichen Misere könnte man fragen, ob in Mitteleuropa überhaupt Landwirtschaft benötigt wird. Die Ernährung der Bevölkerung kann – zumindest zu einem wachsenden Teil – auch

durch Importe sichergestellt werden, Landschaftsgestaltung auch durch angestellte "Greenkeeper" oder Honorarbauern. Wolfram Pyta beschreibt den kulturellen Beitrag der heutigen Landwirte als den "nicht eliminierbaren Rest traditioneller Bäuerlichkeit: die Naturräumlichkeit seines Wirkens. Die Abhängigkeit von klimatischen und topographischen Faktoren kann zu ausgeprägter Sensibilität für die Schranken des vom Menschen Machbaren erziehen. Und es steht zu vermuten, dass diese Besinnung auf die Grenzen der Verfügbarkeit über die Natur und ihre Geschöpfe gerade im beginnenden biotechnischen Zeitalter hoch im Kurs stehen wird."

Der Kauf von frischem, regionalem Biogemüse auf dem Wochenmarkt bringt eine Portion Bodenständigkeit in das weltoffene, moderne Alltagsleben. Kinder, die das Eigenständige und Besondere, aber auch das dem Menschen Verwandte von Tieren nicht nur an verhätschelten Streicheltieren, sondern auch am Haustier Kuh oder Schwein erleben, werden ein anderes Verhältnis zu Tieren und zu deren Ansprüchen entwickeln. Schließlich erlauben nur vielfältige, möglichst biologisch wirtschaftende Höfe die Integration von Landwirtschaft mit anderen gesellschaftlichen und sozialen Arbeitsfeldern – von Schulbauernhöfen über Höfe als Bestandteil von heilpädagogischen oder sozialtherapeutischen Einrichtungen bis hin zu Projekten, die Menschen in Lebenskrisen sprichwörtlich "Boden unter den Füßen" geben.

Die Erhaltung der bäuerlichen Landwirtschaft kann nicht mit protektionistischen oder verteidigungspolitischen Argumenten (Autarkie) begründet werden, wenn sie eine positive, zukunfts-gestaltende Kraft sein soll. Es geht vielmehr um die Pflege eines Teils unserer gemeinsamen Basis – der landschaftlichen Umwelt, der Ernährung und der Pflanzen- und Tierwelt, soweit sie Haustiere und Nutzpflanzen sind. Sogar ein erheblicher Teil der sogenannten Wildpflanzen oder Unkräuter sind angepasst und angewiesen auf Ackerstandorte, also landwirtschaftlich geprägte Umwelt.

3 Entwicklung des Ökologischen Landbaus

Die konventionelle Landwirtschaft wird aus ökologischer Sicht für folgende "Fehlleistungen" kritisiert:

- Belastung von Böden und Wasser
- Einsatz von Pestiziden
- Beitrag zur Klimaschädigung und hoher Energieverbrauch
- Einfach statt Vielfalt (Kulturen, wildelebende Pflanzen und Tiere)
- Wenig artgerechte Tierhaltung

Diese Kritikpunkte sind gut belegt und insgesamt gerechtfertigt. Allerdings sollte man nicht aus dem Auge verlieren, dass die Landwirtschaft sicher nicht schädlicher oder ihre Akteure gegenüber den Zielen des Umweltschutzes ignoranter sind als andere Wirtschaftsbereiche.

Als Reaktion auf die Kritik aus ökologischer Sicht hat sich der biologische Landbau deutlich ausgedehnt. Allerdings ist die öffentliche Debatte stärker durch den biologischen Landbau geprägt, als es seinem Anteil entspricht. Trotz erheblichen Wachstums in den letzten 20 Jahren werden heute nur wenig mehr als 3% aller Höfe biologisch bewirtschaftet. Der biologische Landbau hat Leitbildcharakter, da er Lebensmittel guter Qualität hervorbringt und gleichzeitig Umweltschäden vermeidet, die Ansprüche der Haustiere respektiert, Energie spart und betriebliche Kreisläufe schließt. Es ist inzwischen überzeugend belegt, dass auch bei Umstellung der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche auf biologischen Landbau die Ernährung gesichert wäre – eine vernünftige Reduzierung des Verbrauchs tierischer Lebensmittel vorausgesetzt.

Für eine zukunftsfähige Landwirtschaft reicht es jedoch nicht, den ökologischen Landbau im Sinne eines durch Richtlinien beschriebenen Produktionsverfahrens zu propagieren. Ein rein produktionstechnisch definierter ökologischer Landbau wird früher oder später unerwünschte Nebenwirkungen haben. Kostensenkung als Priorität hat im konventionellen Landbau zu den bekannten 'Nebenwirkungen' geführt: Rückstände aus dem Pestizideinsatz, große Tierbestände, Ausräumung der Landschaft etc. Auch im öko-

logischen Landbau wird Kostensenkung als Leitmotiv zu Spezialisierung in der Betriebsgestaltung und Monotonie in der Landschaft führen. Weitgehende Spezialisierung und hohe Intensität gehen zu Lasten der Geschlossenheit des Betriebsorganismus. Hohe Produktionsleistungen führen nicht unbedingt zur besten Lebensmittelqualität. Permanente Verbesserung der Wirtschaftsweise und Aufgabe allzu unrentabler Betriebszweige haben sicher auch in der Landwirtschaft ihre Berechtigung. Aber sie erfüllt ihre vielfältige Aufgabe nur, wenn gleichzeitig die pflegende Haltung gegenüber Erde, Pflanzen und Tieren gestärkt bzw. ermöglicht wird.

Die Umstellung auf den Biolandbau war für viele Bäuerinnen und Bauern nicht nur eine Entscheidung für mehr Ökologie, für eine schöpfungsgerechte Wirtschaftsweise oder für den Tierschutz, sondern auch für "Unabhängigkeit", Selbstbestimmung und bäuerliches Selbstbewusstsein. Das ist derzeit gefährdet – durch wirtschaftliche Entwicklungen, aber auch eine zunehmende Bürokratisierung des ökologischen Landbaus.

■ Das Problem der Einkommensdisparität und der geringen Kapitalrentabilität trifft auch den ökologischen Landbau. Bei Gewinnen, die im Durchschnitt nicht über denen vergleichbarer konventioneller Höfe liegen, und ähnlichem Kapitalbedarf kann man davon ausgehen, dass die Situation ähnlich ist.

■ Auf vielen Biohöfen sind die Gewinne rückläufig, da die Erzeugerpreise seit einigen Jahren sinken. Damit hat eine im konventionellen Bereich seit den 1960er Jahren anhaltende Entwicklung auch diese Höfe erfasst.

■ Viele Bio-Preise (z. B. für Milch) entstehen durch Aufschläge auf konventionelle Preise. Wenn die konventionellen Preise z.B. im Zuge der EU-Agrarpolitik sinken, werden die Bio-Preise mitgezogen – unabhängig von den Erzeugungskosten und/oder der Marktsituation. So erhält heute jeder Bio-Milchviehhalter weniger für seine Milch als noch vor wenigen Jahren ein konventioneller Kollege.

■ Die für Bio-Lebensmittel nach wie vor deutlich höheren Verbraucherpreise sind nur teilweise auf höhere Erzeugerpreise zurückzuführen. Min-

destens ebenso großen Einfluss haben die höheren Kosten für Verarbeitung und Vertrieb in Folge der wertschonenden Verarbeitung und der relativ geringen umgesetzten Mengen.

4 Agrarwende in der Politik

4.1 Das Dilemma der (deutschen) Agrarwende

Die Ausdehnung des biologischen Landbaus ist gesellschaftlich und politisch gewollt. Verbraucherministerin Renate Künast hat bei ihrem Amtsantritt Anfang 2001 das Ziel formuliert, den biologischen Landbau auf 20 % der Anbaufläche auszudehnen.

Alle Beteiligten sind sich einig, dass die Ausdehnung der Anbaufläche nur über eine Ausdehnung des Absatzes nachhaltig ist. Zentral ist also, die Verbraucherinnen und Verbraucher für Bioprodukte zu gewinnen. Eine solche Marktausdehnung ist nicht ohne weiteres über die bisherigen Vermarktungswege zu erreichen. Unterschiedliche Meinungen liegen über die richtige Strategie vor. Der Naturkostfachhandel verweist auf seine erfolgreiche Entwicklung, auf die Gründung zahlreicher – auch größerer – Naturkostgeschäfte und Biosupermärkte und fordert entsprechende politische Unterstützung. Politikerinnen wie Renate Künast und Bärbel Höhn verwiesen in der Vergangenheit regelmäßig darauf, dass es erforderlich sei, Bioprodukte in die Supermärkte zu bringen. Wesentliche politische Maßnahmen wie das Biosiegel und verschiedene Werbe- und Informationskampagnen zielten auf diesen Markt hin. Im letzten Jahr ist es um diese Forderung etwas stiller geworden. In Zeiten mit hoffähigem Geiz und dem gemeinsamem Auftreten von Bauernverband und Ministerin gegen Preisdumping bei Lebensmitteln stellen sich die Fragen anders. Tatsache ist, dass diejenigen Unternehmen, die in der Vergangenheit in den Marktaufbau investiert haben, wenig Unterstützung finden, während Supermärkte Vorteile durch Mitnahmeeffekte haben. Darüber hinaus ist festzustellen, dass die Marktausdehnung einen erheblichen Erzeugerpreisdruck bei Milch, Getreide und Gemüse mit sich gebracht hat. Damit gräbt die Entwicklung denjenigen Höfen

das Wasser ab, die die eigentlichen Träger der Agrarwende sind. Die relativ geringen Umstellungszahlen in den letzten Monaten sind eine unmittelbare Antwort auf diese Tatsache.

Was lässt sich aus dieser kurzen Analyse ableiten? Gerade wenn ein wesentlicher Teil der Supermarktketten Bioprodukte führt, ist es erforderlich, dass es als Alternative und Regulativ einen lebendigen, attraktiven, sich stark entwickelnden Biohandel gibt. Dieser umfasst sowohl die verschiedenen Formen der Direktvermarktung als auch die handwerklichen Bäcker und Metzger, Fachgeschäfte für Naturkost, Reformwaren oder Lebensmittelspezialitäten sowie Lebensmittelketten mit qualitätsorientierter und regionaler Ausrichtung.

Man kann z.B. in Spanien unter Glas mit Tagelöhnern aus Afrika auch Bioanbau betreiben. In anonymen Märkten ist diese soziale "Qualität" kaum zu erkennen. Diese Entwicklung kann man beklagen oder als normalen Gang der Dinge begrüßen – sicher ist es aber nicht Aufgabe der Politik, diese Entwicklung der Verbreiterung und Verbilligung gezielt zu fördern. Vielmehr wäre die Förderung von sozialen wie technischen Innovationen eine öffentliche Aufgabe. Insgesamt sollte die Politik nicht auf direkte Impulse zur Verbreiterung setzen, sondern auf Vertiefung und Verbesserung auf allen Ebenen. Praxisnahe Forschung, Pilotprojekte, Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die wesentliche Fragen des biologischen Landbaus und des Biomarktes von der Produktionstechnik bis zur Vermarktung und regionalen Kooperation bearbeiten, sollten unterstützt werden. Deren Ergebnisse und Erfahrungen werden ihren Weg in die landwirtschaftliche Praxis und in den Handel mehr oder weniger von allein finden.

Der wichtigste politische Beitrag zur Entwicklung der biologischen Landwirtschaft und des Biomarktes ist jedoch, die gesamte Agrarpolitik, insbesondere in der EU, auf das Ziel stabiler Erzeugerpreise auszurichten. Hierfür müssen einerseits die Subventionen an ökologische und soziale Leistungen sowie die Zahl der Beschäftigten gebunden und andererseits die Exportorientierung der Agrarpolitik überwunden werden. Solange konventionelle Lebensmittel zu

billig sind, hat der biologische Landbau keine guten Aussichten.

Selbstverständlich werden es die Verbände des Biolandbaus und ihre Partner bei nur 3% Marktanteil auch in Zukunft schwer haben, die Agrarpolitik zu beeinflussen. Zudem hat der selbstauferlegte Verzicht auf Betriebsmittel Konsequenzen für die Lobbyarbeit. Das Ideal des möglichst geschlossenen Betriebskreislaufs führt zu geringen Zukäufen von Betriebsmitteln wie Futter, Mineraldünger, Pestiziden. Während die Lobbyorganisationen der Agrarindustrie mit dem Bauernverband eng verbunden sind, steht die biobäuerliche Lobby zunächst weitgehend allein. Sie ist auf die Unterstützung der Verbraucherorganisationen, Umweltverbände etc. angewiesen, die quasi stellvertretend für die Profiteure des biologischen Landbaus – die Umwelt und die Gesundheit – streiten.

4.2 EU-Agrarpolitik: Subventionierung der Landwirtschaft

Seit Abschluss der Römischen Verträge 1957 gibt es eine gemeinsame Agrarpolitik der EG bzw. der EU. Ihre Begründungen, Instrumente etc. sind vielfältig und können an dieser Stelle nur gestreift werden. Aus heutiger Sicht scheint die EU-Agrarpolitik komplex, teuer, wenig effizient und bürokratisch. Die in den 1950er Jahren formulierten Ziele – Ernährungssicherung durch Ertragssteigerung und soziale Abfederung des Strukturwandels – hat sie trotzdem erreicht.

Die wichtigsten Instrumente der EU-Agrarpolitik sind:

- Intervention (Aufkäufe) und Exportbeihilfe sowie subventionierte Verfütterung und Verwertung
- Direktzahlungen an Landwirte, v.a. für die Kulturen Getreide, Raps und Mais, nicht dagegen für Grünland und Klee gras
- Tierprämien (v.a. Mastbullen, Schafe)
- Produktionsquoten für Milch und Zucker
- Zölle (Zucker)
- Extensivierungsprämien – diese Flächenprämien für extensiven und ökologischen Landbau wurden eingerichtet, um Überschüsse zu reduzieren. Eine Förderung des ökologischen Landbaus wurde indirekt erreicht.

Hauptkritikpunkt an der EU-Agrarpolitik ist die sozial ungerechte Verteilung: 7% der Betriebe erhalten 50% der Prämien. Trotz des erheblichen Mitteleinsatzes löst daher das derzeitige Subventionssystem die Einkommensprobleme der meisten Höfe nicht. Die Zahlungen kommen nur zum Teil tatsächlich der Landwirtschaft zugute. Dazu einige Beispiele:

- Exportsubventionen stützen zwar das Erzeugerpreisniveau, sie fließen jedoch vor allem in die Kassen der privaten Lagerhalter und Exporteure.
- Flächenprämien führen zu steigenden Pachtpreisen, steigern also auch die Einnahmen ehemaliger statt nur der pachtenden Bauern.
- Auch die agrarpolitische Gestaltung der Subventionen ist nach wie vor nicht auf bäuerliche und ökologische Landwirtschaft ausgerichtet. Große Flächen und Tierbestände bringen Vorteile, während die Bezahlung von sogenannten "Umweltleistungen" vergleichsweise wenig und der Erhalt von Arbeitsplätzen überhaupt nicht berücksichtigt wird.

Der Agrarmarkt ist in hohem Maße politisch gestaltet, Subventionen und Subventionspolitik bestimmen Wirtschaftsweise und Intensität in den Betrieben. Insofern haben die Verbraucher die niedrigen Lebensmittelpreise bereits über ihre Steuern für den gemeinsamen Agrarmarkt der EU bezahlt. Eine Umschichtung zugunsten von Betrieben, die das öffentliche Gut "Landschaft" pflegen, Arbeitsplätze schaffen und externe Kosten vermeiden, würde also erhebliche Effizienzgewinne sowohl für Verbraucher als auch für eine Mehrheit der Bauern ergeben. Um dieses Ziel zu erreichen, muss die EU auf Überschussproduktion und Exporte auf dem Weltmarkt verzichten und dafür Sorge tragen, dass die Landwirtschaft nach den Bedürfnissen der europäischen Gesellschaft organisiert wird. "Es ist sinnlos, unsere Landwirtschaft für einen Weltmarkt fit zu machen, der noch weniger angemessene Preise für unsere Produkte bezahlen kann und wird als unsere eigenen Verbraucher." (Frieder Thomas).

5 Agrarwende in der Gesellschaft

Eine Agrarwende wird nicht stattfinden ohne Verhaltensänderungen in der Gesellschaft.

Ansatzpunkte dafür gibt es auf verschiedenen Ebenen.

5.1 Die zentrale Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher oder: Geben Verbraucher mehr Geld für gute Lebensmittel aus?

Die zentrale Rolle der Verbraucherinnen und Verbraucher besteht nicht nur aus ihrer entscheidenden Funktion als Konsumenten, also als Akteure am Markt, sondern auch als Argument in der politischen Debatte. Wie entscheidend die Bereitschaft der Verbraucherinnen und Verbraucher ist, für gute Lebensmittel einen angemessenen Preis zu zahlen, darauf wird spätestens seit der BSE – Krise immer wieder hingewiesen.

Bisher führt ein steigender volkswirtschaftlicher und individueller Wohlstand dazu, dass relativ geringere Teile des Einkommens für Lebensmittel ausgegeben werden. In der Wirtschaftswissenschaft ist seit langem bekannt, dass inferiore (geringwertige) Güter mit zunehmendem Wohlstand ersetzt werden durch höherwertige bzw. Luxuskonsum. Mehr als sich satt zu essen, kann man eben nicht. Der Ersatz einfacher pflanzlicher Kost durch einen hohen Anteil an tierischen Lebensmitteln ist sehr weit fortgeschritten – z.T. weiter als es für die Gesundheit zuträglich ist. Man kann zwar mehr Geld für Lebensmittel ausgeben, indem man außer Haus statt zu Hause oder stark verarbeitete Produkte konsumiert. Diese 'Aufwertung' der Lebensmittel kommt jedoch wirtschaftlich nicht der Urproduktion zugute, sondern der nachgelagerten Verarbeitung und Vermarktung.

Wie die Bereitschaft gefördert werden kann, einen höheren Anteil des Haushaltsbudgets für landwirtschaftliche Urprodukte auszugeben – wenn auch teilweise vermittelt über mehrstufige Verarbeitungs- und Vermarktungsketten –, ist nach wie vor offen. Wichtig wäre, dass die höheren Preise nicht nur die entsprechend teurere Logistik und Kommunikation decken, sondern auch angemessene Erzeugerpreise ermöglichen.

5.2 Handlungsmöglichkeiten der Höfe

Die Landwirtschaft kann selbst dazu beitragen, Prioritäten und Zahlungsbereitschaft zu beeinflussen und zumindest Ansatzpunkte für eine partielle Trendwende zu schaffen.

Landwirtschaft muss alltäglicher Bestandteil auch des städtischen Lebens sein. Die Kette bzw. der Zusammenhang zwischen Landschaft, Ackerbau und Tierhaltung, Agrarprodukten und Lebensmitteln muss jeder Städterin und jedem Städter bewusst sein und mit positiven Empfindungen verknüpft werden. Wenn es gelingt, durch Schulbauernhöfe, Urlaub auf dem Bauernhof, Kleingärten in der Stadt, Direktvermarktung, regionale Frischemärkte in allen Stadtvierteln oder neue fantasievolle Angebote, eine alltägliche Präsenz der landwirtschaftlichen Urproduktion zu erreichen, kann sich deren Bedeutung und Wert vielleicht besser gegen konkurrierende Konsumgüter wie Autos, Fernreisen oder Handys behaupten. Auch in dieser Hinsicht sind Modelle wie Landwirtschaftsgemeinschaften und Höfe in gemeinnütziger Trägerschaft (siehe unten) von Bedeutung.

Landwirtschaft darf nicht am Markt vorbei produzieren. Diese Binsenweisheit gilt, obwohl die Einkommen der Landwirtschaft wesentlich durch staatliche Zuschüsse bestimmt werden und sich dies höchstens langfristig ändern wird. Neben der klassischen Direktvermarktung über Märkte, Hofläden, Abokisten oder Direktbelieferung liegt noch erhebliches Entwicklungspotential in einer regionalen Vermarktung mit bäuerlicher Beteiligung oder enger Kooperation zwischen Landwirtschaft und den nachgeschalteten Beteiligten.

"Solange Agrarprodukte im Überschuss erzeugt werden – und dafür hat die bisherige Politik gesorgt –, wird es kaum höhere Erzeugerpreise geben. Eine Lösung ist nicht nur eine grundsätzliche Absenkung des Intensitätsniveaus, sondern auch der Aufbau differenzierter Märkte (regionale Märkte, Qualitätsmärkte u. a. mehr), die es den Landwirten ermöglichen, selbst flexibel auf diesen Märkten zu agieren. ... Ökonomisch gesprochen geht es um die Segmentierung des

globalen Marktes. Während auf dem globalen Markt der Preis des weltweit gesuchten günstigsten Anbieters zu bezahlen ist, ergeben sich durch Segmentierung des Marktes veränderte Angebots- und Nachfrageverhältnisse." (Frieder Thomas).

Um es plakativ auszudrücken: Eine intensive Hühnerhaltung wird die Verbraucherinnen und Verbraucher stets auf Abstand halten; aus hygienischen Gründen, aber auch, weil die Konsumenten wenig begeistert wären zu sehen, unter welchen Bedingungen ihre Frühstückseier erzeugt werden. Der Hof mit Zukunft dagegen wird sich weit öffnen für seine Kundinnen und Kunden – idealerweise sowohl anlässlich des Absatzes der Produkte als auch in einer rechtlichen und sozialen Trägerschaft des Hofes und der Verantwortungsübernahme durch Nichtlandwirte.

5.3 Von der "Erwerbskombination" zur "gemeinnützigen" Landwirtschaft

Die nachfolgend beschriebenen Möglichkeiten kommen alle 'aus der Praxis' und stehen in einem Spannungsverhältnis zwischen pragmatischem Überleben und praktischer Umsetzung von Visionen.

Erwerbskombinationen

Seit Jahrhunderten werden Höfe im Nebenerwerb (weiter)geführt, wenn sie allein keine Existenz (mehr) sichern. 50% aller Betriebe in Deutschland sind Nebenerwerbsbetriebe. Daneben gibt es eine ebenfalls langjährige Tradition der 'Erwerbskombinationen'. Integration von Verarbeitung und Vermarktung, Bauernhofcafé, Sozialarbeit im weitesten Sinne, Ferien auf dem Bauernhof etc. ermöglichen das Weiterbestehen der Höfe. Auch das Phänomen, dass viele Landwirte ihre Maschinen selbst reparieren, bedeutet, dass eine weitere 'Verarbeitungsstufe' in den Betrieb integriert wird, da dort eine höhere Wertschätzung und Wertschöpfung besteht.

Diese an sich sinnvollen Strategien verschleiern die Tatsache, dass es heute nahezu ausgeschlossen ist, von der landwirtschaftlichen Erzeugung selbst zu existieren. Auf privater Ebene geben die Höfe ihre Überschüsse aus anderen

Bereichen in die Landwirtschaft. Es erfolgt eine 'individuelle Umverteilung', die das Grundproblem nicht löst. Eine überbetriebliche Gestaltung dieses Prozesses steht noch aus. Zudem ist zu berücksichtigen, dass diese Strategien sehr hohe Anforderungen in den Bereichen Marketing, Organisation, Kundenorientierung und Personalführung stellen.

Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe

Einen weiteren Schritt stellt die Gestaltung von Landwirtschaft als 'gesellschaftliche/soziale Aufgabe' dar. Es sollen Ansätze beschrieben werden, wie Wirtschaft, d.h. hier Erzeugung, Verteilung und Verbrauch von Lebensmitteln, so gestaltet werden können, dass sie den besonderen Anforderungen einer ökologischen Landbewirtschaftung entsprechen. Angesichts der als Moloch erlebten Wirtschaft ist es notwendig (und möglich), einzeln und in Gruppen anders zu denken, zu handeln und andere Verabredungen zu treffen.

a) Eigenanbau in zeitgemäßen Formen

Einige Höfe vermieten Gemüsebauparzellen an "Städter". Der Hof pflügt den Acker und sät das Gemüse, die Mieter übernehmen Pflege und Ernte. Auf diese Weise können Familien eigenes Gemüse ernten, genießen dabei aber fachliche Unterstützung und sozialen Austausch.

b) Community Supported Agriculture (CSA)

entsteht, wenn eine Gruppe von Verbraucherinnen und Verbrauchern das Jahresbudget einer Gärtnerei oder eines Hofes deckt und dafür ganzjährig mit Gemüse oder anderen Lebensmitteln versorgt wird. Das Modell verbreitete sich insbesondere in den USA erstaunlich schnell. Greg Pilley, der die Chancen von CSA für Großbritannien ermittelte, beschreibt ihre Vorteile wie folgt: "CSA als Ansatz für Lebensmittelerzeugung und -verteilung ist nachhaltiger als die konventionelle landwirtschaftliche Praxis, denn sie reduziert Transportwege, sichert Höfen ein stabiles Einkommen, vermindert Verpackungsaufwand und Chemieeinsatz und fördert eine gesunde Ernährung. Insgesamt steht CSA für einen nachhaltigen Lebensstil durch die Verknüpfung einer Gruppe oder einer Gemeinde mit einem Hof." (Pilley 2001, Übersetzung CR)

c) Gemeinnützige Trägerschaft von Landwirtschaft

Seit den 1960er Jahren bilden sich gemeinnützige Träger für biologisch-dynamische und ökologische Landwirtschaft; inzwischen gibt es in Deutschland ca. 50 derartige Vereine. Sie formulieren ihre Ziele in Anlehnung an das Leitbild des ökologischen Landbaus einerseits und an die Vorgaben des Steuerrechts zur Gemeinnützigkeit andererseits. Vereinsziele sind z.B. die Pflege der Kulturlandschaft, Förderung der Artenvielfalt, Forschung, Bildungsangebote oder therapeutische Aufgaben. Dabei ergeben sich ganz unterschiedliche rechtliche Gestaltungen. Meistens liegt das Eigentum an Grund und Boden – oft auch an den Wohn- und Wirtschaftsgebäuden – in der Hand des gemeinnützigen Vereins, seltener auch das lebende und tote Inventar. In der Regel erfolgt eine Verpachtung des Betriebes an eine Bewirtschafterfamilie oder Betriebsgemeinschaft. Die Pacht dient u.a. dazu, Darlehen des Vereins für den Kauf des Hofes oder Gebäudeinvestitionen zu bedienen. In anderen Fällen wird nur eine geringe Pacht gezahlt, aber der Pächter verpflichtet sich zur Erhaltung der Gebäude.

Wichtige Vorteile bzw. Chancen der gemeinnützigen Trägerschaft sind:

- Die Existenz eines Hofes und seine nachhaltige ökologische Bewirtschaftung können unabhängig von der Erbfolge gesichert werden.
- Die Bewirtschaftung eines Hofes kann durch Menschen erfolgen, die die erforderlichen Fähigkeiten und Erfahrungen haben und z.B. das Kapital für das Inventar aufbringen können – nicht jedoch für Land und Gebäude.
- Der Boden wird als eigentlich unverkäufliche Existenzgrundlage des Menschen behandelt, nicht als Spekulationsobjekt.
- Zinsgünstige oder zinslose Mittel für den Kauf eines Hofes oder Investitionen können leichter aufgebracht werden.
- Die gemeinnützige Trägerschaft bietet einen Rahmen für regionales Bürgerengagement in der Landwirtschaft, für ihre vielfältigen ökologischen, kulturellen oder sozialen Aufgaben und Möglichkeiten.
- Einige Landwirte auf Höfen in gemeinnütziger

Trägerschaft haben die Erfahrung gemacht, dass die Beratung aus dem Verein, z. B. bei Investitionsmaßnahmen, hilfreich ist.

5.4 Soziale Leitbilder für die Landwirtschaft

Eine Analyse der historischen Entwicklung zeigt die enge Verquickung technischer und damit ökologischer sowie sozialer Entwicklungen in der Landwirtschaft. Entsprechend brauchen der Agrarsektor und die Lebensmittelwirtschaft auch soziale Leitbilder. Dazu nachfolgend einige Thesen:

1. Multifunktionale Landwirtschaft erfordert vielfältige Betriebsstrukturen. Auch Selbstversorgung, Kleinbetriebe, Nebenerwerbshöfe, Erwerbsskombinationen sind relevante Formen landwirtschaftlicher Erzeugung. Sie dürfen nicht nur als Schritte in den Ausstieg aus der Landwirtschaft angesehen und bei Subventionen nicht benachteiligt werden.
2. Ebenso wichtig wie ein ausreichendes Einkommen sind für Bäuerinnen und Bauern eine tragbare Arbeitsbelastung sowie die Möglichkeit zu Urlaub, Hobbys und Weiterbildung. Dies ist in Ein-Generationen-Familienbetrieben ohne Angestellte nur selten möglich. Die auf den Höfen Verantwortlichen werden durch Bindung langfristiger Mitarbeiter, durch Bildung von Kooperationen, Betriebsgemeinschaften etc. Lösungen entwickeln. Eine Erleichterung und Unterstützung durch Bindung der Subventionen an die Schaffung von Arbeitsplätzen, durch ein vielfältiges Fortbildungs- und Qualifizierungsangebot und die Modernisierung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wäre hier hilfreich.
3. Eine so verstandene Landwirtschaft beruht auf einem veränderten Selbst- und Berufsbild. Das hat Konsequenzen für die Berufsbiografie, die Ausbildung etc.
4. Landwirtschaftliche Betriebe brauchen ein regionales Umfeld, das sie unterstützt. Hierzu sind die beschriebenen Instrumente der gemeinnützigen Trägerschaft gute Ansätze. Weitere Formen müssen betriebsindividuell entwickelt werden.

6 Was kann jede/r einzelne für eine Agrarwende tun?

Als Bodeneigentümer oder nicht-aktiver Hoferbe können Privatpersonen Flächen zu günstigen Konditionen an Biohöfe verpachten oder schrittweise die Überführung in einen gemeinnützigen Träger betreiben.

Als Mitglied von Kirchengemeinden kann man nachfragen und Einfluss nehmen, wie die landwirtschaftlichen Flächen der Gemeinde genutzt und verpachtet werden. Angesichts der hohen Bedeutung der Kirchen als Landeigentümer ist dies nicht unbedeutend.

Als Sparerin/Sparer kann man eigene Rücklagen über ein "Grünes Konto" der GLS Gemeinschaftsbank eG für Kredite an Biohöfe zur Verfügung stellen. Ein eventueller Zinsverzicht kommt in Form von zinsgünstigen Krediten den Kreditnehmern zugute (siehe den Aufsatz von Christof Lützel "Eine Initiative auf dem Weg – Die Gemeinschaftsbank für Leihen und Schenken GLS" in ZfsÖ 135. Folge | 2002).

Als Spenderin/Spender kann man den Kauf von Höfen oder Flächen durch gemeinnützige Träger ebenso unterstützen wie langfristige Forschungsprojekte in der Saatgut- und Tierzucht, Fragen der Lebensmittelqualität etc. Ohne die finanzielle Unterstützung von Privatpersonen und Stiftungen erreichen diese Forschungsprojekte nicht das erforderliche Niveau.

Als Kantinenkundin oder -kunde kann man sich dafür einsetzen, dass Bio-Lebensmittel verwendet werden – wenn möglich aus der Region. Und als Mitglied von Parteien oder Naturschutzverbänden kann sich schließlich jede/r landwirtschaftliche Themen auf seine/ihre Agenda setzen.

Literatur

- Wolfram Pyta, Bauern, Brauchum, BSE. Die Zeit Nr. 5, 25.01.2001.
- Frieder Thomas u.a., Aufruf Wissenschaftler für eine Neuorientierung der Agrarpolitik. eMail: agland@hrz.uni-kassel.de vom 25.01.2001.
- Greg Pillay, Kurzdarstellung des Projektes CSA der Soil Association. Bristol UK, 2001.

Weitere Literatur zur gemeinnützigen Trägerschaft von Höfen ist bei der Autorin erhältlich. eMail: Cornelia.Roeckl@glsmail.de

Elisabeth Meyer-Renschhausen:

Vom Boden der uns nährt

1 Wohlstand im Norden – Armut und Hunger im Süden

Auf der Nordhalbkugel der Erde produziert die kapitalintensive, hochindustrialisierte Landwirtschaft staatlich subventionierte Überschüsse an 'billigen' Lebensmitteln – auf der 'unterentwickelten' Südhalbkugel herrscht der extreme Gegensatz von Großgrundbesitz und Landlosigkeit. Die Lebensmittelproduktion erfolgt überwiegend für Markt und Export statt für die Ernährung von Menschen einschließlich der ortsansässigen Bevölkerung. Während mehr als eine Milliarde Menschen, die Armen des Nordens und die Reichen des Südens Übergewicht haben, leiden 800 Millionen, Arme in Afrika, Lateinamerika, Asien und den USA an chronischer Unterversorgung durch frische, gute Lebensmittel. Täglich sterben rund 24.000 Menschen der Erde an den Folgen von Unterernährung.

Die 'Entwicklungshilfe' der Reichen für die Länder der 'Dritten Welt' erfolgte besonders in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs keineswegs nur aus humanitären Motiven. 1964 trat der US-amerikanische Ökonom Theodore W. Schulz im Rahmen der 'Grünen Revolution' dafür ein, traditionelle Art und Weisen von Agrarkultur des Südens durch eine technisierte Landwirtschaft zu ersetzen. Er wollte so die Kleinbauern im Süden in die Zwänge des Handels und der Monetarisierung treiben, letztlich, um die vormals selbständigen Kleinbauern zu Konsumenten westlicher Nahrungsproduzenten zu machen.¹ Die Lebensmittelhilfen wurden zu Gelegenheiten für die USA, ihre enormen Getreideüberschüsse zu 'entsorgen'. Das führte zu Preisverfall und Krisen auf den Märkten des Südens. So erwies sich die 'Entwicklungshilfe' vielfach als eine "Tödliche Hilfe" (Brigitte Erler²), weil sie in vielen Fällen die Existenz einheimischer Kleinbauern vernichtete, indem sie sie von den lokalen Märkten verdrängte. Die 'Entwicklungshilfe' in dieser Gestalt bewirkte oftmals lediglich, ausbeuterische Eliten

in den Entwicklungsländern an die Macht zu bringen und im Namen von Modernisierung und Fortschritt Verelendung und Hunger einzuführen. Jean Ziegler zeigte am Beispiel senegalesischer Erdnussbauern, daß deren Hunger die direkte Voraussetzung für die Profitspannen der Erdnußhändler ist.³ Würden die Erdnußbauern einen gerechten Entgelt für ihr Produkt bekommen, wäre die Gewinnspanne der Händler bedeutend geringer.

Als Hauptursachen des Hungers im Süden gelten gemeinhin Rückständigkeit und Traditionalismus von Kleinbauern mit vielen Kindern. Dabei wird übersehen, dass extremes Bevölkerungswachstum in der Regel ein Ergebnis von sozialer Desintegration durch unzureichende Bezahlung der Produktion resp. durch den Verlust von Haus und Acker, Vertreibung von einer bestellbaren Anbaufläche war und ist. Sind Menschen erst einmal um Haus und Hof gebracht und vom geheimen Wissen von weisen Alten und Dorfhebammen getrennt, hilft nur noch staatlich organisierte Aufklärung über Methoden der Empfängnisverhütung, um vor unbedacht vielen Kindern zu bewahren. Tatsächlich sind Welthunger⁴ und Bevölkerungsexplosion das Ergebnis einer Politik, die die Bauern von ihrem Land vertreibt und es Lohn- und Landlosen unmöglich macht, von den Produkten der eignen Hände Arbeit zu leben.

2 Kann die UN-Welternährungsorganisation FAO den Nord-Süd-Gegensatz ausgleichen ?

Zuständig für Ernährungsfragen auf Weltenebene ist seit dem Ende des zweiten Weltkriegs die FAO – die "Food and Agricultural Organisation" der UN mit Sitz in Rom. Die FAO soll laut Präambel

1. die Ernährungs- und Lebensstandards der Völker heben,
2. die Effizienz der Produktion und Verteilung

- der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sichern,
 3. die Lebensbedingungen der bäuerlichen resp. ländlichen Bevölkerungen heben und
 4. zu einer Ausweitung der Weltwirtschaft beitragen.

Am 10. Dezember 1948 wurde zudem – in Artikel 25 der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" – das Menschenrecht auf Nahrung normativ verankert, Aushungerung wurde als Völkermord geächtet. Das Recht eines jeden Menschen auf ausreichende Ernährung wurde schriftlich festgehalten.⁵

1970/71 gingen die Getreideüberschüsse der USA infolge von schlechteren Ernten und Preissteigerungen zurück, so dass die armen Länder sehr viel weniger Getreide importieren konnten. Daraufhin wurde 1974 die erste Welternährungskonferenz einberufen. Sie endete mit dem Beschluss, die bisherige Entwicklungshilfepolitik zu revidieren. Im Vordergrund der Nahrungsmittelhilfepolitik sollte nicht länger das Interesse des Nordens an einer Beseitigung von Getreideüberschüssen stehen.⁶ Seither wurde bei der Beschaffung von Nahrungshilfe auch auf die Konsumgewohnheiten der Empfängerländer Rücksicht genommen. Hilfsgüter für Länder Afrikas wurden nunmehr auch in den afrikanischen Nachbarländern der jeweiligen Empfängerländer gekauft.

Ab Mitte der 1980er Jahre stagnierte die Umsetzung der FAO-Beschlüsse zur Ernährungssicherung angesichts der nunmehr eingeläuteten Liberalisierung des – bis dahin – von den Welt handelsabkommen weitgehend ausgenommenen Weltagrarhandels. 1986 wurde das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) in der sogenannten Uruguay-Runde auf den Agrarsektor ausgedehnt.⁷ Nachdem schließlich 1994 auch die Dritte-Welt-Länder in Marrakesch veranlaßt werden konnten, dieses GATT zu unterschreiben, konnten deren Regierungen die eigenen Bauern nicht mehr vor dem Import billiger Lebensmittel schützen.⁸

Bereits die Welternährungskonferenz von 1974 hatte festgestellt, dass dem Hunger, der vor allem Landbewohner des Südens betrifft, nur durch Selbstversorgerlandwirtschaft beizukommen sei. Landreformen wurden als unumgänglich

festgestellt. Die zweite Welternährungskonferenz 1996 in Rom konnte jedoch erst dann stattfinden, als die Länder des Südens und die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) den reichen "Geber"-Ländern versprachen, auf grundsätzliche Beschlüsse zu Landreformen (und Forderungen nach Einschränkungen der Handelsliberalisierungen) zu verzichten.⁹

Stattdessen fordert die FAO – wie übrigens auch die NGOs – "Ernährungssicherung". Als Leitwort auf dem FAO-Gipfel 1996 muss diese Vokabel im Kontext der Beschlüsse aber eher als ein Hinweis darauf verstanden werden, dass es auch der FAO nunmehr lediglich um die "Ausweitung der Weltwirtschaft" geht statt darum, das Recht der Armen auf selbst erwirtschaftete Nahrung zu erkämpfen.¹⁰ Die Rede von der "Welternährung" bedeutet lediglich die statistisch ausreichende Pro-Kopf-Produktion im Weltmaßstab. Garantie der Welternährung bedeutet nicht: "Reduktion der Hungernden".

Das auf der Welternährungskonferenz erkannte Problem bleibt bestehen. Wollte man den Armen den – wie es seit den Studien des Ökonomie-Nobelpreisträgers Amartya Sen heißt – "Zugang (access) zur Nahrung garantieren"¹¹, müsste man ihnen die Selbstversorgung im Rahmen ihrer Kleinlandwirtschaft erhalten bzw. ermöglichen und ihnen Pachtland für neue Kleinstlandwirtschaften zur Verfügung stellen. Man müsste den Armen Arbeit verschaffen. Und man müsste allen ausreichende Löhne zahlen und zwar auch den Landarbeitern, die in der amoralischen Ökonomie der Moderne weder ausreichende Löhne noch Gartenland zur Selbstbestellung erhalten. Die Spätfolgen kolonialer Eroberungszüge müssten durch Bodenreformen rückgängig gemacht werden, statt die bereits extreme Schere zwischen Reichtum und Armut beispielsweise in Südamerika sich noch weiter öffnen zu lassen. In Brasilien verfügten nach dem "Human Development Report" von 1995 die 40 % "lower classes" über 7 % des Einkommens, während die 10 % "upper classes" über 50 % des Einkommens erhielten. Als Minderheit in der Bevölkerung (2,8 %) haben Großgrundbesitzer über 56 % des Bodens in ihren Händen, gegenüber den 89 % Kleinbetrieben, die nur 23,4 % des brasilian-

nischen Landes beackern können.¹² Trotz des anhaltenden Hungers unter gerade der armen Landbevölkerung werden weltweit immer wieder Kleinbauern durch sogenannte Entwicklungshilfeprojekte – wie etwa Staudamm-Projekte in der Türkei, in Indien, im Amazonas-Gebiet oder in China – um ihr Land, um Haus und Hof gebracht, unzureichend entschädigt und so in den Hunger getrieben.¹³

Trotz des Rückgangs der Lebensmittelproduktion in Afrika sind die Einwohner/innen der meisten afrikanischen Länder noch immer fähig, sich mittels ihrer traditionellen Selbstversorgerlandwirtschaften ohne Hilfe von außen selbst zu ernähren. Genauer weiß man darüber nicht, weil die zu 80 % von Frauen geführten Kleinlandwirtschaften wenige Überschüsse bringen und deshalb statistisch kaum erfasst werden. Nur vage ist bekannt, dass die afrikanischen Subsistenzlandwirtschaften weitgehend ohne Kunstdünger oder westliche Technik auskommen, wie Theo Rauch und andere in zahlreichen Studien etwa in Sambia und anderswo feststellen konnten.¹⁴

Die Ursachen für Hungerkatastrophen sind in der Regel Kriege, gezielte Vertreibungen und gewolltes In-den-Hunger-treiben als Mittel der Politik. Umweltbedingte zeitweilige Hungerkrisen können viele afrikanischen Völker noch immer zu guten Teilen mit eigenen Mitteln bewältigen, wie die Kel Ewey-Tuaregs in der Sahelzone in den frühen 1980er Jahren bewiesen.¹⁵ Auch in Afrika erfordert (wie im Europa des 19. Jahrhunderts) eigentlich erst das rasante Wachstum der großen Städte eine Erhöhung des Ertrags der jeweiligen nationalen Landwirtschaft. Jedoch können große Teile der afrikanischen Städter/innen nicht viel kaufen; sie tendieren daher im Fall niedriger Lohneinkommen zu städtischer Selbstversorgerlandwirtschaft, urban agriculture. Sie können sich nicht ausschließlich auf die städtischen Lebensmittelmärkte verlassen.¹⁶

Das Konzept "Ernährungssicherung" war mit seiner einseitigen Betonung der Wirtschaft lange Zeit ein Diskurs der Ökonomen, der dem Ziel der Marktausweitung zugunsten der multinationalen (Lebensmittel-)Konzerne diente, verbrämt mit bevölkerungspolitischen Argumenten. Die Frage nach der Welternährung ist aber spätestens in

den 1970er Jahren von der Dritte-Welt-Bewegung übernommen worden. Die in ihrem Rahmen agierenden NGO-Gruppen erinnern an das Menschenrecht auf ausreichende Ernährung, wie es die Satzung der FAO 1946 festgelegt hatte. Diese NGOs – zum Beispiel Worldwatch, Germanwatch, der Weltfriedensdienst oder FIAN und Via Campesino – halten an der bereits 1974 auf der FAO-Konferenz in Rom angesprochenen Notwendigkeit fest, dieses Recht nicht durch eine Ausweitung der angeblich 'freien' Märkte zu erreichen, sondern für die Einkommensarmen den ihnen – rechtlich in zahlreichen Ländern auch zustehenden – Zugang zum Land herzustellen.¹⁷ Die Landlosenbewegungen in Südamerika, besonders in Brasilien, erinnern uns daran immer wieder. Entsprechende Forderungen stellten auch die Landfrauen des Südens, vor allem die Frauen aus Afrika, auf dem Weltfrauentag 1995 in Peking.¹⁸ Sie zeigten sich überzeugt, dass sich die Not afrikanischer Frauen und Kinder drastisch reduzieren ließe, wenn ihnen – wie in vorkolonialen Zeiten in der Regel durch ungeschriebenes Recht garantiert – der Zugang zum Land verschafft würde. Er wurde ihnen in der Regel erst durch die Einführung des europäischen Rechts zunehmend erschwert. Das europäische Recht ist – nach römischem Vorbild – auf einen männlichen Haushaltsvorstand ausgerichtet und bevorzugt deshalb einseitig Männer als angebliche "Ernährer" der Familie, obwohl sie das in den afrikanischen Bauernfamilien nie waren. Lutgarde Creemers zeigt diese Entwicklung am Beispiel Nairobis, Rita Schäfer am Beispiel Zimbabwe und anderen Ländern des südlichen Afrika und zahlreiche weitere Autorinnen zeigen das an anderen Ländern Afrikas.¹⁹ Gefördert werden soll die verkaufsorientierte Landwirtschaft, besonders die exportorientierte Agrarwirtschaft, da lediglich diese dem Staat Devisen einbringt und besteuert ist. Angesichts dieses Sachverhalts erweist sich die Frage nach der Welternährung als zumindest eine ethische Frage, bzw. genau genommen, als eine politische Frage.

3 Kleinlandwirtschaft und Gärten als 'weibliche' Ökonomie

Bei der Frage nach der Welternährung geht es letztlich auch um eine Entscheidung zwischen einer weiteren Förderung der von Männern dominierten multinationalen Lebensmittelkonzerne des Nordens und der bislang überwiegend von Frauen getragenen Selbstversorgungswirtschaft des Südens.

Lange Zeit hielten Entwicklungstheoretiker die Subsistenzökonomie des Südens für etwas Rückschrittliches. Entsprechende Phänomene im Norden wurden als 'Überbleibsel' belächelt und zu einer bloßen Dekoration des städtisch-industriellen Wohlstands stilisiert. Die Überlebensnotwendigkeit von Kleinlandwirtschaft und Gärten wird erst heute neu entdeckt. In Afrika dienen sie dem unmittelbaren Überleben, während sie etwa in New York eine gemeinschaftliche Aktion gegen Verwahrlosung und soziale Desintegration in benachteiligten und verkommenen Stadtteilen sind. In West- wie Osteuropa bieten Kleinlandwirtschaften und Gärten – zumal auf dem Lande – einen Halt in Zeiten von Erwerbslosigkeit, des wirtschaftlichen Umbruchs oder anhaltender ökonomischer Dauerkrisen. In fast komplett erwerbslos gewordenen Dörfern Ostdeutschlands werden die subsistenzorientierten Kleinstlandwirtschaften oder Gärten für zahlreiche Menschen zum Trost, einzigen Betätigungsfeld und Lebensinhalt. Von Afrika bis Russland, von Amerika bis Indien sind Gärten daher nicht mehr eine bloß ländliche Realität, die von den Behörden und der industriellen Landwirtschaft ignoriert, verdrängt oder auch toleriert wird. Sondern als "urban agriculture" wird das Phänomen zunehmend als notwendige städtische Realität anerkannt. Inmitten des weltweiten Prozesses einer noch fortgesetzten Verstädterung beobachten wir das Schrumpfen und Verwildern ganzer Stadtteile. So lässt sich inmitten großer Städte wie auch an ihren Rändern eine deutliche Re-Ruralisierung beobachten.²⁰ Von Afrika bis Osteuropa bedeutet Hortikultur Basis der Selbstversorgung. Die Wirtschaftsgärten werden damit zugleich Grundvoraussetzung für den sozialen Zusammenhalt von

Nachbarschaften und Familiennetzwerken und andere Formen sozialer Organisation.²¹ Hinzu kommt, dass sie den Menschen in Zeiten, in denen sich die menschliche Arbeit selbst in der Landwirtschaft weit von der Natur entfernt hat, neue Möglichkeiten der körperlichen Bewegung und der Sinneserfahrungen unter freiem Himmel statt in Großraumbüros eröffnet. In Nordamerika vielleicht stärker als bei uns sind sie praktische Kritik am einseitigen Angebot vorgekochter Lebensmittel in den Supermärkten und sind der praktische Beitrag von Jugendlichen und Frauen zur nachhaltigen Entwicklung. Für die "working poor" Nord- und Südamerikas sind Gärten die einzige Möglichkeit, an frisches Gemüse oder Kräuter zu kommen. So werden Gärten zu Orten einer Art friedlichen Widerstands gegen die renditeorientierte Monopolwirtschaft, nicht unähnlich ihrer Rolle als Versteck für politisch Verfolgte in Zeiten von Gewaltherrschaft und Krieg.

Wie kam es zu dieser Verdrängung der Subsistenzökonomie? 'Haus und Hof' gehörten einschließlich des Gartens ('Hof') bis in die frühe Neuzeit zu den Grundelementen der Wirtschaft. Das persische Wort "Paradies" bedeutete ursprünglich einfach "Garten" als ein Stück kultiviertes, bewässertes und schützend eingezäuntes Stück Land. Das vom griechischen "oikos" abgeleitete Wort "Ökonomie" meinte ursprünglich das "ganze Haus" von sich selbst versorgenden einzelnen Familien resp. Haushaltsgruppen, die sich im Dorfverband zugleich über Austauschbeziehungen gegenseitig helfen. Im Zuge des Aufstiegs des Kapitalismus und der Geldwirtschaft geriet die häusliche Arbeit in den Schatten der den Männern zugeschriebenen außerhäuslichen Erwerbsarbeit. Kleinlandwirtschaft und Gärten verschwanden aus dem öffentlichen Diskurs und führten fortan eine Art heimliche Existenz in den Nischen der informellen Ökonomie. Auch die Agrarwissenschaften blendeten die Haus- und Subsistenzwirtschaft gedanklich aus, weil sie die Landwirtschaft in der Nachfolge des Gründers der Agrarwissenschaften Albrecht Daniel Thier (ab 1812) ausschließlich als marktorientiertes Gewerbe betrachtete. Den Staat als gewissermaßen "Auftraggeber" der Wissenschaften vom Landbau interessieren – zumal im lange noch

agrarisches dominiertes 19. Jahrhundert – nur steuerbare, gewerbliche Tätigkeiten. Besonders seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert brauchte der Staat immer mehr Geld, um Armeen und Gendarmerien, Verwaltung und Kolonialtruppen einzurichten, unterhalten und vergrößern zu können. Um die verkaufstorientierte Großlandwirtschaft zu unterstützen, förderte der Staat wie etwa Preußen im Rahmen der sogenannten Bauernbefreiung ab 1813 die Aufhebung der Allmenden und Gemeindeländereien. Diese "Privatisierungen" der frühen Neuzeit oder in Preußen erst des frühen 19. Jahrhunderts gehörten zu den Voraussetzungen für den Aufstieg der industriellen Produktion in den modernen militarisierten Nationalstaaten. Das unrentable und darum als 'unproduktiv' geltende 'private Leben' fiel als 'betriebswirtschaftlich unerheblich' aus dem öffentlichen Diskurs heraus. Die Haus- und Subsistenzarbeit von Frauen wurde – als angeblich volkswirtschaftlich nicht relevant – zu einer Art Triebtätigkeit aus Liebe umstilisiert.²²

Die Rolle der unbezahlten Hausarbeit bewusst zu machen und zu betonen, war das Hauptanliegen der Frauenbewegung des späten 19. Jahrhunderts. Parallel dazu traten Boden- und Lebensreformer für eine Politik ein, die sich der Bodenspekulation entgegenstellt²³, städtisches Grün erhält und dafür eintritt, den Armen ihre Kleinlandwirtschaften und Gärten zu erhalten, statt Selbstversorgung und Eigenarbeit durch die Marktökonomie zu verdrängen.

Erst in jüngerer Vergangenheit führte die von der neueren Frauenbewegung in Gang gebrachte Debatte um den gesellschaftlichen Wert der Hausarbeit in den Sozialwissenschaften zu jenem Paradigmenwechsel, der die Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit überhaupt erst wieder bewusst werden ließ.²⁴ Die Entwicklung einer "Subsistenzperspektive" als Gegenbild zur bloßen Marktausrichtung heutiger Entwicklungshilfepolitik ist wesentlich der Einbeziehung von Erfahrungen von Frauen in den Ländern des Südens zu verdanken.²⁵ Noch immer ist nämlich die Mehrheit der Menschheit agrarisch tätig. Und zu nahezu zwei Dritteln sind es Frauen, die die Kleinlandwirtschaften und Gärten weltweit betreiben, bis hin in die städtische Landwirtschaft Afrikas.

Jede Entwicklungspolitik sollte deshalb hieran anknüpfen und die rechtlichen Voraussetzungen für eine die Familien ernährende Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land schaffen. Dazu gehört eine Überwindung des vor allem die Frauen systematisch benachteiligenden Großgrundbesitzes in Afrika, Lateinamerika und Asien. Es darf nicht länger 'rechtsens' sein, dass zum Beispiel Gemeindewälder in Indien an Großgrundbesitzer überschrieben werden, so dass die landlosen Landbewohner/innen das Recht verlieren, im Wald Früchte und Feuerholz zu sammeln oder ihre Tiere weiden zu lassen.²⁶ Sobald für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern sowie für Landlose ein gerechter Zugang zum Land und zu einfachen Betriebsmitteln geschaffen wird, kann eine durchaus wirtschaftliche Kleinlandwirtschaft entstehen, die auch umweltverträglicher wäre als Großplantagen etwa mit Soja- oder Bananen-Monokulturen, die generell zur Verwüstung der Erde beitragen, wie jegliche Großlandwirtschaft, auch in den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Immerhin war die früher in den osteuropäischen Ländern des 'real existierenden Sozialismus' vielfach nebenbei betriebene private Kleinlandwirtschaft annähernd zehnmal so produktiv wie die Kolchosen-Großlandwirtschaft.

Es ist ein Zeichen von Verblendung nicht anzuerkennen, dass weltweit die privat oder auch in Kooperativen betriebene Kleinlandwirtschaft auf der Grundlage gesicherter Landnutzungsrechte ebenso wie die bislang im Norden nur in kleinem Rahmen betriebene Bio-Landwirtschaft produktiver arbeiten können als die konventionelle, noch mittels der Gentechnologie privatisierte, durch Saatgutpatente der Life-Industry monopolisierte Landwirtschaft, weil sie weniger 'Input' in Form von energieverbrauchenden und umweltzerstörenden Dünge- und Futtermitteln sowie Pestiziden und Tierarzneien erfordert. Die traditionelle wie die ökologische Kleinlandwirtschaft, die ihre Erzeugnisse auf regionalen Märkten absetzt, kann effektiver wirtschaften als die großindustriell betriebene konventionelle Landwirtschaft, die sich zu 90 % durch Subventionen von der Europäischen Union aushalten lässt.

4 Verschwindet der Boden?

Ein trockener Sommer, ein kurzes Gewitter oder ein tüchtiger Wind: Sandstürme fegen die Böden Nordostdeutschlands in die Luft; die Ackerkrume fliegt davon, wie zuweilen in der Nordost-Uckermark, wo man manchmal kaum 50 Meter weit sehen kann. Dies ist eine Folge einer Agrarwirtschaft, die 200 ha zu einem einzigen Acker gemacht hat und dabei keine Hecke oder Feldraine stehen ließ. Nach den Berechnungen und Beobachtungen des World Watch Instituts in Washington sind seit 1945 erhebliche Anteile der extrem großräumig bewirtschafteten Mutterböden Nordamerikas unweigerlich verloren; sie sind buchstäblich davon geflogen. Diese Boden-erosion ist die Folge einer primär auf die Gewinnmaximierung orientierten Landwirtschaft. Zunehmend wird aber auch die Selbstversorgung von Subsistenzbauern des Südens infolge von Bodenerosion und anderen Umweltschäden erschwert oder sogar ganz unmöglich gemacht.²⁷ Diese Verwüstungen fruchtbarer Böden sind eindeutig Folgen einer falschen Politik, die unfähig ist in die Zukunft zu blicken und einseitig auf die Förderung einer großräumigen Landwirtschaft setzt und damit immer weiteren Verwüstungen und Klimaänderungen sowie der Versalzung der Böden ebenso Vorschub leistet. Dabei ist weltweit unbestritten, dass in aller Regel der traditionelle, auf Selbstversorgung ausgerichtete Landbau sehr viel schonender mit den Böden umgeht und in der Regel eine auf die Versorgung von Generationen ausgerichtete Fruchtfolge beachtet, um die Böden zu schonen. Kleine Felder, Hecken und Baumpflanzungen waren selbstverständlich. Heute ist es wichtig, die traditionellen Landbaumethoden des Südens als ähnlich nachhaltige anzuerkennen wie den Ökolandbau des Nordens, um den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern der Dritten Welt die notwendige Anerkennung und Unterstützung zukommen zu lassen. Bislang besteht sogar die Gefahr, dass sich die – durch Lobbygruppen gedeckelte – Politik der Agrarwende ungewollt gegen die Kleinlandwirtschaften Osteuropas und der Entwicklungsländer wenden könnte. Entwicklungspolitische Gruppen wie der Weltfriedens-

dienst, FIAN oder etwa der Evangelische Entwicklungsdienst äußerten bereits Bedenken, dass die Agrarwende des Nordens auf Kosten der kleinen Landwirtschaft des Südens gehen könnte. Tausende von Bäuerinnen und Bauern, die in Osteuropa noch traditionell mit Pferd und Wagen und ohne den Einsatz teurer Pestizide arbeiten, fürchten begründetermassen durch eine Öffnung der Märkte in massive Schwierigkeiten zu kommen. Für kleine Bauern unerschwinglich teure Hygieneauflagen der Europäischen Union und westliche Biolandstandards stellen derzeit ebenfalls eine Existenzgefährdung für etwa 80% der Bauern Polens dar.

In der traditionell kleinbäuerlichen Landwirtschaft sowohl des Südens wie des Ostens wird ressourcenschonender und 'ökologischer' gewirtschaftet als in der konventionellen resp. industriellen Landwirtschaft des Nordens, wenn auch nicht nach den Richtlinien des modernen europäischen Ökolandbaus. (Dies entbindet die Kleinbauern allerdings nicht von der Pflicht, sich kritisch mit den zugekauften Futtermitteln und mit der Politik ihrer Verbände auseinander zu setzen, wenn sie nicht wie die Milchbäuerinnen des Allgäus Opfer etwa der BSE-Krise resp. ruchloser Panschereien seitens der Futtermittelindustrie werden wollen.) Davon abgesehen sind Kleinbetriebe grundsätzlich weniger auf Verschwendung angelegt als Großbetriebe, die mit ihrer Wirtschaftsweise der Kleinlandwirtschaft – nicht nur in Indien – buchstäblich das Wasser abgraben.

Zwar behaupten die Agrarkonzerne, dass die Produktivität der traditionellen und ökologischen Landwirtschaft nicht ausreicht, um den Hunger zu überwinden und die Welternährung zu sichern. Aber der Hunger in der Welt ist eben nicht Ursache eines globalen Mangels an Lebensmitteln, welcher nur durch den Einsatz von noch mehr künstlichen Dünge- und Futtermitteln, Pestiziden und Tierarzneien überwunden werden könnte, sondern der Hunger ist Folge von monopolisierten Märkten und Preisen, die für arme Menschen unerreichbar und unerschwinglich sind. Erinnert sei hier nur an die Sojaexporte aus Brasilien bei gleichzeitigem Hunger von Landlosen und Straßenkindern in diesem Land.

Neben der unabdingbaren Notwendigkeit, den Menschen des Südens durch Landreformen einen gerechten Zugang zum Land zu verschaffen, verweist Bernward Geier von der Internationalen Vereinigung Biologischer Landbaubewegungen (IFOAM) auf eine Studie von Vandana Shiva über die Produktivität unterschiedlicher Betriebsgrößen: "Die geldbezogene Produktivität von landwirtschaftlichen Betrieben bis 10 ha liegt in Brasilien bei 65 Euro pro Hektar, während sich die Produktivität einer 5000 ha großen Farm auf etwa 1,50 Euro pro Hektar beläuft. In Indien liegt die Produktivität einer bis zu 2 ha großen Farm bei über 1800 Rupien pro Hektar, bei einem vergleichbaren 15-Hektar-Betrieb dagegen lediglich bei 850 Rupien pro Hektar."²⁸ Versuche mit dem Gemüseanbau in Indonesien, Teeanbau in Indien und Bananenbau in der Dominikanischen Republik haben außerdem gezeigt, dass sich die Produktivität der traditionellen Anbaumethoden noch beträchtlich erhöhen lässt, wenn ökologische Anbaumethoden wie Mischkulturen, Kompostierung, Gründüngung und Mulchen einbezogen werden. Durch Umstellung von einer ohnehin gesünderen vorwiegend pflanzlichen Ernährungsweise gegenüber der fleischlichen Ernährungsweise kann die Überbeanspruchung der Böden durch Getreideanbau für die Viehfütterung beendet werden. Damit wäre die Gefahr zumindest weiterer Verwüstung etwas gebannt und die Getreideernten der Welt stünden vermehrt den Menschen statt dem lieben Vieh zur Verfügung. Welthunger ist ein Verteilungsproblem und insofern ein politisches Problem. Denjenigen, denen man keine ausreichenden Löhne garantieren kann, muss man – wie in Brasilien oder den USA rechtlich verbietet – Land zum Eigenanbau verschaffen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. dazu u.a. José Lutzenberger; Franz-Theo Gottwald, Wege aus der Ernährungskrise, Frankfurt a.M. 1999; Bernhard Heindl, Einwärts – Auswärts, Vom Hegen der Erde, Innsbruck 1997; Al Imfeld, Hunger und Hilfe – Provokationen, Zürich 1985, S. 135 und 150.
- 2 Brigitte Erler, Tödliche Hilfe, Freiburg/Br. 1985, 11. Auflage 1988.–Randolf Braumann (Hg.), Afrika wird totgefüttert – Plädoyer für eine neue Entwicklungspolitik, Hamburg und Zürich 1986.
- 3 Jean Ziegler, Wie kommt der Hunger in die Welt?, München 3. Auflage 2000, S. 113–117.

- 4 Ulrich Oltersdorf und Lioba Weingärtner, Handbuch der Welt-ernährung, Bonn 1996.
- 5 Christine Breining-Kaufmann, Hunger als Rechtsproblem – Völkerrechtliche Aspekte des Rechts auf Nahrung, Zürich 1990, S. 57–58.
- 6 Martin Wolpold-Bosien, Die andere Eroberung – US-amerikanische und europäische Agrarexportpolitik und ihre Folgen für den Hunger im Süden der Welt (hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und von FIAN – Food First Informations- und Aktionsnetzwerk, Herne und Rheda-Wiedenbrück 1999, S. 117 ff.
- 7 Maria Mies, Frauen, Nahrung und globaler Handel (hrsg. vom Institut für Theorie und Praxis der Subsistenz), Bielefeld 1996.
- 8 Mehr dazu siehe u.a. Michael Windfuhr, u.a. in: Welternährung durch Ökolandbau? a.a.O., S. 183–209
- 9 Jochen Donner, Uschi Eid und H. Jochen de Haas, Der Welternährungsgipfel – ein Roundtable-Gespräch, in: Spektrum der Wissenschaft Dossier Nr. 2 / 1997, S. 108–114.
- 10 Martina Kaller-Dietrich, Das Recht auf Ernährung, in: Öster reichisches Lateinamerika-Institut (Hg.), Recht auf Entwicklung?, Wien 1998.
- 11 Amartya Sen, Poverty and Famines – An Essay on Entitlements and Deprivations, Oxford 1981.
- 12 Dieter Metzner, Ernährungssicherheit oder Ernährungssouveränität, in: Welternährung zwischen Überfluss und Hunger (hrsg. vom Katalyse-Institut für angewandte Umweltforschung), Köln 1987, S. 26–29.
- 13 Maria Mies, Moral Economy und Subsistenz-Perspektive im Norden und Süden, in: Zeitschrift für Sozialökonomie Nr. 118 (1998), S. 15–25. – Ruth Klingebiel und Shalini Randeria (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht – Bilanzen und Visionen, Bonn 1998.
- 14 Theo Rauch, Food Security in the Context of Global Markets, Agricultural Policy and Survival Strategies, in: Uwe Kracht and Manfred Schulz, Food Security and Nutrition – The Global Challenge, Münster and New York 1999, S. 107–129.
- 15 Gerd Spittler, Handeln in der Hungerkrise – Tuaregnomaden und die große Dürre von 1984, Opladen 1989.
- 16 Friedhelm Streiffeler, Landwirtschaft in der Stadt – Das Beispiel Afrika, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen und Anne Holl (Hg.), Die Wiederkehr der Gärten – Kleinlandwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, Innsbruck 2000, S. 64–82.
- 17 Stefan Ofteringer, Agrarreformen als Instrument der Ernährungssicherung, in: Waldemar Schindowski und Elisabeth Voß (Hg.), Jahrbuch Nachhaltiges Wirtschaften I, Neu-Ulm: AG SPAK, 2001, S. 125–132.
- 18 Kerstin Lanje, Subsistenzökonomie und Ökolandbau – Die Alternative zur Globalisierung?, in: Agrarbündnis e.V. (Hg.), Der kritische Agrarbericht, Bielefeld 1996, S. 99–103.
- 19 Lutgarde Creemers, Städtische Landwirtschaft und Landnutzungsrechte am Beispiel Nairobi, in: Die Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, für die Arbeitsgruppe Kleinlandwirtschaft hrsg. von Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker, Herbolzheim 2002, S. 71–84; Rita Schäfer, Hausgärten und Gartengruppen von Frauen in Zimbabwe und Sierra Leone, in: Die Gärten der Frauen, a.a.O., S. 99–112
- 20 Nico Bakker, Marielle Dubbeling, Sabine Gündel, Ulrich Sabel-Koschella und Henk de Zeeuw, Growing Cities – Growing Food. Urban Agriculture on the Policy Agenda (hrsg. von der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Feldafing 2000.
- 21 Heide Inhetveen, Hortikultur – Abbild der Informellen Ökonomie und Vorbild für vorsorgendes Wirtschaften, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Renate Müller und Petra Becker, hrsg., Die

- Gärten der Frauen – Zur sozialen Bedeutung von Kleinlandwirtschaft in Stadt und Land weltweit, Herbolzheim 2002, S. 17–29; Dies., Von der "Hausmutter" zur "Mithelfenden Familienangehörigen" – Zur Stellung der Frauen in Agrartheorien, Bad Windsheim 1986, S. 109–121.
- 22 Ausführlicher bei Elisabeth Meyer-Renschhausen, Kleinlandwirtschaft und Gärten als "weibliche" Ökonomie – in: Die Gärten der Frauen, a.a.O., S. 1–16 sowie bei Gisela Bock und Barbara Duden, Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Frauen und Wissenschaft – Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Berlin 1977, S. 118–199.
- 23 Elisabeth Meyer-Renschhausen, Hauptströmungen in der älteren und neueren Frauenbewegung, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 118. Folge (1998), S. 3–14. – Dies., Bodenrechtsreform – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, in: Zeitschrift für Sozialökonomie 120. Folge (1999), S. 3–9.
- 24 Barbara Duden und Karin Hausen, Zukunft der Arbeit – Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft?, in: Annette Kuhn und Gerhard Schneider, Frauen in der Geschichte, Düsseldorf 1978, S. 11–33. – Gerd Mutz, Strukturen einer neuen Arbeitsgesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 9/1999, S. 3–11. – Ulrich Beck, Schöne neue Arbeitswelt, Frankfurt und New York 1999.
- 25 Veronika Bennholdt-Thomsen und Maria Mies, Eine Kuh für Hilary – Die Subsistenzperspektive, München 1997.
- 26 Bina Argawal, Geschlechterfrage und Umwelt – Anregungen aus Indien, in: Ruth Klingebiel und Shalini Randeria (Hg.), Globalisierung aus Frauensicht, Bonn 1998, S. 239–293.
- 27 Lester R. Brown, Tough Choices – Facing the Challenge of Food Scarcity, New York 1996; Worldwatch Institute Report in Kooperation mit Germanwatch, Zur Lage der Welt 2002 – Zukunftsfähige Gestaltung der Globalisierung, Strategien einer nachhaltigen Klimapolitik, Frankfurt a.M. 2002.
- 28 Bernward Geier, Von Ernährungssicherung, fairem Welthandel und nachhaltiger Esskultur, in: Elisabeth Meyer-Renschhausen, Julia Kemna und Renate Müller (Hg.), Welternährung durch Ökolandbau?, Berlin 2002, S. 222–223.

"Man untersuche, wie eine Gesellschaft mit ihrem Grund und Boden verfährt, und man wird zu recht zuverlässigen Schlüssen über ihre wahrscheinliche Zukunft gelangen."

"Die richtige Verwendung von Grund und Boden stellt kein technisches oder wirtschaftliches, sondern in erster Linie ein metaphysisches Problem dar. ... In unserer Zeit kommt die Hauptgefahr für den Boden (und damit nicht nur für die Landwirtschaft, sondern für unsere Kultur insgesamt) von der Entschlossenheit des Städters, die Grundsätze der Industrie auf die Landwirtschaft anzuwenden. ... Es ist nun einmal das grundlegende 'Prinzip' der Landwirtschaft, dass sie mit Leben zu tun hat. Ihre Erzeugnisse sind die Ergebnisse von Lebensprozessen und ihr Produktionsmittel ist der lebende Boden. ... Das Ideal der Industrie besteht in der Ausschaltung des lebendigen und auch des menschlichen Faktors und darin, den Produktionsprozess den Maschinen zu überlassen. ... Die Fachleute nehmen die metaphysische Position des simpelsten Materialismus ein, für den die mit Geld bewerteten Kosten und das in Geld ausgedrückte Einkommen die entscheidenden Kriterien und bestimmenden Größen menschlichen Tuns sind. Bei dieser Betrachtungsweise hat die lebende Welt keine Bedeutung – außer der, gleichsam wie ein Steinbruch ausgebeutet zu werden. ...

Wir wissen heute zu viel von der Ökologie, als dass wir eine Entschuldigung für den Missbrauch hätten, der gegenwärtig am Boden, an den Tieren, bei der Lagerhaltung und der Verarbeitung der Nahrungsmittel geübt wird. Wenn wir das weiterhin zulassen, geschieht das nicht, weil wir es uns nicht leisten könnten, dem Einhalt zu gebieten. Es liegt daran, dass unsere westliche Gesellschaft keine festen meta-wirtschaftlichen Wertmaßstäbe hat. Wo aber solche Maßstäbe nicht bestehen, kommt die Rentabilitätsbetrachtung an die Macht. ... Unser Verhalten dem Boden gegenüber kann sich erst dann wirklich ändern, wenn zuvor ein großes Maß an philosophischer Veränderung stattgefunden hat."

E. F. Schumacher, Die Rückkehr zum menschlichen Maß – Alternativen für Wirtschaft und Technik ("Small is beautiful"). Reinbek bei Hamburg 1977, S. 93–106.

Marcin Wawrzyn:

Die polnische Landwirtschaft und die EU-Osterweiterung

1 Historischer Hintergrund

Polen war immer ein landwirtschaftlich geprägtes Land. Dies wurde weder durch die starke Urbanisierung im 20. Jahrhundert noch durch die damit verbundene Migration vom Land in die Stadt verändert. Genau wie zur Zeit der Renaissance, als Polen als "Kornspeicher Europas" bezeichnet wurde, ist Polen auch heute noch einer der größten Produzenten von Milch, Fleisch, Getreide, Honig, Kräutern und Holz in Europa.

Die Traditionen der polnischen Bauernbewegung reichen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zurück, als sich in ganz Europa Genossenschaften und Kooperativsysteme entwickelten. Deren polnische Variante war der von Edward Abramowski mitbegründete Agrarismus mit den folgenden Merkmalen: Achtung der Natur bei der Landbearbeitung, Nachbarschaftshilfe bei der Arbeit auf dem Feld und auf dem Hof, Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen ohne Geld. Diese Agrarismus-Bewegung drang so tief in das gesellschaftliche Bewusstsein ein, dass sich selbst nach dem zweiten Weltkrieg die Mehrheit der Parteien, Vereinigungen und anderen Organisationen darauf bezogen. Allein die Kommunisten wollten eine Verstaatlichung der Landwirtschaft. Sie siegten zunächst – durch Terror –, aber die Gesellschaft unterwarf sich nicht. Als Gomulka auf ihren Druck hin die Zwangsmitgliedschaft der Bauern in den PGRs (sie waren die polnische Entsprechung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR) in den 1950er Jahren aufhob und die Mitgliedschaft freiwillig machte, traten viele polnische Bauern wieder aus den PGRs aus und wirtschafteten privat.

Alle späteren großen Unruhen, Streiks, Manifestationen und Straßenkämpfe – auch noch nach der Solidarnosc-Bewegung – waren auf die Frage gerichtet, wer das Land regieren sollte: die

Kommunistische Partei und ihr Staat oder die Gesellschaft und ihre Arbeiterselbstverwaltungen, die Genossenschaft der Kleinbauern und die Gewerkschaften. Leider existiert die Solidarnosc nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form. Und jene Solidarnosc, die im Westen bekannt ist, ist die Solidarnosc Lech Walesas, die ihr altes Programm vergessen und sich 1989 mit den Kommunisten geeinigt hat, um dafür an der Macht beteiligt zu werden. So übernahmen die Bauern nicht die Kontrolle über die PGRs und die Fabriken wurden nicht zum Eigentum der Arbeiter, sondern alles wurde privatisiert.

2 Charakterisierung der polnischen Landwirtschaft

In der jetzigen Situation zeichnet sich die polnische Landwirtschaft aus durch:

- eine hohe Beschäftigungsrate auf dem Land (ca. 19% - in der EU sind es 4%);
- eine große Anzahl kleiner Familienbetriebe (ca. 2 Mio. mit einer durchschnittlichen Fläche von jeweils 8,5 ha);
- eines der niedrigsten Nutzungsniveaus von Agrarchemie in Europa (infolge der Wirtschaftskrise),
- eine große Artenvielfalt von Pflanzen und Tieren (sowohl angebaut bzw. gezüchtet als auch wildlebend in der ländlichen Umgebung),
- kurze Entfernungen zwischen Produzenten und Konsumenten.

Das bedeutet: die Landwirtschaft ist die Haupteinkommensquelle eines Großteils der polnischen Bevölkerung. Sie hat lokalen Charakter, was den Transport von Nahrungsmitteln über weite Entfernungen überflüssig macht, so dass weniger Kraftstoffe und Konservierungsstoffe gebraucht werden.

Ein großer Teil der seit zwei bis drei Generationen in den Städten lebenden Menschen hat außerdem Familienangehörige auf dem Land.

Viele Leute haben also zu niedrigen Preisen oder sogar kostenlos Zugang zu Grundnahrungsmitteln; außerdem liefern die Wälder Pilze, Kräuter und Waldfrüchte.

3 Ökologische Landwirtschaft in Polen

Unter diesen Umständen hat Polen große Möglichkeiten im Bereich der ökologischen Herstellung von Lebensmitteln. Fragen wir uns aber zuerst einmal, was "ökologische Landwirtschaft" bedeutet. Die internationalen Prinzipien für den ökologischen Landbau kann man folgendermaßen zusammenfassen: Die Tier- und Pflanzenproduktion findet auf nichtverseuchten Flächen ohne Agrar- und Veterinärchemie statt. Nur die obligatorischen Impfungen sind zugelassen. Die Lebensmittel sind frei von GMO (Genetically Modified Organisms). Die Produktqualität wird durch eine produzentenunabhängige Institution kontrolliert.

Die ersten Organisationen von polnischen Ökobauern entstanden Ende der 1980er Jahre. Sie sind jedoch schwach und haben nur einen geringen Einfluss auf die Landwirtschaftspolitik des polnischen Staates. Momentan gibt es in Polen ca. 2000 Biobetriebe und gerade mal 300 Verkaufsstellen für ökologisch erzeugte Produkte; angeboten werden ca. 300 verschiedene Produktarten. Nach Schätzungen der Internationalen Koalition zum Schutz des Polnischen Landes könnten es jedoch ca. 750.000 Ökobetriebe sein (37 %).

Die Situation verbessert sich jedoch langsam: seit einigen Jahren subventioniert das polnische Landwirtschaftsministerium die Gründung und Führung ökologischer Betriebe. Die höchsten Subventionen gibt es für den Obst- und Gemüseanbau, geringere für Getreide und Viehzucht. In diesem Jahr (2003) wurden die Subventionen noch um die Hälfte erhöht. Kürzlich wurde auch ein Gesetz zum ökologischen Landbau verabschiedet. Leider ist es noch sehr unzureichend, denn es regelt zum Beispiel noch nicht den Handel mit nichtpasteurisierter Milch. Außerdem gibt es in Polen bisher kaum eine Kontrolle von genetisch verändertern Organis-

men, was bekanntermaßen viele negative Folgen haben kann. Die weitere Ausbreitung der ökologischen Landwirtschaft in Polen wird bislang auch dadurch erschwert, dass es noch kein in der Öffentlichkeit bekanntes Vertriebsnetz gibt.

4 Polen und die Europäische Union

Das Problem der polnischen Landwirtschaft ist weder die Zergliederung der landwirtschaftlichen Betriebe noch die Lebensmittelproduktion für lokale Märkte – wie die Befürworter der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik behaupten. Diese dezentralen Strukturen sind eher vorteilhaft. Tatsächliche Probleme sind eher das Versicherungssystem für Landwirte, die Trockenheit und die Überschwemmungen, die das Land seit 10 Jahren immer wieder heimsuchen, und die Anpassung des polnischen Rechts an das europäische Recht.

Die polnische Regierung hat die Landwirte nur sehr unzureichend über die mit der EU ausgehandelten Bedingungen informiert. Es wurden keine Zahlen genannt, wie viele Höfe, Molkeereien, Schlachthöfe und Bäckereien geschlossen werden müssen. Dabei bedeutet der Beitritt Polens zur EU auch eine Akzeptanz der EU-Agrarpolitik – der kontroversesten und am meisten kritisierten Politik der EU. Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) wird für die jährliche Schließung von ca. 500.000 polnischen Landwirtschaftsbetrieben verantwortlich sein. Sie bevorzugt gigantische Farmen mit hochspezialisierter Produktion ("Eurokolchosen"), auf denen so weit das Auge reicht eine einzige Getreide- oder Gemüseart wächst. Solche Monokulturen erfordern die Anwendung von Agrarchemie (Kunstdünger, Pestizide, Herbizide), was sich in der Qualität des Bodens, des Grundwassers und der Lebensmittel selbst niederschlägt. Die auf diese Weise erzeugten Lebensmittel sind dann für den gesamten europäischen Markt bestimmt, d.h. es werden aufwändige Konservierungen und Transporte über lange Strecken erforderlich. Darunter leiden die Gesundheit der Konsumenten und die natürliche Umgebung. Und als ob dies noch nicht genügt: bei der unnatürlichen industriellen Tierzucht breiten sich in großen

Herden leicht Krankheiten aus, manchmal neue bislang unbekannte Krankheiten wie BSE. Die industrielle Tierhaltung bedeutet wiederum Antibiotika im Futter, Arzneimittel, Impfungen und Wachstumshormone.

Die Einbeziehung Polens in die GAP der EU bedeutet die drohende Schließung von ca. 75 % der derzeitigen landwirtschaftlichen Betriebe in Polen; das sind etwa 1,5 bis 2 Mio. Betriebe. Dadurch werden weitere Millionen Menschen arbeitslos – bei einer Arbeitslosigkeit, die in Polen ohnehin schon 20% beträgt. Mit dem Aussterben der kleineren und mittleren Landwirtschaft werden in Polen zugleich viele Tier- und Pflanzenarten aussterben.

5 Alternativen für die polnische Landwirtschaft – Beispiele für Europa

Wenn Polen auf die ökologische Landwirtschaft setzen würde, könnte das Land auch als EU-Mitglied durchaus zu einem wichtigen Produzenten billiger und gesunder Nahrung werden. (Ökologische Produkte sind in der EU zwei- bis dreimal teurer; in Polen herrscht das Prinzip, dass der Einzelpreis des konventionellen Produkts gleich dem Großhandelspreis des ökologischen Produkts ist; es kann also keine Rede von großen Preisunterschieden sein.)

Gegenwärtig wird viel über eine Reform der EU-Agrarpolitik gesprochen, die allerdings viele Jahre in Anspruch nehmen wird. Wenn die EU-Agrarpolitik dann doch einmal in die Richtung einer Ökologisierung der Produktion gehen sollte, so stellt sich aus polnischer Sicht doch die Frage, warum es nötig sein soll, uns vorher noch unserer guten Voraussetzungen für eine ökologische Landwirtschaft zu berauben. In Polen produziert die Mehrheit der Bauern Nahrungsmittel mit naturverträglichen Methoden, für die es jedoch keine 'ökologischen' Gütesiegel und Bodenuntersuchungen gibt.

Für viele Menschen wäre die Arbeit in einem landwirtschaftlichen Betrieb – und sollte dies vielleicht auch sein – die Rettung vor der Arbeitslosigkeit. Eine saubere Umwelt und eine große Anzahl von ökologischen Familienbe-

trieben stellen auch eine Chance für die Entwicklung eines naturverträglichen Agrotourismus dar, der eine weitere Rettungsmöglichkeit für viele kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe werden könnte. Ebenso sinnvoll wäre es, sich auf die alten Prinzipien des polnischen Agrarismus zu besinnen: Agrargenossenschaften gründen; nachbarschaftliche Kontakte auf der Grundlage gegenseitiger Hilfe und nicht Konkurrenz aufbauen; lokale Kooperativen bilden, die ihre nächste Umgebung ernähren können. Ob dies so kommen könnte, bleibt jedoch vorerst eine offene Frage.

Agrarwende ?

"BSE und millionenfacher Rindertod bedeuten das Ende einer Entwicklung, die falsch begann und falsch endete. Im Mittelpunkt aller aktuellen Erörterungen über die Zukunft der Landwirtschaft muss die Frage nach einem Landbausystem stehen, das den legitimen Schutz des Verbrauchers garantiert, die Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft fördert und den ethisch fundierten Umgang mit dem Tier erlaubt. Wenn die Politik nicht diese Lehren aus der Katastrophe zieht, werden die Scheiterhaufen alsbald wieder brennen. ...

■ ■ ■

Der 24. November 2000 mit dem ersten originären BSE-Fall in Deutschland und seinen blutigen Folgen wird nicht als die tiefste Zäsur in der Geschichte des einheimischen Landbaus seit Weltkriegsende empfunden, sondern nur als lästiger Betriebsunfall. Dementsprechend erschöpft sich die Neuorientierung der landwirtschaftlichen Entwicklung in agrarpolitischen Absichtserklärungen und zerflattert in punktuellen Systemreparaturen. Anstatt eine Generalüberholung einzuleiten, hat sich die politisch propagierte 'Agrarwende' bislang vor allem als Personalwechsel in einigen Führungspositionen präsentiert."

Prof. Dr. Ulrich Kluge: Ökowende – Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn. Berlin 2001, S. 13 und 142.

Hans Alfred Trein:

Großgrundbesitz und Landlosenbewegung in Brasilien

Als Gott die Natur und den Reichtum auf die Erde verteilte, war er bei Brasilien ganz besonders großzügig und freigiebig. Eine prächtige Natur mit den schönen Stränden, mit den vielen Flüssen, mit dem großen Regenwald, mit dem größten Tiefsenkungsgebiet der Welt, mit den Iguacu-Fällen, dazu noch so viele edle Holzarten, Gold, Eisenerz, Aluminium und schließlich ein so ein wunderbares Klima. Die anderen Länder murten: "Warum, o Herr, dort soviel Reichtum und bei uns so wenig?!" Gott soll geantwortet haben: "Weil nach der Ausplünderung durch die Europäer dort noch Leben möglich sein soll!"

Im ersten Teil meines Vortrags möchte ich etwas zu den geschichtlichen Hintergründen eines fast nicht mehr zu ertragenden Widerspruchs berichten, nämlich: Wie kann man/frau bloß in Brasilien landlos sein? Dazu möchte ich einige geschichtliche Bewegungen erwähnen, die in der heutigen Landlosenbewegung wiederbelebt werden. Danach möchte ich noch etwas zur Rolle der Kirchen in Brasilien sagen. Und schließlich stellt sich die Frage: Was hat das alles mit uns zu tun?

1 Geschichtliche Hintergründe der widersprüchlichen Bodenkonzentration

Der Kampf um Land in Brasilien hat spätestens mit der Eroberung vor 500 Jahren begonnen. Die Kolonialmächte Portugal und Spanien haben unter dem Euphemismus der "Entdeckung" von Süd- und Mittelamerika Besitz ergriffen, das Land geplündert und den Reichtum nach Europa geschafft. Damit haben sie die Grundlagen für die spätere industrielle, technologische und kulturelle Entwicklung Europas geschaffen.

Die indigenen Völker haben diesen Raubbau als erste zu spüren bekommen. Sie wurden beraubt, ermordet und in das Hinterland vertrieben. Um das Jahr 1500 gab es in Brasilien rund fünf

Millionen Indianer. Jetzt schwanken die Zahlen um 300.000. Es gab keine Boden-Besitzurkunden bei den Indianern. Jetzt müssen die Indianer das Besitzurkundensystem und die verzäunte Welt der Weißen annehmen, um wenigstens noch Aussicht auf ein Reservat zu haben. Die Glaubensaussage, dass die Erde Gott gehört, wie es so oft in der Bibel der Weißen steht, ist in der indianischen Kultur viel offensichtlicher verankert als in unserer. Darüber erzählt man sich bei uns im Süden Brasiliens folgendes Gleichnis: "Als die ersten Missionare nach Brasilien kamen, hatten sie die Bibel und die Indianer das Land. Die Missionare forderten die Indianer auf: Lasst uns die Augen schließen und beten. Als die Indianer die Augen wieder aufmachten, hatten sie nun die Bibel und die Missionare das Land." Das nahmen sie zwar nicht immer direkt in Besitz, lieferten aber mit ihren Predigten die ideologische Rechtfertigung dazu.

Die portugiesische Krone hat ihrer Elite große Ländereien – die Sesmarias – zugeteilt. Es waren 15 breite horizontale Landstriche auf der brasilianischen Landkarte, aus denen Gold, Edelsteine, Holz, Baumwolle, Zucker und Kaffee gewonnen werden sollten, denn die portugiesische Schatzkammer hatte kein Geld, um die Besetzung ihrer Kolonie zu finanzieren. Da sich für diese Arbeit die Indianer nicht versklaven ließen, wurden Menschen in Afrika eingefangen und nach Brasilien verschleppt. Von den neun Millionen verschifften Menschen aus Afrika sind etwa drei Millionen lebend angekommen. Am Kai wurden sie an portugiesische Kolonialherren verkauft. Der Preis richtete sich nach ihrem Arbeitsleistungspotenzial. Eine Zahnuntersuchung informierte über gute oder schlechte Gesundheit. Familien wurden nach Möglichkeit auseinandergerissen, um jede mögliche Organisation der Sklaven schon an der familiären Wurzel zu unterbinden. Sie wurden gebrandmarkt und getauft. Ihre Religion wurde verteufelt, war bis in das

20. Jahrhundert hinein verboten und genießt immer noch keine soziale Anerkennung. 340 Jahre dauerte die gesetzliche Sklaverei in Brasilien an. Als im 19. Jahrhundert die Sklaverei nicht mehr wirtschaftlich war und progressiv abgebaut wurde, hat das brasilianische Kaiserreich 1850 vorsorglich ein Gesetz erlassen, wonach Grund und Boden von da an nur noch zu kaufen seien und nicht mehr von der Krone zu vergeben seien. Als die Sklaverei 1888 gesetzlich abgeschafft wurde, hatten die Sklaven kein Geld um sich Land zu kaufen, und mussten um die gnädige Wiedereinstellung bei ihren alten Herren betteln. Sie sind also gesellschaftlich vom Sklavenstatus zum Arbeitskraftstatus umgestiegen und zunächst von der Sklaverei zur Arbeitslosigkeit befreit worden.

Ab 1824 wanderten auch deutsche Wirtschaftsflüchtlinge nach Brasilien ein. Familien, die nach den Wirren der napoleonischen Feldzüge ausgehungert und im Zuge der industriellen Revolution sozial ausgegrenzt waren, sollten auswandern, um den sozialen Druck in Deutschland zu entlasten. Nun standen sich in Brasilien frei gewordene Sklaven ohne Land und importierte Landlose aus Europa gegenüber. Der Einwanderungszug nach Brasilien diente grundsätzlich drei Zwecken:

1. Wirtschaftlich-sozialer Zweck: Es sollte ein Mittelstand zwischen den Kolonialherren und den Sklaven entstehen.
2. Geopolitischer Zweck: Es sollte ein Grenzpuffer zu den spanischen Gebieten geschaffen werden.
3. Rassistischer Zweck: Es sollte eine Aufweissung der Bevölkerung stattfinden.

Die deutschen Einwanderer, überwiegend aus dem Hunsrück und aus Pommern, aber auch aus Westfalen und sogar aus Hessen, bekamen von der Regierung 25 Hektar Land und viele Versprechen. Ihre Aufgabe war es den Wald zu roden, den Boden für die Landwirtschaft nutzbar zu machen, Subsistenzlandwirtschaft zu betreiben und mit ihren jeweils kleinen Überschüssen die Bewohner der Städte mitzuernähren. Zurückblickend muss man auch sagen, dass die nachrückende Viehzucht wieder viele Kleinbauernbetriebe zu Großgrundbesitzungen aneinander reihte, was im Klartext heißt, dass die Klein-

bauern benutzt worden sind, um für die Viehzüchter die Wiesen frei zu schlagen.

Ein exportorientiertes Wirtschaftssystem, Erbteilungen, Bodenspekulation, extensive Viehwirtschaft, der Import der "Grünen Revolution", sinkende Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse bei gleichzeitigem Anstieg der Preise von Werkzeugen, Maschinen, Dünger und Samen führten zu großen Binnenwanderungen. Mit ihnen wurden neue Siedlungsgebiete bis ins Amazonasgebiet hinein erschlossen. Bemerkenswert ist, dass der Wanderungsstrom von Süden nach Norden immer an der Grenze zu den anderen lateinamerikanischen Staaten entlang zog. Auch die Wanderung vom Nordosten in das Amazonasgebiet, die von der Militärregierung unter dem Slogan "Leute ohne Land aus dem Nordosten auf das Land ohne Leute im Amazonasgebiet" forciert wurde, diente unter anderem einer geopolitischen nationalen Sicherheitsmaßnahme. Indianer zählten hier überhaupt nicht; sie wurden eher als ein Hindernis für den Fortschritt behandelt. Das Amazonasgebiet sollte in den 1970er Jahren die Übriggebliebenen des Wirtschaftswunders auffangen. Es sollte unter Gesichtspunkten der nationalen Sicherheit integriert werden, um nicht internationalisiert zu werden. Das komplizierte und empfindliche Ökosystem des amazonischen Regenwaldes sollte die Rechnung einer langen Kette von Ungerechtigkeiten zahlen.

Ein anderer Wanderungsstrom vom Nordosten in den Süden lieferte die Arbeitskräfte, um Sao Paulo zur größten Industriestadt Lateinamerikas aufzubauen. Ihre Auswanderung wurde meist der "seca" (Dürre) zugeschrieben. In den letzten Jahren ist aber mehr und mehr das Bewusstsein aufgekommen, dass die "cerca" (Zaun) die Menschen zur Wanderung zwingt. Zurecht sagte der kürzlich verstorbene brasilianische Anthropologe Darcy Ribeiro: "Brasilien ist eine Nation ohne Volk; sie hat nur Arbeitskräfte."

2 Frühere Widerstandsbewegungen

Und doch hat Brasilien schon eine lange Geschichte von Versuchen, zu einem Volk zu werden. Daraus möchte ich stellvertretend einige kurz erwähnen.

Sehr bekannt wurden die jesuitischen Reduktionen unter den Guarani-Indianern im Süden, die es um 1760 für eine kurze Zeit zu einer unabhängigen "Republik der Guarani" gebracht haben. In 30 großen Siedlungen hatten die Jesuiten bis zu 7000 Guarani-Indianer gesammelt. Dort gab es vorbildliche Schulen, genossenschaftliche Landwirtschaft, Handwerk und künstlerische Werkstätten und eine indigene Selbstverwaltung: für jene Zeit ein großartiges Experiment. Es schützte viele tausend Indianer vor Sklaverei, Prostitution, Verschleppung und Mordzügen. Portugal und Spanien haben dann ihre Militärkräfte zusammgelegt, um dieses Lebensprojekt niederzuzemetzen.

Auch die afrikanischen Sklaven leisteten Widerstand. Weit von ihrer Heimat entfernt, weggerissen von ihren Familien, zu Ware und Besitz gemacht, mit Arbeit überlastet und das alles mit Christentum abgesegnet, organisierten sie die "Quilombos". Wirtschaftlich und sozial bildeten die "Quilombos" eine alternative Gesellschaft in der Art einer Kommune. Eine von ihnen – die am Ende des 16. Jahrhunderts gegründete Kommune "Palmares" – konnte sich mit schließlich annähernd 20.000 Bewohnern in mehreren Dörfern über 100 Jahre halten. Die "Quilombos" hatten eine stammesähnliche Organisation und produzierten kollektiv nachweislich große Überschüsse. Es gab ja bei ihnen – anders als im übrigen brasilianischen Kaiserreich – kein Staatsgebilde, das die Überschüsse wegfraß. Das Militär musste mehrmals anrücken, um erst nach vielen Jahren diese subversive Zelle auszumerzen. Heute steht im Artikel 68 des brasilianischen Grundgesetzes, dass der Staat den Nachkommen der schwarzen Sklaven das Land, von dem sie leben, definitiv beurkundet. Die Umsetzung davon geschieht nur mit dem politischen Druck der schwarzen Bewegung.

Schon zwei Generationen nach der deutschen Einwanderung war im Süden Brasiliens der Verarmungsprozess der Kleinbauern soweit fortgeschritten, dass sich unter der religiösen Führung von Jakobina Maurer in den Bergen von Ferrabras, etwa 40 km von der Einwandererstadt Sao Leopoldo entfernt, die Bewegung der "Mucker" bildete. Verschuldete Kleinbauernfamilien, die

ihren Besitz abgeben mussten, fanden bei dieser evangelisch geprägten Bewegung Aufnahme und Überlebensperspektive. Auch diese fast unscheinbare Alternative zur ausschließenden Gesellschaft konnte nicht geduldet werden und wurde letztendlich militärisch zerstört.

Im Nordosten Brasiliens bildete sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in den Anfängen der Republik auch eine Stadt von Ausgeschlossenen der Gesellschaft um Antonio Conselheiro (Antonio, der Ratgeber): das vielversprechende Canudos. Es heißt: "Sie säten, und sie ernteten reichlich. Nicht nur Mais und Bohnen. Auch Bananen, Zuckerrohr und Orangen gediehen. Tausende wurden satt. Und das in einem der trockensten Winkel im Dürregebiet des brasilianischen Nordostens, dem Sertao." (Eine Welt 5/97, S.13). Antonio Conselheiro war ein Prediger und Ratgeber; und obwohl er nie Sakramente spendete, war er ein Ärgernis für die katholische Amtskirche. Auch die Koalition von Großgrundbesitzern und Militärs, die zur Ausrufung der Republik führte, konnte die eher konservative Abkoppelungsbewegung von Canudos nicht dulden. Antonio Conselheiro disqualifizierte die Republik wegen ihrer liberalen Verfassung (Trennung von Staat und Kirche, obligatorische Zivilehe, Friedhöfe unter kommunaler Verwaltung) und wegen der überhöhten Steuern öffentlich als gottlos. Canudos wurde zur Anlaufstelle verelendeter Familien. Acker und Weideland wurden gemeinsam bearbeitet und genutzt, obwohl es Privateigentum und einen regen Handel mit den umliegenden Dörfern gab. Über 10.000 Menschen lebten auf dem Höhepunkt in Canudos und dennoch reichte es für alle. Dort konnte man sich der Kontrolle des "Coronel" (Landherr, Feudalherr) entziehen, der Abgaben einforderte, sich die Gerichtsbarkeit anmaßte und selbstverständlich der zu wählende Politiker war. So kam, was kommen musste. Auf "ordnungswidrige Massenbewegungen der einfachen Bevölkerung hat die brasilianische Regierung nie anders als repressiv reagiert." Die Hälfte der derzeitigen brasilianischen Armee, über 10.000 Soldaten, diesmal auch mit Kanonen aus Krupp'schen Schmieden, war nötig, um die Bewegung von Canudos nach dreimonatiger Belagerung am 5. Oktober 1897 in einem Vernich-

tungskrieg niederzuschlagen. Canudos ist eines der großen Traumata der brasilianischen Republikgeschichte. Erst fünf Jahre später berichtete der Militärreporter Euclides da Cunha in seinem Klassiker "Os Sertoes" (1994 als "Krieg im Sertao" auf deutsch erschienen) über dieses Massaker.

Im Krieg von Canudos kristallisierten sich Grundkonflikte der brasilianischen Gesellschaft, die bis heute nicht gelöst sind: einerseits die zwischen den Großstädten an der Küste und den Dörfern des Hinterlands um strukturelle Entwicklung und Gelder und andererseits um die enorme Diskrepanz von Arm und Reich, die sich bis heute ungebrochen an der Frage der Verfügung über Land entzündet. Brasilien hat – aller Rhetorik zum Hohn – bis heute keine Agrarreform erlebt.

3 Die Landlosenbewegung

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund ist es nicht mehr schwer, die Landlosenbewegung zu verstehen, die allerdings im Vergleich zu den geschichtlichen Bewegungen mit einem entscheidenden Organisations- und Qualitätszuwachs beseelt ist. 1983 gegründet, hat sich die Landlosenbewegung "Movimento Sem Terra" (MST) zunächst mit der öffentlichen Zurschaustellung ihres Elendes befasst. Mit Straßenrandsiedlungen, mit Märschen auf die Landeshauptstädte und mit Besetzungen des Regierungsinstituts für Agrarreform machten sie auf ihre Lage aufmerksam. Aber erst der Übergang zu Landbesetzungen erwirkte tatsächliche Neuansiedlungen. Es werden unproduktive Großgrundbesitzungen besetzt, um eine Enteignung zu forcieren. Die organisierte Landlosenbewegung MST zählt bis zu 180.000 Familien, die im Zuge dieser Druckmaßnahmen inzwischen angesiedelt worden sind. Insgesamt gibt es um die 5 Mio. landlose Familien in Brasilien, während sich etwa die Hälfte der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen des Landes in den Händen einer hauchdünnen Schicht von Großgrundbesitzern befinden, die nur 1 % der Bevölkerung ausmachen. Die Landlosenbewegung rechnet heute mit etwa 100 Mio. Hektar landwirtschaftlich nutzbarem Boden, der schon erschlossen ist und der brach

liegt. Das heißt unter anderem, dass der amazonische Regenwald durchaus verschont bleiben könnte, wenn die zur Verfügung stehenden Instrumente der Agrarreform (Enteignung und Verteilung, bzw. Ansiedlung von Landlosen) eingesetzt würden. Und alle, die es brauchen, könnten ihr Stück Land haben.

Die andere Seite der Landbesetzungen ist die wachsende Gewalt von Seiten der Militärpolizei und der paramilitärischen Soldgruppen, die im Dienste der Großgrundbesitzer stehen. Sie hat zu mehrheitlich unbestraften Morden an vereinzelt Landlosen geführt, 1993 (Corumbiara) und 1996 (Eldorado do Carajas) auch zu größeren auch noch unbestraften Massakern. Die Regierung versuchte die Landlosen als Unruhestifter und Kriminelle darzustellen, um ihre Repression zu rechtfertigen. Das Dokumentationszentrum der Landpastorale hat die mit dem Kampf um Land verbundenen Morde aufgezählt. Von 1985 – 1998 waren es 1.158 Morde an Landarbeitern, Anwälten, Agrartechnikern, Pastoralagenten, Gewerkschaftsleuten und Nonnen. Davon wurden erst 86 vor Gericht gebracht und lediglich 11 strafrechtlich verurteilt. Die Landpastorale erarbeitet seit 22 Jahren eine sehr genaue Aufstellung der Gewalt auf dem Lande.

Und trotzdem sind über 50.000 Landlose in den über 180 Landbesetzungen in ganz Brasilien von der Legitimität ihrer gesetzlichen Verstöße gegen das Privateigentum überzeugt – so sehr, dass sie das Risiko Davids gegen Goliath eingehen. Gibt es überhaupt eine Alternative? Oder ist es denn ein großer Unterschied langsam dahin zu siechen oder plötzlich zu sterben? Für Verzweiflung haben die Landlosen keine Zeit!

Die Landlosenbewegung erarbeitete sich einen großen Öffentlichkeitszuspruch in Brasilien. Einer Umfrage des Nationalen Rates der Industrie im April 1997 zufolge bejahten 77% der brasilianischen Bevölkerung die Existenzberechtigung der Landlosenbewegung und bis zu 85 % befürworteten Landbesetzungen als Druckmittel unter der Bedingung, dass die Landlosen die Besetzungen nicht gewalttätig durchführen. Diese Öffentlichkeit wird immer wieder mühsam erarbeitet. Die Landlosen haben kein Geld, um im Fernsehen ein anderes Image gegen das der

Regierung zu stellen. Ich möchte nur zwei ihrer Praktiken erwähnen:

1. Die Märsche über Tausende von Kilometern: Anfangs hatten sie lediglich das politische Ziel, die Landes- oder Bundesregierung unter Druck zu setzen. Heutzutage gibt es ein erweitertes politisches Ziel, die Gesellschaft erzieherisch mit einzubeziehen. Bei einem Marsch von 1000 Landlosen gibt es eine Vorhut von etwa 40 Leuten. Sie treffen ein bis zwei Tage vor dem Marsch am Zielort ein. Sie halten Vorträge in den Schulen, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, lokalen Radios und versuchen, den Marsch in die lokale Presse zu bringen. Wenn der Marsch angekommen ist, wird ein Lager aufgeschlagen. Es werden Besucher empfangen, es bilden sich politische Runde Tische, der Ausverkauf Brasiliens wird miteinander analysiert, der große Rahmen für die alltäglichen Krisen wird aufgezeichnet, ein volksbezogenes Entwicklungsprojekt für Brasilien wird diskutiert. Viele Leute kommen, bringen Gaben mit und sagen: "Wenn ich schon nicht mitmarschieren kann, geht ihr wenigstens im Namen des Volkes und sagt der Regierung, dass unser Land ins Unglück gestürzt wird". Damit wird in mühsamer Arbeit die politische Kultur verändert – weg von der bloßen Wahlbeteiligung und dem Abwarten, was die Regierung wohl macht, hin zur eigenen Beteiligung am Geschehen.

2. Gemeinnützige Dienstleistungen: Landlose Gruppen aus nahegelegenen Lagern oder Ansiedlungen bieten sich den Bürgermeister an, um die Stadt zu säubern und zu beschönigen: Straßen kehren, Unkraut beseitigen, Blumenbeete bepflanzen ... Sie schenken der Stadt einen Arbeitstag. Bei der Gelegenheit bringen sie von ihren eigenen Erzeugnissen Nahrungsmittel ins Krankenhaus, in die Kindertagesstätte oder in die Armenviertel.

4 Die Kirchen und das Land

1975, kurz nach den schlimmen Jahren der Militärdiktatur, wurde die katholische Landpastorale CPT gegründet. Ihr Hauptanliegen war anfangs das von der Militärregierung verabschiedete Bodenstatut vom 30. November 1964 zur Umsetzung einzufordern. Vertriebene von

den großen Staudämmen, Kleinbauern ohne Besitzurkunden im Amazonasgebiet, Eindringlinge der Indianerreservate wurden bei ihren Forderungen nach einer Agrarreform unterstützt. Sehr bald zeigte diese Landpastorale ihr ökumenisches Gesicht.

Die Landpastorale verstand sich selbst als eine Tochter der Befreiungstheologie. Aus der Perspektive von Landarbeitern, die ein versklavtes Dasein führten oder wie Verbannte im eigenen Land lebten, konnte Gott nur als befreiender Gott geglaubt werden. Das biblische Zeugnis eines Gottes, der selbst hinabstieg, die Sklaven aus Ägypten befreite und sie anschließend auf ein Land führte, da Milch und Honig flossen, ist für die Landpastorale rechtfertigende Inspiration geworden. Dazu hat es in der katholischen Kirche einige Stellungnahmen gegeben:

Im Januar 1998 hat der Vatikan ein Dokument "Für eine Verteilung von Land – Die Herausforderung der Agrarreform" herausgegeben. Es ist nicht nur auf Brasilien bezogen und beansprucht allgemeinen Charakter. Das Dokument hätte schon zum Papstbesuch in Brasilien (Oktober 1997) erscheinen sollen, was die brasilianische Regierung jedoch verhindern konnte.

Das Dokument hat drei Abschnitte und ist im Stil der Methode "Sehen, Urteilen, Handeln" aufgebaut. Zuerst werden die Bodenkonzentration und ihre negativen Folgen analysiert. Dann wird an die Einstellung der Bibel zum Bodeneigentum und an das Jubeljahr erinnert. Drittens geht es um ethische und politische Voraussetzungen sowie praktische Aspekte einer umfassenden Agrarreform. Dieses Dokument des Vatikans bezeichnet erstmals Landbesetzungen als legitime soziale Reaktion auf die Verzögerung einer Agrarreform durch die Politik. Die Repression von Landbesetzungen wird geradezu verurteilt: "Wer das Land nicht verteilt, hat keine Moral und kein Recht, diejenigen zu reprimieren, die es besetzen, um Arbeit und soziale Verwirklichung zu suchen." Die Regierungen werden aufgefordert, die Agrarreformen zügiger umzusetzen. Und unter Agrarreform wird erstmals mehr verstanden als eine bloße Landverteilung: Kredit für die Produktion, gleiche Rechte für Frauen, Unterstützung von Genossenschaften, Gewähr-

leistung von Gesundheit, Bildung und Infrastruktur als fundamentale Leistungen des Staates.

In Brasilien gibt es neben der katholischen Kirche und im Gegensatz zu den protestantischen Missionskirchen noch eine Einwandererkirche (EKLBB) mit ca. 800.000 Mitgliedern (unter 0,5% der Bevölkerung). Sie war bis vor 40 Jahren eine ausgesprochene Bauernkirche. Inzwischen spiegelt sich in ihr dieselbe soziale Spaltung von finanzkräftigen Industrieunternehmen und landlosen Kleinbauern wieder, wie sie in der gesamten Gesellschaft Brasiliens vorzufinden ist. 1982 hat die EKLBB das Thema "Gottes Erde – Land für alle" ausgerufen und konfrontiert ihre Gemeinden seitdem mit der theologischen Reflexion über die Notwendigkeit einer umfassenden Agrarreform. Die Reaktionen darauf waren ein Spiegelbild der gesamten geteilten Gesellschaft. Sie reichten von der freudigen Aufnahme bis hin zum Boykott der Thematik mit der Begründung, dass die Kirche sich mit geistlichen Belangen zu beschäftigen habe und nicht mit sozialpolitischen Angelegenheiten. Inzwischen hat sich das Wissen um die Notwendigkeit einer umfassenden Agrarreform als Grundsatz von Gerechtigkeit in der ganzen EKLBB verbreitet, aber es ist schwierig, den tatkräftigen Einsatz für dieses Ziel aufrecht zu erhalten.

5 Agrarreform fürs Fernsehen

Die vorige Bundesregierung konterte meistens mit teuren Medienoffensiven – die Landlosen nannten sie die "virtuelle Agrarreform". Darin wurden 370.000 Familien auf insgesamt 12 Mio. Hektar als Agrarreformleistung angeführt. (In derselben Zeit sind 4,2 Mio. landlos geworden und die Großgrundbesitze über 2.000 Hektar sind um 56 Mio. Hektar angewachsen.) Der Etat für die Propaganda der Regierung ist von 2000 auf 2001 um 154% erhöht worden. Zur gleichen Zeit ist der Etat für die Agrarreform um 7,8% reduziert worden.

Darüber hinaus versuchte die brasilianische Bundesregierung noch zwei andere Maßnahmen aus der Trickkiste zu zaubern:

1. Sie prägte den Begriff einer "Agrarreform des

Marktes" und versuchte 1 Mrd. Dollar bei der Weltbank auszuleihen, um Großgrundbesitzern ihr – meist unrechtmäßig angeeignetes – Land abzukaufen und es dann an Landlose zu verteilen. Diese Form der "Agrarreform" vermeidet Enteignungen und legalisiert im nachhinein die unrechtmäßige Aneignung des Bodens durch die Großgrundbesitzer, welche nunmehr selbst das Land aussuchen, auf das die von vornherein verschuldeten Bauern gelassen werden.

2. Die Verantwortung für die überfällige Agrarreform wurde auf die Länder und Kommunen abgeschoben. Dieser Prozess (fast wie aus einem Regierungshandbuch entnommen) stellte sich immer dann ein, wenn die gesellschaftlichen Gruppen und NROs ein effektives und durchsetzungsfähiges Organisationsniveau erreicht hatten. Kurz gesagt: die Regierung versuchte die Landlosenbewegung und ihren Vorbildcharakter für andere Elendsbereiche zunichte zu machen.

Die Lawine, die auf die Landlosen zukommt, macht ihnen Angst, aber sie lähmt sie nicht. Der Kampf geht weiter. Es geht um Land, um die freie Meinungsbildung und um politische Grundrechte, um ein alternatives wirtschaftliches und politisches Projekt für das Land. "Pau e prosa" ist ihre Strategie, zu deutsch: "Knüppel und Dialog". Unter "Knüppel" verstehen die Landlosen, dass sie die Großgrundbesitzer, die Regierung und ihre Machenschaften mit den Banken an den Pranger stellen und Landbesetzungen durchführen. Unter "Dialog" verstehen sie ihre unermüdliche Bereitschaft, immer wieder aufs Neue Verhandlungen mit den Regierungsorganen einzugehen, mit der umliegenden Gesellschaft einen massiven Prozess politischer Bildung fortzusetzen und mit ihren Arbeitsdienstagen und Nahrungsmittelverteilungen die Werte der Gnade, der Solidarität und der Verantwortung für einander vorzuleben.

Unter der im Oktober 2002 neu gewählten Regierung Lula sind die Hoffnungen auf eine Agrarreform größer geworden. Nach einer ersten Schonzeit für den neuen Präsidenten ist sich die Landlosenbewegung jedoch ihrer gesellschaftlichen Rolle klar bewusst: jetzt heißt es nicht "abwarten, dass 'unsere' Regierung es schon richten wird", sondern es heißt, die Mobilisie-

rungen und – wenn nötig – auch die Landbesetzungen weiter zu führen, um den notwendigen gesellschaftlichen Druck aufrecht zu erhalten, denn nur so wird selbst eine günstigere Regierung eine wirkliche Agrarreform gegen die Lobby der Großgrundbesitzer durchsetzen können.

6 Ausblick

Was haben Sie in Deutschland mit den Landlosen in Brasilien zu tun? Was haben deutsche Textilarbeiterinnen, Bauarbeiter, Studierende, Chemiarbeiter, Obdachlose, Kleinbauern mit den brasilianischen Landlosen zu tun? Warum rufen die brasilianischen Landlosen zu einem gemeinsamen Kampf für eine Agrarreform auf? Nebenbei gesagt: Im Jahre 1996 sind in Deutschland 14.000 Kleinbauernbetriebe verschwunden. Im Jahr 1998 waren es 20.000. Und im Jahr 2000 sollen es sogar 40.000 gewesen sein.

Es geht nicht um die Agrarreform allein. In ihr konkretisiert sich vielmehr der Kampf gegen eine tiefergehende Logik: die des sozialen Ausschlusses. Überzeugung der Landlosen ist es, dass dieselben Mechanismen, die in Brasilien Verelendung produzieren, auch anderswo in der Welt am Werk sind, dass sie die Weltwirtschaft beherrschen. Der Kampf der Landlosen (ähnlich wie der Kampf der französischen Bewegungen der "Ohne") richtet sich gegen die Logik des Ausschlusses. Sie besetzen Land, das Justizministerium, die Agrarreformbehörde, und sie

stellen damit ganz praktisch die Besitzverhältnisse auf dem Lande in Frage. Sie fordern die Besitzenden und Mächtigen heraus, pochen auf ihr fundamentales Menschenrecht auf Leben. Sie wollen keine Almosen und keine Sozialprogramme, sondern Gerechtigkeit, soziale und politische Bürgerrechte für alle. Die Landlosen brechen in die polizeilich und militärisch geschützte Welt der Reichen ein und widersprechen mit dieser Praxis ihrem Ausgeschlossensein von den elementarsten Lebensgrundlagen.

Die brasilianische Landlosenbewegung braucht die Unterstützung von Menschen in anderen Ländern; sie braucht Ihr Interesse, Ihre Anteilnahme, Ihre Forschung, Ihre Fürbitte und Ihre Spenden. Aber noch wichtiger für die internationale Solidarität ist die gemeinsame Erkenntnis der Mechanismen des sozialen Ausschlusses und die Bereitschaft, mit eigenen Akzenten und wirksamen Methoden gegen diese Mechanismen anzugehen. Sind nicht auch in den reichen Ländern des Nordens Privilegien und Ungerechtigkeiten mit dem Bodeneigentum verbunden?

In einer Zeit, in der sich die nationalen Staaten im Umbruch befinden, in der sich die Regierungen mehr und mehr ihre Politik von den großen Wirtschaftsunternehmen vorgeben lassen, sind die gesellschaftlichen Organisationen gefragt, speziell die Universitäten, die Gewerkschaften, die NROs und die Kirchen. Was lässt sich im Süden und hier im Norden gegen den sozialen Ausschluss unternehmen?

Unfreier Welthandel besonders im Agrarbereich

"Europa und die USA subventionieren ihre Agrarproduktion mit 1 Mrd. US-Dollar pro Tag, das sind rund 360 Mrd. US-Dollar im Jahr. Das ist etwa das Siebenfache der pro Jahr weltweit gewährten Entwicklungshilfe! Mittels dieser Subventionen zerstören wir genau die Märkte, auf denen die schwächsten Entwicklungsländer noch am ehesten wirtschaftliche Erfolge erzielen könnten. ... Der richtige Schluss daraus wäre, endlich die Welthandelsordnung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Nicht die Dritte Welt muss liberalisieren und privatisieren, sondern die OECD-Staaten, indem sie ihre Märkte für Produkte aus der Dritten Welt öffnen."

Harald Schumann, Die wahren Globalisierungsgegner oder: Die Politische Ökonomie des Terrorismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament Nr. 13–14/2003, S. 27 und 30.

BERICHTE

■ Ökodorf Brodowin – Naturschutz und Ökologischer Landbau im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin

Der Ökologische Landbau gilt als ein nachhaltiges Nutzungssystem. Seine positiven ökologischen Leistungen sind vergleichend zur konventionellen und integrierten Bewirtschaftung vielfach dokumentiert (STEIN-BACHINGER, 1998). Sich ändernde agrarpolitische und ökonomische Rahmenbedingungen verschärfen allerdings auch im Ökologischen Landbau den Druck zur Ertragssteigerung durch Intensivierung und rationellere Gestaltung der Betriebsabläufe. Da Umwelt- und Naturschutz neben sozialen Aspekten und Qualitätsansprüchen entscheidende Triebfedern für die Entwicklung und Ausbreitung des Ökologischen Landbaus bis heute darstellen (HAGEL, 2003), müssen frühzeitig Möglichkeiten erarbeitet werden, Naturschutzaspekte sinnvoll in die Betriebsabläufe des Ökologischen Landbaus zu integrieren.

Das Ökodorf Brodowin ist ein großer Demeter-Betrieb (1.239 ha) inmitten des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin. Die geringe Standortgüte und damit verbunden die relativ geringe Bewirtschaftungsintensität bieten günstige Voraussetzungen zur Integration von Naturschutzzielen (STEIN-BACHINGER ET AL., 2002, FUCHS ET AL., 2003, STEIN-BACHINGER ET AL., 2003). In enger Zusammenarbeit mit dem Betrieb werden in einem E+E-Vorhaben des Bundesamtes für Naturschutz naturschutzfachlich optimierte Anbauverfahren entwickelt und praxisnah unter realen Arbeits- und Marktbedingungen erprobt. Dabei werden die Maßnahmen auf betrieblicher Ebene auch ökonomisch bewertet, die Ergebnisse fließen in eine um naturschutzfachliche Ziele erweiterte Betriebsorganisation ein. So werden im Getreideanbau Veränderungen in der Beikrautregulierung vorgenommen und der Anteil der Sommerungen erhöht. Im Feldfutterbau werden die Erhöhung der Schnitthöhe, verzögerte Schnittzeitpunkte sowie der Einsatz spezieller Technik erprobt. Die räumliche Anordnung der

Fruchtfolgefelder wird nach naturschutzfachlichen Aspekten verändert, zudem werden die Schlagstrukturen optimiert durch Beschränkung der Schlaggröße auf 25 ha sowie die Schaffung von zusätzlichen Strukturen. Die Auswirkungen der veränderten Verfahren werden anhand ausgewählter Zielarten der Gruppen Feld- und Heckenvögel, Amphibien, Schmetterlinge, Heuschrecken sowie der Zielart Feldhase und der Segetal-/Trockenrasenflora untersucht. Bisher ermittelte Daten legen den Schluss nahe, dass durch Änderungen in der Fruchtfolge (Erhöhung Anteil Sommergetreide, Klee gras) die Artenzahl und Siedlungsdichte typischer Ackervögel deutlich erhöht wird (FUCHS ET AL, 2003). Neben der Optimierung der Ackerbauverfahren, Fruchtfolgen und Schlagstrukturen ist die Etablierung eines dauerhaften Trockenrasen-Weideverbundsystems zur Pflege und Nutzung kleinflächiger Sonderstandorte geplant. Zudem werden Landschaftspflegeabfälle (z.B. Heckenrückschnitt) kompostiert und zur Verbesserung der Bodenstruktur sowie der Kohlenstoffbilanz des Betriebes eingesetzt. Einen wichtigen Bereich innerhalb des Projektes nimmt die Vermittlung der Projektidee sowie der Ergebnisse nach außen ein. So konnte das Vorhaben auf Hoffesten, Führungen, landwirtschaftlichen Veranstaltungen (z.B. Grüne Woche) oder wissenschaftlichen Tagungen schon vielfach der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Dr. agr. Johannes Grimm

Weitere Informationen:

www.brodowin.de und www.naturschutzhof.de

Literaturhinweise:

- Fuchs, S., Gottwald, F., Helmecke, A., Stein-Bachinger, K. (2003). Erprobungs- und Entwicklungsvorhaben "Naturschutzfachliche Optimierung des großflächigen Ökolandbaus am Beispiel des Demeter-Betriebes Ökodorf Brodowin". In: Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.). Treffpunkt Biologische Vielfalt III, Bonn, 97-102.
- Hagel, I. (2003). Zu einer Weiterentwicklung des Qualitätsbegriffes im Ökologischen Landbau. In: Institut für Biologische-Dynamische Forschung e.V. (Hrsg.). Jahresbericht 2002. S. 41-45.
- Stein-Bachinger, K. (1998): Leistungen und Potenziale des Ökologischen Landbaus für den biotischen und abiotischen Ressourcenschutz. Tagungsberichte vom 4. Naturschutztag des NABU Landesverbandes Brandenburg: Arten- und Ressourcenschutz in der Landwirtschaft. S. 27-40, Hrsg. NABU-Brandenburg@t-online.de
- Stein-Bachinger, K., Bachinger, J., Fuchs, S., Zander, P. (2002): Managementsysteme von Ackerflächen des Ökologischen Landbaus zur Integration naturschutzfachlicher Ziele. Mitt. Ges. Pflanzenbauwiss. 14, 121-122

- Stein-Bachinger, K., Zander, P., Fuchs, S. (2003). Optimierung des Ökologischen Landbaus auf Grundlage naturschutzfachlicher und betriebswirtschaftlicher Aspekte. In: Freyer, B. (Hrsg.). Beiträge zur 7. Wissenschaftstagung zum Ökologischen Landbau, Verlag Universität für Bodenkultur, Institut für Ökologischen Landbau, Wien, 165-168.

■ Die "Verbraucher Initiative e.V."

Die Verbraucher Initiative e.V. wurde 1985 als Bundesverband kritischer Verbraucherinnen und Verbraucher gegründet. Der gemeinnützig anerkannte Verein tritt für den ökologischen, sozialen und gesundheitlichen Verbraucherschutz ein. Seine Arbeit wird u.a. von etwa 8.000 Einzelmitgliedern und 176 Organisationen ermöglicht. Die Verbraucher Initiative e.V. betreibt verschiedene Internet-Datenbanken u.a. zu den Themen Gentechnik bei Lebensmitteln, Zusatzstoffe und Gütezeichen. Mit zahlreichen Broschüren und Faxabrufen geben wir zu speziellen Themen Informationen und Ratschläge.

Als die Verbraucher Initiative gegründet wurde, gab es bereits die Verbraucherzentralen und die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AGV), heute die Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). In Verbraucherzentralen oder der AGV konnte man nicht Mitglied werden. Die Möglichkeit, sich bei der Stiftung Warentest über Staubsauger und Waschmaschinen zu informieren, diente zwar der Markttransparenz; sie reichten vielen engagierten Verbraucher/innen aber nicht aus, zumal die AGV damals eine recht einseitige Verbraucherpolitik betrieb, die sich bezüglich der Agrarpolitik im Wesentlichen gegen Subventionen und angeblich zu hohe Preise stark machte. Mitte der 1980er Jahre war – nach der Friedens- und Bürgerinitiativenbewegung – die Zeit reif für eine Organisation, die sich auch um andere Interessen von Verbraucher/innen kümmerte und in der man eben auch Mitglied werden konnte. Ein Jahr später passierte die Katastrophe in Tschernobyl. Sie war eine Bewährungsprobe für den neuen Verein. Zusammen mit einem Untersuchungslabor gab die Verbraucher Initiative zeitnah die aktuellsten Werte über Strahlungsbelastungen von Lebensmitteln heraus. Die Behörden betrieben damals eine sehr unzureichende Informationspolitik.

Beispiele für die Zusammenarbeit von Verbraucher Initiative und Landwirtschaft

Das "AgrarBündnis"

Die Verbraucher Initiative hat von Anfang an Wert auf den Dialog mit verschiedenen Partnern gelegt und Verbraucherpolitik 'ganzheitlich' betrachtet. Als sich in den 1980er Jahren die Situation in der Landwirtschaft immer weiter zuspitzte – "Milchseen und Butterberge" waren Zeichen einer fehlgeleiteten Agrarpolitik-, war die Zeit reif für Zusammenschlüsse und Modelle für eine andere Landwirtschaft. In der "Aachener Erklärung" von 1987 bekannten sich die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der BUND, der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (Agrarkoordination) und die Verbraucher Initiative zu einer neuen Agrarpolitik. Der Dachverband der Deutschen Agraropposition wurde gegründet (DDA). 1993 erschien der erste "Kritische Agrarbericht" und das Bündnis hatte nun 13 Mitgliedsorganisationen.

Im Jahr 2003 wurde auf der Grünen Woche der 11. Kritische Agrarbericht vorgestellt. Derzeit gehören 21 Verbände zu dem mittlerweile in AgrarBündnis umbenannten Dachverband.

Der "Kritische Agrarbericht" ist eine Dialog-Plattform für eine Vielzahl von Verbänden und aktiven Menschen, die sich mit verschiedenen Aspekten der Agrarpolitik auseinandersetzen. Er stellte anfangs einen Gegenpart zum Agrarbericht der Bundesregierung dar. Die Beiträge stammen von Autor/innen aus ganz unterschiedlichen Bereichen: Forschung, Verbraucherorganisationen, Gentechnikexpert/innen, Tiermediziner/innen, Dritte-Welt-Gruppen und natürlich Expert/innen und Praktiker/innen aus der Landwirtschaft. Auch der aktuelle Agrarbericht bekennt sich deutlich zur Agrarwende.

"Neuland – Verein für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung"

Das zweite aus dieser Zeit stammende Projekt beruht ebenso wie das AgrarBündnis auf einer Zusammenarbeit von unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen, die aktiv etwas in der Landwirtschaft verändern wollen: 1988 wurde vom Neuland-Verein für eine tiergerechte und

umweltschonende Nutztierhaltung ein Markenfleischprogramm gestartet, das nach wie vor einmalig in der Welt ist. Fünf Verbände haben sich hier zusammen getan, um das "tiergerechteste" Markenfleischprogramm aufzubauen: der Deutsche Tierschutzbund, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bundeskongress developmentpolitischer Aktionsgruppen (BUKO), der BUND und die Verbraucher Initiative. Dieses Programm ist zwar nicht "öko", aber es geht in seinen Auflagen, auch was die Umwelt betrifft, recht weit (Verbot von Halmverkürzern, keine Gentechnik, Flächenbindung, Bestands- und Flächenobergrenzen). Beim Verein Neuland handelt sich ebenfalls um einen auf echtem Dialog begründeten Verbund. Alle Beteiligten haben sowohl im Vorstand als auch in der Bundesrichtlinienkommission gleiches Stimmrecht. Weitere Informationen gibt es unter: www.neuland-fleisch.de

"TransFair"

Die Verbraucher Initiative schaut aber auch über den Tellerrand. Sie gehört zu den 40 Trägern des gemeinnützigen Vereins TransFair, dessen Mitglieder aus den Bereichen Entwicklungshilfe, Kirche, Sozialarbeit, Verbraucherschutz, Genossenschaftswesen, Bildung und Umwelt kommen.

1992 startete der Verein seine Arbeit mit dem Ziel, benachteiligte Produzentenfamilien in Afrika, Asien und Lateinamerika zu fördern und durch den Fairen Handel ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

TransFair handelt nicht selbst mit Waren. Vielmehr vergibt der Verein sein Siegel für fair gehandelte Produkte. TransFair ist also keine Marke, sondern zeichnet Produkte mit seinem Siegel aus, die zu festgelegten fairen Bedingungen gehandelt werden. Beispiele dafür sind:

- Kaffee – Im Fairen Handel erhalten die Partnerorganisationen einen festgelegten Mindestpreis, der immer über dem Weltmarktpreis liegt. Neben dem Mindestpreis sind langfristige Lieferbeziehungen und das Recht auf Vorfinanzierung wichtige Vorteile. Für Biokaffee gibt es einen extra berechneten Aufschlag.

- Tee – Einen einheitlichen Marktpreis für Tee

gibt es nicht; je nach Qualität, Anbauregion und Verarbeitungsmethoden gibt es extreme Preisdifferenzen. Im Fairen Handel werden jedoch Preise bezahlt, die mindestens die Produktionskosten decken. Auf diesen kostendeckenden Preis kommt ein spezifischer Fairhandels-Aufschlag, der gezielt für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Plantagenarbeiter und Pflückerfamilien verwendet wird. Dieses Geld wird in einen Fonds einbezahlt, über dessen Verfügung die Plantagenbelegschaft gleichberechtigt mitbestimmt.

- Orangensaft – Für den Fairen Handel mit Orangen gelten Mindestpreise, die unabhängig von den Preisschwankungen auf den Märkten zu bezahlen sind. Sie decken die Produktionskosten ab, die unter menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen durchschnittlich entstehen. Zusätzlich wird ein Aufschlag (Premium) von 100 US-Dollar pro Tonne Orangensaftkonzentrat für Investitionen in die Infrastruktur, in Bildung, Gesundheit, ökologische Verbesserungen und Organisationsentwicklung bezahlt. Sollte der Weltmarktpreis einmal über 1200 US-Dollar steigen, wird das Premium auf den jeweils aktuellen Weltmarktpreis aufgeschlagen. Weitere Informationen zu fair gehandelten Produkten findet man unter: www.oeko-fair.de und www.transfair.org

Die Rolle der Verbraucher/innen

Ideen, Projekte und auch Umsetzungen für eine andere Landwirtschaft gibt es mithin schon lange. Deswegen braucht eine "neue" Landwirtschaft nicht noch einmal definiert oder erfunden werden.

Die Verbraucher Initiative unterstützt die Maßnahmen für die Agrarwende seitens des Ministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft und natürlich auch speziell die Maßnahmen für eine Ausweitung der ökologischen Landwirtschaft und ganz allgemein Maßnahmen zur regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte. Ganz entscheidend für eine wirklich nachhaltige Neuorientierung der Landwirtschaft ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher zu überzeugen, so dass sie bereit werden, sowohl für Produkte aus der sog. Dritten Welt als auch für regionale und Bioprodukte

einen fairen Preis zu bezahlen, der die wirklichen Arbeits- und Produktionsbedingungen widerspiegelt.

Weitere Informationen zur Verbraucher Initiative gibt es auf den Internetseiten:

www.verbraucher.org | www.label-online.de,
www.transgen.de | www.zusatzstoffe-online.de

Brigitta Poppe

■ Stiftungen als Bodeneigentümer

Das Seminar für freiheitliche Ordnung vertritt als Fernziel der Bodenreform

- die Erde als das Erbteil des gesamten Menschengeschlechts (John Stuart Mill) anzusehen.
- Neben dem Gemeingebrauch sind individuelle Bodennutzungen rechtlich zu sichern.
- Art und Umfang der Bodennutzung sind demokratisch zu planen und festzulegen.
- Das Recht zur privaten Bodennutzung darf weder staatlich zugeteilt noch gegen Sparkapital getauscht werden (Bodenpreise).
- Das Recht zur Bodennutzung ist abhängig zu machen von der Zahlung von laufenden Entgelten.
- Jeder Mensch hat Anspruch auf den gleichen Anteil an allen Bodenerträgen (Bodenrenten).

Stiftungen als Bodeneigentümer sind nur eine Teillösung auf dem Weg zu diesem Fernziel, aber aus privater Initiative möglich.

- Sie sind auf die Dauer Eigentümer bestimmter Grundstücke; diese werden nicht mehr verkauft.
- Sie widmen die Bodenrenten Gemeinwohl-Zielen, die steuerlich gemeinnützig sind.
- Sie konkretisieren die Art der Bodennutzung im Rahmen der öffentlich-rechtlichen Festlegungen.
- Sie vergeben das Recht zur Bodennutzung gegen Entgelt (Pacht, Erbbauzins) an private Nutzer.

Die Aufbringung von Stiftungskapital ist durch das neue Stiftungssteuerrecht sehr erleichtert. Zuwendungen in den Vermögensstock einer Stiftung waren schon bisher erbschafts- und schenkungssteuerfrei, konnten bei der Einkommensteuer aber nicht vom Einkommen abgesetzt werden.

- Einer bestehenden Stiftung kann jeder bis zu 20.450,- Euro jährlich zustiften und vom zu versteuernden Einkommen absetzen; wenn die Stiftung wissenschaftliche Zwecke verfolgt, gibt es für große Zuwendungen (über 25.565,- Euro) zusätzlich steuerrechtliche Flexibilität (7 Jahre).

- Bei der Neugründung einer Stiftung kann jeder Stifter bis zu 307.000,- Euro vom zu versteuernden Einkommen absetzen (auf bis zu 10 Jahre beliebig verteilt); dies aber nur alle 10 Jahre.

- Die Absetzbarkeit von Spenden (5% oder 10% der Einkünfte) bleibt daneben voll erhalten.

Das Seminar für freiheitliche Ordnung empfiehlt, Stiftungen zu gründen,

- die zur Gründung (Zwölfmonatszeitraum) und später Vermögen sammeln (Bürgerstiftungen);
- die ihr Vermögen in Boden (nicht in Häusern) anlegen;
- die bei der Vergabe der Bodennutzung im Wege des Erbbaurechts (Hofstelle) oder der Landpacht für ökologisch einwandfreie (z.B. biologisch-dynamische) Nutzung Vorsorge treffen;
- die mit ihren Erträgen die sozialwissenschaftliche und landwirtschaftliche Lehre und Forschung fördern – oder andere (nichtwissenschaftliche) gemeinnützige Ziele.

Boden-Stiftung durch Landwirte

Wenn ein Landwirt oder Gärtner sein Bodeneigentum auf eine Stiftung überträgt und die Hofstelle im Erbbaurecht und das bewirtschaftete Land im Wege der Pacht zur entgeltlichen Nutzung vertraglich gesichert zurückerhält, erreicht er folgende Ziele:

1. Alle Nachfolger dürfen den Boden nur noch biologisch-dynamisch bewirtschaften, weil die Stiftung durch ihre Satzung verpflichtet ist, dies durch die Pachtverträge zu gewährleisten.
2. Im Erbfolge reduziert sich das Betriebsvermögen auf Gebäude und Inventar mit entsprechenden Vorteilen bei der Auszahlung weichender Erben und bei der Erbschaftssteuer (Achtung: Pflichtteilergänzungsansprüche entfallen erst 10 Jahre nach der Schenkung an die Stiftung; Erbverzicht erreichbar?)
3. Die Bodennutzung kann nur noch gegen laufendes Entgelt erfolgen; dadurch wird die Betriebskalkulation ehrlicher und es werden auch die steuerpflichtigen Betriebseinkünfte reduziert.
4. Bei der Stiftungsgründung kann der Stifter Boden bis zum Buchwert von 307.000,- Euro (beliebig verteilbar auf bis zu 10 Jahre) und bei späteren Zustiftungen jährlich Boden bis zum Buchwert von 20.450,- Euro an die gemeinnüt-

zige Stiftung übertragen und vom steuerpflichtigen Einkommen absetzen.

5. Nichtlandwirte können sich an der Stiftungsgründung oder durch spätere Zustiftungen mit Geld beteiligen, das als Reserve am Kapitalmarkt angelegt wird, bis sich die Gelegenheit bietet, bereits angepachtetes oder zusätzliches Land durch die Stiftung anzukaufen.

6. Die Stiftung kann max. 30% der Pacht- und Zinseinnahmen steuerfrei zur Vermögensbildung verwenden und bei Gelegenheit weiteres Land erwerben und 'biologisch-dynamisch' verpachten.

7. Die Stiftung finanziert gemeinnützige Aufgaben (agrar- und sozialwissenschaftliche Forschung; Landschaftspflege; Umweltschutz; Ausbildung), die im Interessenbereich des Stifters liegen.

Eckhard Behrens

■ Stiftung TRIAS für Boden, Ökologie und Wohnen

Die Stiftung TRIAS fördert Initiativen, die Fragestellungen des Umgangs mit Grund und Boden, ökologische Verhaltensweisen und neue Formen des Wohnens aufnehmen. Boden und Wohnraum sollen nicht länger als Waren behandelt werden und der ungehemmte Flächenverbrauch muss unter Gesichtspunkten der Nachhaltigkeit gestoppt werden. Die Stiftung TRIAS will Wohnprojekte fördern, als Grundstückseigentümerin Projektziele absichern und zur Weiterentwicklung der Wohnreformbewegung beitragen.

Weitere Informationen:

Postfach 10 08 29, D-44708 Bochum
Fon: 0234-57 97 156 | Fax: 0234-57 97 188
eMail: info@Stiftung-TRIAS
Internet: www.Stiftung-TRIAS.de

■ Fonds für ökologische Saatgutforschung

Multinationale Konzerne, die den Saatgutmarkt beherrschen, betreiben die Patentierung von Pflanzen und gentechnische Manipulation von Lebensmitteln. Unter Ausschluss der Lebensprozesse werden in Hightech-Labors neue Pflanzensorten entwickelt. Das uralte Kulturerbe 'Saatgut' wird dadurch monopolisiert und der Verlust der Sortenvielfalt schreitet weiter voran, was

mittlerweile viele Verbraucher/innen ablehnen. Der ökologische Landbau geht demgegenüber von einer ganzheitlichen Betrachtung aus. Für ihn bedeutet Züchtung mehr als nur 'ohne Gentechnik' zu arbeiten. Geschmack, Reifefähigkeit und Nahrungsqualität stehen ebenso im Mittelpunkt wie Krankheitstoleranz und Anpassungsfähigkeit an den Standort. Auch der Erhalt und die Weiterentwicklung alter Getreide- und Gemüsesorten stellen eine wichtige Aufgabe dar. Die Zukunftsstiftung Landwirtschaft in der Gemeinnützigen Treuhandstelle e.V. der GLS-Gemeinschaftsbank hat 1996 einen Fonds für ökologische Saatgutforschung gegründet, um die naturgemäße Züchtung von Saatgut und Pflanzen zu fördern.

Weitere Informationen:

Zukunftsstiftung Landwirtschaft
Oskar-Hoffmann-Str. 25, D-44789 Bochum
Fon: 0234-57 97 0 | Fax: 0234-57 97 188
eMail: bochum@zs-l.de | Internet: www.zs-l.de

■ Wissenswertes aus Polen

1942/43 trafen sich Helmuth James Graf von Moltke und York Graf von Wartenburg mit anderen Freunden des "Kreisauer Kreises" auf dem Landgut der Familie von Moltke im schlesischen Ort Kreisau, um im Hinblick auf ein erhofftes Ende des NS-Regimes Vorstellungen von einer freiheitlich-demokratischen Neuordnung Deutschlands und seiner Integration in ein föderal vereintes und friedliches Europa zu entwickeln. Die meisten Mitglieder des "Kreisauer Kreises" wurden nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 von Schergen des Regimes hingerichtet.

Im Zuge der Wende in Mittel- und Osteuropa entstand auf Initiative des "Klubs der Katholischen Intelligenz" in Wroclaw/Breslau die "Stiftung Kreisau/Krzyzowa für Europäische Verständigung", unterstützt von der Aktion Sühnezeichen und der Internationalen Rosenstock-Huessy-Gesellschaft sowie von zahlreichen Einzelpersonen aus Polen, West- und Ostdeutschland, den USA und aus den Niederlanden. Nach der polnisch-deutschen Versöhnungsmesse am 12. Nov. 1989 sagten die Regierungen Deutschlands und Polens Gelder zur Renovierung des Schlosses und der

übrigen Gebäude des ehemaligen Moltkeschen Gutsbetriebs zu. 1994 nahm die Internationale Jugendbegegnungsstätte ihren Betrieb auf. Nach dem Abschluss sämtlicher Renovierungsarbeiten wurde der gesamte Gebäudekomplex 1998 eingeweiht. Die Stiftung unterhält darin auch eine Stätte des Gedenkens an den Widerstand gegen die Diktaturen des 20. Jahrhunderts. Außerdem ist die Kreisauer Stiftung Trägerin des "Europeums" im 55 km entfernten Wrocław, wo ebenfalls Tagungen und Seminare zur europäischen Einigung und Völkerverständigung stattfinden. Nähere Informationen über diese Institutionen gibt es im Internet auf den Webseiten: www.krzyzowa.org.pl und www.europeum.pl

15 km südlich von Wrocław im früheren Koberwitz hat Rudolf Steiner 1924 auf dem Gut des schlesischen Grafen Carl Wilhelm von Keyserlingk seinen "Landwirtschaftlichen Kurs" gehalten. Keyserlingk hatte das Gut 1904 von dem Industriellen Carl von Rath erworben, der zu den Mitbegründern der schlesischen Zuckerindustrie gehört hatte. Das heutige Koberzyce ist also der Ursprungsort des biologisch-dynamischen Landbaus. Einen Aufenthalt in Krzyzowa konnte ich zu einem Abstecher nach Koberzyce nutzen, um mich dort mit Hilfe des fließend Polnisch sprechenden Tschechen Mag. Jan Kubista zu erkundigen, ob Rudolf Steiner und die biologisch-dynamische Landwirtschaft dort noch oder wieder bekannt sind. Wir erfuhren, dass das ehemalige von Keyserlingsche Gut nach dem Verfall während der kommunistischen Zeit Mitte der 1990er Jahre mit öffentlichen Mitteln sehr schön restauriert wurde und nunmehr Sitz der Kommunalverwaltung ist (www.koberzyce.ug.gov.pl). In einem Gespräch mit dem Bürgermeister Ryszard Pacholik und seinem Sekretär Jerzy Siek stellte sich heraus, dass sich bislang zwar vereinzelt Anhänger des biologisch-dynamischen Landbaus aus Deutschland und der Schweiz in Koberzyce nach Rudolf Steiner erkundigt hatten, dass aber noch keine Kontaktaufnahme von Seiten 'offizieller' anthroposophischer Stellen versucht worden war. Zu unserer Überraschung bekamen wir sodann eine Gedenktafel aus Sandstein gezeigt, die 1999 an der Außenfassade des Rathauses angebracht worden war. Unter einem bronzenen

Steiner-Relief steht die folgende Inschrift in polnischer und deutscher Sprache: "In diesem Schloss hat zu Pfingsten 1924 Rudolf Steiner (1861–1924), der Begründer der Anthroposophie, den "Landwirtschaftlichen Kurs – Geisteswissenschaftliche Grundlagen zum Gedeihen der Landwirtschaft" gehalten und damit den Grundstein für den biologisch-dynamischen, ökologischen Landbau gelegt."

Die Schaffung dieser Gedenktafel geht auf eine Initiative von Frederyk Gajda zurück, einem Gartenbauer an der Landwirtschaftsschule im Nachbarort Krzyzowice, die sich dort im renovierten Schloss eines früheren Grafen Eulenburg befindet. Dorthin hatte Gajda schon 1995 zu einer größeren Tagung über den biologisch-dynamischen Landbau eingeladen, an der u.a. Prof. Eugeniusz Kosmicki von der Universität Poznan/Posen und Prof. Hans Christoph Binswanger von der Hochschule St. Gallen (Schweiz) teilgenommen hatten. Frederyk Gajda wollte als Ergebnis dieser Tagung erreichen, dass im Rathaus von Koberzyce ein Gedenkraum zur Erinnerung an die Anfänge der biologisch-dynamischen Landwirtschaft eingerichtet wird. Dies wurde von der damaligen Gemeindeverwaltung jedoch nicht gestattet. Erst nach seinem Tod wurde gleichsam als Ersatz für den Gedenkraum die Gedenktafel an der Außenfassade des Rathauses angebracht. Inzwischen ist auch eine polnische Übersetzung des "Landwirtschaftlichen Kurses" in Buchform erschienen.

Zum Abschluss unseres Gesprächs deuteten der vor einiger Zeit neu gewählte Bürgermeister und sein Sekretär an, dass der gegenwärtig amtierende Stadtrat durchaus bereit sein könnte, einen geeigneten Raum des Rathauses für eine Dauerausstellung über Steiner und die biologisch-dynamische Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Wenn in ihrem Ursprungsort eine solche zweisprachige Ausstellung in einer polnisch-deutschen-schweizerischen Zusammenarbeit entstehen könnte, würde dies möglicherweise auch den Biolandbaubestrebungen in Polen einen Auftrieb geben. Derartige Bestrebungen gibt es auch in Krzyzowa, wo sich schon Helmut James von Moltke und seine Freunde im "Kreisauer Kreis" 1942/43 Gedanken über eine Landwirtschaft ohne Raubbau an der Natur gemacht haben und

wo sich die "Stiftung Kreisau/Krzyzowa für Europäische Verständigung" deshalb bereits in ihrer Satzung die Aufgabe gestellt hat, auch noch ein Ökolandbauprojekt ins Leben zu rufen.

Werner Onken

■ FIAN – Mit Menschenrechten gegen den Hunger

Nahrung ist die Grundlage allen Lebens und ein fundamentales Menschenrecht. Hunger ist eine Menschenrechtsverletzung. Das Recht sich zu ernähren, ist in der "Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte" (1948) und im UN-Sozialpakt festgeschrieben. Obwohl genügend Nahrungsmittel produziert werden, hungern jedoch weltweit mehr als 800 Millionen Menschen. 1986 ist deshalb das von Regierungen, Parteien und Religionen unabhängige "FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk" (FIAN e.V.) entstanden, um die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, dass Hunger und Unterernährung Folgen von globalen und lokalen Ungerechtigkeiten sind. Für Exportplantagen werden vielfach Kleinbauernfamilien von ihrem Land verdrängt. Millionen von Menschen leben ohne Land, weil in Ländern wie Brasilien, Indonesien oder auf den Philippinen notwendige Agrarreformen mit Rücksicht auf die Interessen des Großgrundbesitzes nicht durchgeführt werden. Regierungen tragen zum Hunger bei, indem sie Landvertreibungen für Staudammprojekte ohne jede Entschädigung anordnen oder die Zerstörung von Lebensgrundlagen durch den Goldabbau tolerieren.

FIAN-Sektionen gibt es in 15 Ländern Asiens, Europas, Lateinamerikas und Afrikas. Sie unterstützen Betroffene von Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung, indem sie internationale Aufmerksamkeit auf ihre Situation lenken, und sie führen Tagungen über Bodenrechtsfragen durch. Auf offizieller Ebene hat FIAN Beraterstatus bei den Vereinten Nationen.

Nähere Informationen erteilt das FIAN-Sekretariat

Overwegstraße 31, D-44625 Herne

Fon: 023 23 – 49 00 99

eMail: fian@fian.de | Internet: www.fian.de

außerdem in portugiesischer Sprache:

www.mst.org.br

■ The World of Organic Agriculture

Unter diesem Titel haben die Stiftung Ökologie & Landbau, das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) und die International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM) eine interessante Studie über die Verbreitung des ökologischen Landbaus auf der ganzen Erde veröffentlicht: Minon Youssefi und Helga Willer (Hg.), "The World of Organic Agriculture – Statistics and Future Prospects". Ihr zufolge wurden weltweit im Jahr 2002 in über 120 Ländern mehr als 22 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzflächen ökologisch bewirtschaftet und zertifiziert. (Leider fehlt zum Vergleich eine Angabe zum Umfang der gesamten weltweit landwirtschaftlich genutzten Flächen.) Die größten biologisch bewirtschafteten Flächen befinden sich demnach in Australien (3,2 Mio. ha). In einigen europäischen Ländern wie Österreich, Schweden und der Schweiz werden bereits rund 10 % der landwirtschaftlichen Nutzflächen biologisch bewirtschaftet. In Italien haben sich mittlerweile über 60.000 Bauernhöfe auf den Biolandbau umgestellt. In Deutschland gibt es bislang 14.700 Biohöfe (3,3% aller landwirtschaftlichen Betriebe) mit insgesamt 635.000 ha (3,7% der landwirtschaftlichen Nutzflächen). Das weltweite Handelsvolumen mit zertifizierten Bioprodukten lag – mit steigender Tendenz – im Jahr 2001 bei etwa 25 Milliarden Euro.

Die Studie ist auf der Website www.soel.de/oekolandbau/weltweit.html zu finden und kann als pdf-Datei heruntergeladen werden.

Weitere Informationen über die Stiftung Ökologie & Landbau gibt das Sekretariat:

Weinstraße Süd 51, D-67098 Bad Dürkheim.

Fon: 06322-98870-226. | Internet: www.soel.de

Die IFOAM vereint und repräsentiert die weltweiten Organisationen der biologischen Landwirtschaft. Als ein demokratisch organisierter Dachverband fördert sie den Informations- und Erfahrungsaustausch durch Tagungen, Seminare und Veröffentlichungen. Bei der UNO und FAO hat sie einen Beraterstatus und sie fördert den Biolandbau insbesondere in Ländern der Dritten Welt. Das deutsche Sekretariat der IFOAM befindet sich im Ökozentrum Imsbach, 66636 Tholey-Theley. – Fon: 06853-919890. | Internet: www.ifoam.org

Notwendigkeit einer Agrarwende

"Die EU-Agrarpolitik ist weder ökonomisch akzeptabel, noch ökologisch verträglich noch sozial gerecht. ... Die EU-Agrarpolitik hat 40 Jahre lang mit außerordentlich hohen Subventionen zur Einschränkung bzw Aufgabe vieler Funktionen in ländlichen Räumen geführt. (...) Nach wie vor geht in der EU alle zwei Minuten ein Arbeitsplatz im direkten landwirtschaftlichen Bereich verloren. Und dies, obwohl sich auch die Agrarpolitik die 'Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen' zum Ziel gesetzt hat. Es ist nur die Fortsetzung solcher Absurditäten, dass 40 Jahre nach der Etablierung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik und 25 Jahre nach Einführung der europäischen Strukturfonds, mit denen der Rückstand wirtschaftlich weniger entwickelter Gebiete aufgeholt werden soll, die Agrarpolitiker den 'ländlichen Raum' entdecken und Gelder für dessen Förderung einfordern. Wofür, wenn nicht für die ländlichen Räume, sind denn in den letzten Jahrzehnten die EU-Milliarden ausgegeben worden? 85% der mittlerweile rund 90 Mrd. Euro an EU-Ausgaben gehen zu Lasten des Etats der Agrarpolitik (rund 50%) bzw. der Strukturfonds (rund 35%). ... Nur 4% der Bauern erhalten 40% der EU-'Ausgleichszahlungen'! So verdrängen, mit gigantischen Steuergeldern unterstützt, wenige Große die vielen Kleinen. Grundregeln der Marktwirtschaft werden massiv verletzt."

Dipl.-Ing. Lutz Ribbe (Leiter der Umweltpolitischen Abteilung in der Stiftung Europäisches Naturerbe – EURONATUR),
Die Wende in der Landwirtschaft,
in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur
Wochezeitung Das Parlament Nr. 24/2001, S. 30.

B Ü C H E R

■ Harald Klimenta & Stefan Brunnhuber **Wie wir wirtschaften werden – Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte**

Erster Bericht der Europäischen Akademie der
Wissenschaften und Künste

Frankfurt/Wien: Redline-Wirtschaft bei Ueberreuter, 2003;
280 Seiten mit ca. 50 Abbildungen. ISBN 3-8323-1022-3

Der Bericht von Dennis Meadows an den Club of Rome (1972) stellte die enge Beziehung zwischen Bevölkerungsentwicklung, Nahrungsmittelproduktion, industriellem Wachstum und Ressourcenverbrauch dar und kam zu dem Ergebnis, dass der gegenwärtige Entwicklungspfad in eine Katastrophe mündet. Trotz konzeptioneller Mängel war es der Erfolg dieses Berichtes, den Bewohnern der Industriestaaten die Endlichkeit unseres Planeten drastisch vor Augen zu führen.

Eine besonders missliche Lücke in D. Meadows Bericht war, dass er dem Finanzsektor Neutralität zusprach: Geld war bei ihm nur eine Maßeinheit, welche die unterschiedlichen ökonomischen Aktivitäten abbildet. Finanzmärkte hatten für ihn lediglich die Aufgabe, Kapital für Investitionen bereitzustellen. Dass aber bereits die Struktur dieser Märkte die Form unseres Wirtschaftens sowie die Art unserer Investitionen maßgeblich beeinflussen, ist Hauptaugenmerk dieses Berichtes. So wird verständlich, dass eine tief greifende Reform der Geld- und Finanzsystemen zahllose Chancen für zukunftsfähige Entwicklungen der Realwirtschaft eröffnen könnte.

Zur Konzeption des Berichtes:

Wir wollten weder auf nationaler Perspektive verharren noch die Innenansichten eines einzelnen Fachgebietes beschreiben, sondern international und interdisziplinär arbeiten. Dieser Aufgabe stellte sich eine international besetzte Arbeitsgruppe, in der u. a. Finanzexperten, ehemalige (Zentral-)Bankmitglieder, Broker, Fachpersonal und Wissenschaftler aus der Entwicklungssoziologie, Psychologie, Politologie, Dritte-Sektor-Forschung, Management-Forschung und

der Volkswirtschaftslehre aus den USA, Deutschland, Österreich, Ungarn, Bolivien und Indien vertreten waren. Hier versuchten wir in intensiven Diskussionen die Beziehung von Finanzmärkten und zukunftsfähiger Entwicklung herauszuarbeiten. In sechs Arbeitstreffen wurden Rahmenbedingungen und Zielsetzungen erarbeitet, wobei uns eine enge Verknüpfung von Theorie und Praxis sehr wichtig war. Ergebnis ist nun kein Sammelband verschiedener Autoren, sondern ein kohärenter, leicht verständlicher Text, der in seinen wesentlichen Grundzügen von allen am Arbeitsprozess Beteiligten getragen wird. Ein Schwerpunkt des Berichts liegt auf zukünftigen Gestaltungsoptionen, wobei jene keinesfalls als ausgearbeitetes Konzept zu verstehen sind, sondern die Vielzahl der möglichen zukünftigen Wege aufzeigt und gleichzeitig den Facettenreichtum der Diskussion in unserer Arbeitsgruppe widerspiegelt.

Die Bemühungen, den Bericht auch in anderen Ländern zu publizieren, zeigen bereits jetzt große Erfolge. Nebst 12-15 weiteren fremdsprachigen Versionen (u.a. für Japan, China, Saudi-Arabien, Ungarn und Spanien) ist natürlich auch eine englischsprachige Übersetzung in Bearbeitung, die u.a. von Bernard Lietaer betreut wird, der durch sein Buch "Die Zukunft des Geldes" auch in Deutschland bekannt geworden ist und im Moment mit Margrit Kennedy ein neues Buch zu lokalen Komplementärwährungen fertig gestellt hat, welches 2004 im Riemann-Verlag in München erscheinen wird. Lietaer war ebenfalls aktives Mitglied unserer Arbeitsgruppe.

Der Aufbau des Berichtes

Wir haben den Bericht in zwei Bereiche aufgeteilt: Nur den ersten Teil liest der eilige Leser, den zweiten der auch an Details interessierte. Beide Teile sind allgemeinverständlich gehalten, wobei Grafiken und Daten vorwiegend in den eher wissenschaftlicheren, vertiefenden Teil genommen wurden.

a) Finanzmärkte und Nachhaltigkeit

Zunächst haben wir überblicksartig die gegenwärtige Finanzmarkt- sowie Nachhaltigkeitsdiskussion zusammengefasst. Hieraus wurden im zweiten Kapitel fünf Kriterien für zukunftsfähige Finanzmärkte entwickelt. Die gegenwärtige

Architektur hat demgegenüber gravierende Mängel, denn sie be- und verhindert dauerhaft stabile Entwicklungen:

- Einkommens- und Vermögensunterschiede nehmen weltweit zu, zwischen den Staaten, zwischen den Regionen und zwischen den Bürgern. Doch verarmte Gesellschaften oder Bürger werden sich nicht um zukünftige Generationen kümmern.
- Investitionen in reale Wirtschaftsgüter müssen sich in Abhängigkeit von den Kapitalmarktzinsen innerhalb kürzester Zeit lohnen, je höher die Zinssätze, desto schneller. Doch kurzfristige Horizonte behindern langfristige Überlegungen zwangsläufig. Die Shareholder-Value-Mentalität, nach der einseitig allein die Kapitalgeberinteressen für die Unternehmensführung relevant sind (und so die gesellschaftlichen Voraussetzungen der Marktwirtschaft völlig ignoriert werden) führt nur in der Theorie zu vorausplanenden Unternehmen, in praxi verschärft sie ebenfalls kurzfristige Handlungsmaximen.
- Verschuldungs- und Währungskrisen vervielfachen Armut und Arbeitslosigkeit und es werden ganze Weltregionen destabilisiert, wobei Argentinien nur der eindrucksvollste Beleg für die Unfähigkeit des globalen Finanzsystems ist, weltweit Stabilität und Wohlstand zu schaffen.
- Hoch verschuldete Individuen, Unternehmen, Staaten, ja ganze Weltregionen sind gezwungen, ungerichtet möglichst stark zu wachsen, um ihre Schulden tilgen zu können.
- Alle genannten Entwicklungen verstärken eine immer deutlicher beobachtbare Erosion von Sozialkapital, dem Stoff, der aus einer Gesellschaft mehr als die Summe ihrer Individuen macht.

So wird deutlich, dass in der Reorganisation internationaler Finanzmärkte ein wesentlicher "missing link" für zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung vorliegt. Diese Zusammenhänge werden in einem empirischen Teil untermauert. Hierbei werden ebenfalls der gegenwärtige Aufbau und der Sinn der unterschiedlichen Teilmärkte beschrieben, sowie die hierdurch ausgelösten weltweiten Vernetzungsprozesse nachgezeichnet.

b) Der Markt – ein Nischenphänomen?

In unserem Bericht wird ein Schwerpunkt auf die Darstellung nicht-typischer Wirtschafts-

beziehungen gelegt. Wir wollten herausarbeiten, dass die gegenwärtige Standardökonomie bei weitem nicht alle Bereiche abdeckt, ja dass der Löwenanteil menschlichen Handelns noch immer weit jenseits von Marktprozessen abläuft. Dies ist notwendig, um den Blick zu schärfen, dass alternative Gestaltungsoptionen nicht unbedingt innerhalb der gegebenen ökonomischen Struktur gesucht werden müssen.

- Das Wachstum im Bereich zivilgesellschaftlicher Organisationen, wobei hierunter von Stiftungen bis Nichtregierungsorganisationen zahllose Institutionen zu rechnen sind, ist bereits ein erster Hinweis auf die Unvollkommenheit marktmäßiger Handlungsformen zur Befriedigung menschlicher und gesellschaftlicher Bedürfnisse.

- Wir wirtschaften selbst für unseren Lebensunterhalt sogar innerhalb der Industrienationen häufiger als gemeinhin vermutet jenseits des Marktes. Frauen tätigen weltweit überwiegend unbezahlte Arbeit. Formalisierte Arbeitsverhältnisse sind in ganzen Weltregionen eine Seltenheit und Beziehungsgeflechte weit wichtiger als ein Durchsetzen innerhalb anonymer Marktkonkurrenz.

- Während simple Tauschringe gern einen Anstrich des "Primitiven" haben, erkennen immer mehr Unternehmen die Vorteile vollkommen geldloser Tauschgeschäfte. Bereits über 10% des Welt-handels werden über Countertrade und Barterhandel abgewickelt, immer mehr Konzerne setzen auf Unternehmenswährungen. Und auch im Bereich professioneller Tauschringe beobachtet man seit einigen Jahren ein phänomenales Wachstum.

- Und nicht zu vergessen: Etwa ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes der EU-Staaten wird durch soziale Sicherungssysteme umverteilt.

c) Sechs Bilder der Zukunft

Motiviert von diesen theoretischen und empirischen Überlegungen werden im folgenden Kapitel alternative Zukunftsbilder entworfen. Methodisch haben wir das Know-how der SCMI-AG gewinnen können, die europaweit Marktführer bei der Erarbeitung von Zukunftsszenarien für die Privatwirtschaft sind. Deren Vorgehen lehnt sich stark an das von Frederic Vesters "Sensitivity-modelling" an. Wir gingen von 77

wohlüberlegt ausgewählten Einflussvariablen aus, wobei die Bewertungen deren wechselseitiger Beeinflussung Grundlage für eine Clusteranalyse waren. Darin sollte die Frage beantwortet werden: "Welche Faktoren sind besonders zentral?". Wir erhielten so 22 Schlüsselfaktoren, deren kohärente Verknüpfung zu sechs sehr unterschiedlichen Zukunftsszenarien führte. Jene lassen sich in drei mal zwei Gruppen bündeln:

- Zwei Szenarien lassen sich als Trendfortsetzungen interpretieren: Deregulierungstendenzen in vielen Bereichen bleiben bestehen, wobei sich jedoch in Abhängigkeit des Grades internationaler Kooperation große Unterschiede zwischen den Zukunftsbildern ergeben.

- In zwei Szenarien werden unterschiedliche (marktkonforme) Regulierungsebenen sehr aktiv, wobei sich einmal Unternehmen ihrer Verantwortung bewusst werden, im anderen Falle allerdings wenig nachhaltige "Inseln der Glückseligkeit" herausbilden.

- Zwei Szenarien weisen eine recht hohe Regulierungstiefe auf – bei sehr unterschiedlicher Kooperationstiefe. Das wenig kooperative Szenario ist dabei nur wenig stabil.

Überraschend war nun, dass drei dieser Szenarien dem Brundlandt-Kriterien für Nachhaltige Entwicklung sehr nahe kommen.

d) Gestaltungsmöglichkeiten sind vorhanden

Damit das Geld- und Finanzsystem zukunfts-fähige Entwicklungen nicht behindert, sondern sogar fördert, müssen wir sie entscheidend verändern. Natürlich ist es nicht möglich, ein ausgearbeitetes "Reformkonzept" zur Erreichung zukunfts-fähiger Entwicklung zu präsentieren. Doch stehen uns bereits heute vielfältige Korrektur- und Gestaltungsmöglichkeiten zur Verfügung, wobei einige im letzten Kapitel vorgestellt werden. Wir teilen die möglichen Gestaltungselemente in zwei Bereiche:

- Konventionelle Elemente. Hierunter fallen nebst den üblicherweise diskutierten Ansätzen (etwa der Umgestaltung internationaler Finanzinstitutionen und der Gestaltung eines internationalen Rahmens) auch weniger bekannte oder diskutierte Elemente, deren Effekte häufig stark unterschätzt werden (z. B. Corporate Citizenship,

Mikrokredite, Bildungspools).

- Komplementäre Elemente. Dies meint Ergänzungen zum gegenwärtigen Finanzsystem, wie z.B. eine internationale Referenzwährung, Barterhandel und die Förderung von Komplementärwährungen.

Zusammenfassung

In unserem Bericht wollen wir herausstellen:

1. Unsere Geld- und Finanzwirtschaft ist eine durch Menschen geschaffene Konvention, vergleichbar einer Vereinssatzung oder einem Gesetzestext. Die Finanzarchitektur ist kein Naturgesetz, sondern ein jederzeit veränderbares Regelwerk. Es liegt an uns, wie wir dieses System gestalten.
2. Die Geld- und Finanzwirtschaft ist nicht neutral, vielmehr gilt: Alle ökonomischen Aktivitäten werden durch die Finanzarchitektur beeinflusst und von Anfang an mitgestaltet.
3. Unsere Geld- und Finanzwirtschaft ist ein wichtiger Hebel zur Realisierung einer nachhaltigen Entwicklung. Dabei sind sehr unterschiedliche zukünftige Entwicklungen denkbar und je nach dem, ob und welche Aufgaben wir den Finanzmärkten zusprechen, ergeben sich verschiedene Problemlösungsstrategien im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung.
4. Zahlreiche Gestaltungs- und Korrekturmöglichkeiten sind vorhanden, deren Umsetzung notwendig ist, will man den monetären Sektor zukunftsfähigen Entwicklungen dienlich machen. Hierfür wollen wir eine breite gesellschaftliche Diskussion anstoßen. Es liegt an uns, welche Gestalt unsere Finanzmärkte haben.

Harald Klimenta und Stefan Brunnhuber

"Das global etablierte kapitalistische Wirtschafts- und Finanzmarktssystem selbst bereitet kriminellen Finanzströmen ein ideales Flussbett. ... Von den rund 4000 Milliarden US-Dollar, die im Jahr 2000 den internationalen Finanzstrom bildeten, dürften Schätzungen des IWF zufolge 600 bis 1500 Milliarden US-Dollar krimineller Herkunft gewesen sein. Die Finanzmärkte sind folglich 'kontaminiert'."

Johann-Günther König, Finanzkriminalität – Geldwäsche, Insidergeschäfte, Spekulation. Frankfurt: Suhrkamp TB, 2003, S. 56 + 61

■ Ulrich Kluge Ökowende – Agrarpolitik zwischen Reform und Rinderwahnsinn

Berlin: Siedler Verlag, 2001. 187 Seiten.

Schon vor 20 Jahren forderte der Agrarwissenschaftler Hermann Priebe in seinem berühmten Buch "Die subventionierte Unvernunft" eine Umkehr der Landwirtschaft von hochindustrialisierten Großbetrieben zu einem im Einklang mit der Natur stehenden mittelständischen Landbau. Angesichts der mit naturwidrigen Methoden von 'Agrarfabriken' erzeugten Lebensmittelüberschüsse, einer ausufernden kaum noch bezahlbaren EU-Agrarbürokratie, des fragwürdigen Imports von Billigfuttermitteln aus der Dritten Welt und der Verschleuderung der Überschüsse zu Dumpingpreisen in die Armutsländer hatte Priebe festgestellt, dass die EU-Agrarpolitik – auch um der europäischen Einigung willen – nicht fortgesetzt werden dürfe. Nur waren neue Wege noch kaum erkennbar. Eine Liberalisierung der Landwirtschaft kam jedenfalls für Priebe wegen deren "Sonderstellung" innerhalb der gesamten Wirtschaft nicht in Frage. Immerhin war Priebe bereits ein Vordenker der erst gegenwärtig langsam beginnenden Auflösung der Bindung der Agrarsubventionen an die Produktion und die schrittweise Umstellung der Subventionen auf Entgelte für die Leistungen der Bauern in Naturschutz und Landschaftspflege ("Modulation"). Kluges "Ökowende" knüpft unmittelbar an Priebes "Subventionierte Unvernunft" an. Vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen als Landwirt und eigener Beobachtungen als Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Dresden schreibt er sie gleichsam in die Gegenwart fort.

Im 1. Kapitel gibt Kluge einen kursorischen Überblick über den "langen Weg in die Krise" der Agrarpolitik. Rekapituliert wird der Protektionismus zunächst in der deutschen und dann in der europäischen Agrarpolitik mit einem "unübersichtlichen Dschungel" (S. 20) aus Verordnungen, Ge- und Verboten, Quoten, Prämien und steigenden Überschüssen und Finanzlasten. Kluge beklagt den "bäuerlichen Exodus" infolge der Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion auf "übermechanisierte Agrarfabriken",

in denen die Tiere mit Hilfe "künstlicher Wachstumsförderer" auf Hochleistungen getrimmt werden (41, 53, 107), und thematisiert die dadurch verschärften Rivalitäten auf den Weltmärkten zwischen der EU und den USA sowie Argentinien, Australien und Neuseeland.

Das 2. Kapitel führt die BSE-Krise von ihren Anfängen in Großbritannien bis zur Gegenwart in ganz Europa vor Augen. Beim Lesen sieht man geradezu die Scheiterhaufen, auf denen Tausende von widernatürlich gefütterten und mit Arzneien vollgestopften Tieren verbrannt. Die solche Opfer fordernde EU-Agrarpolitik ist jedoch nicht grundlegend korrigiert worden. Kluge attestiert ihr eine "Unfähigkeit zu durchgreifenden Reformen". Die vielbeschworene "Agrarwende" hält er für eine mehr von handels- als von gesundheitspolitischen Interessen geleitete "populistisch verpackte Ideenlosigkeit". (78, 87-88)

Das 3. Kapitel durchleuchtet die "Brüsseler Spitzenpolitik" mit ihrer "kalten Logik, wonach es sich beim landwirtschaftlichen Nutztier um ein animalisches Objekt mit variablem Wegwerfdatum handelt". (95, 112) In glänzendem, sehr gut lesbarem Stil kritisiert Kluge auch den Umgang mit Gen-Food und die neue innerdeutsche "grüne Grenze" zwischen der wenigstens noch teilweise mittelständischen Landwirtschaft im Westen und der weitgehend großbetrieblichen Landwirtschaft im Osten. (128-129) Bei alledem lässt er allerdings auch eine innere Distanz zum Biolandbau durchblicken, die fast schon überheblich wirkt. (136)

Wer vom 4. Kapitel "Ökowende" konkrete Vorschläge zu einer Agrarwende erwartet, wird leider enttäuscht. Zwar deckt Kluge die Defizite der "nebulösen" Agrarwende auf und rückt das vielfach ideologisch missbrauchte Leitbild der "bäuerlichen Landwirtschaft auf Familienbasis" wieder in den Mittelpunkt (143, 165-167). Doch lässt er die Frage nach den treibenden Kräften der Entwicklung zur "Wachstumslandwirtschaft mit der unsinnigen Massenproduktion" leider offen. (143, 165-167) Hier wäre in Fortsetzung des Buches von Kluge zu klären, welche Rolle dabei das der gesamten kapitalistischen Marktwirtschaft auferlegte Rentabilitätsprinzip spielt.

Da die Landwirtschaft wegen der naturbedingten Schwankungen der Ernteerträge nicht die Produktivität, d.h. die Rentabilität der Industrie erreichen kann, bedarf es offenbar staatlicher Subventionen, um die Rentabilität des landwirtschaftlichen Kapitals auf ein mit der Rentabilität von industriellem Kapital halbwegs vergleichbares Niveau zu heben. Könnte die treibende Kraft der übermäßigen Industrialisierung der Landwirtschaft also vielleicht in dem universalen Anspruch des Kapitals auf eine 'angemessene' Verzinsung liegen? Für die Agrarwende könnten sich neue Horizonte mit der Einsicht öffnen, dass nicht die Landwirtschaft, sondern das Geld in seiner herkömmlichen Struktur eine "Sonderstellung" in der gesamten Wirtschaft einnimmt. Daraus folgt dann die Überlegung, nicht die Landwirtschaft nach den Erfordernissen des zinstragenden Geldes an die Industrie anzupassen, sondern umgekehrt das Geld an die Natur anzupassen und in Verbindung damit sowohl den Boden als auch die Ressourcen einschließlich des "Pflanzen- und Tierkapitals" zu entkapitalisieren, um in der Landwirtschaft einen neuen Umgang mit Pflanzen und Tieren zu entwickeln, der ihre Würde respektiert.

Werner Onken

■ Weitere Leseempfehlungen

Herbert Koepf und Bodo von Plato **Die biologisch-dynamische** **Wirtschaftsweise im 20. Jahrhundert**

Dornach (CH): Verlag am Goetheanum, 2001. 448 Seiten.

Gunter Vogt **Entstehung und Entwicklung des** **ökologischen Landbaus im deutsch-** **sprachigen Raum**

Bad Dürkheim: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL), 2000. 399 S.

Wolfgang Schaumann, **Georg E. Siebeneicher, Immo Lünzer** **Geschichte des ökologischen Landbaus**

Bad Dürkheim: Stiftung Ökologie & Landbau (SÖL), 2002. 200 S.

■ **Elisabeth Meyer-Renschhausen,
Julia Kemna und Renate Müller (Hrsg.)
Welternährung durch Ökolandbau? –
Die Agrarwende nimmt Konturen an**

Berlin: Institut für Genossenschaftswesen an der Humboldt-Universität, 2002. 245 Seiten - ISBN: 3-929603-58-6

**Elisabeth Meyer-Renschhausen,
Renate Müller und Petra Becker (Hrsg.)
Die Gärten der Frauen – Zur sozialen
Bedeutung von Kleinstlandwirtschaft
in Stadt und Land weltweit**

Herbolzheim: Centaurus Verlag, 2002. 323 Seiten.
ISBN 3-8255-0338-0

An der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität gibt es seit einigen Jahren eine "Arbeitsgruppe Agrarkultur und Sozialökologie", die ihre Forschungsergebnisse zum Thema "Globalisierung und weltweite lokale Selbstversorgung" erstmals 1998 auf dem Deutschen Soziologenkongress vorgestellt hat. Seitdem forscht die AG weiter über den weltweiten "informellen Sektor", der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen weitgehend unberücksichtigt bleibt, obwohl er in manchen Ländern des Südens und in Osteuropa bis zu 90 bzw. 70 % der Menschen das Überleben sichert.

Das Buch "Welternährung durch Ökolandbau?" dokumentiert die gleichnamige Tagung, die die AG Agrarkultur und Sozialökologie im Juni 2001 mit Unterstützung der Schweißfurth-Stiftung an der Humboldt-Universität veranstaltet hat. Teilgenommen haben daran etwa 100 Wissenschaftler/innen, (Bio-)Bauern, Studierende und interessierte Laien. Wie sehr offizielle Stellen in Großbritannien und in der EU das Thema BSE verdrängt und warnende Fachleute zum Teil mit Druck oder Entlassungen zum Schweigen gebracht haben, schilderte die Bakteriologin Kari Köster-Lösche. Wolfgang Schaumann verdeutlichte, wie sehr 'zwei Seelen in der Brust der Bauern schlagen': einerseits haben sie es mit der "Erde als einem lebendigen Ganzen" zu tun und andererseits ist die Landwirtschaft zu einem "Gewerbe zum Geldverdienen" geworden. Der bekannte Fernsehjournalist und Autor Franz Alt betonte die Notwendigkeit einer vollständigen Umstellung der europäischen und welt-

weiten Agrarwirtschaft von konventionellen auf ökologische Anbaumethoden und gab hierfür sowohl ökologische als auch ethische Begründungen. Bernward Geier von der Internationalen Vereinigung Biologischer Landbaubewegungen (IFOAM) betonte in seinem Überblick über Biolandbauprojekte in Afrika, Asien und Südamerika, "dass die konventionelle Landwirtschaft uns nicht ernährt". Schon der Begriff "Welternährung" impliziere die fragwürdige Vorstellung, dass die Weltbevölkerung von irgendwoher, d.h. von konventionellen Großbetrieben ernährt werde. Stattdessen müsse angestrebt werden, dass sich die Menschen überall auf der Welt selbst ernähren können. Biobauern und -bäuerinnen aus Frankreich, der Schweiz, Österreich und Polen berichteten aus ihrer Praxis über positive Entwicklungsschritte in Richtung auf mehr Biolandbau. Sie wiesen aber auch auf die Gefahr hin, dass diese Fortschritte von der EU-Agrarpolitik schnell wieder zunichte gemacht werden könnten, während unterdessen die verfehlte Gentechnik voranschreite. -

Im Buch über die "Gärten der Frauen" werden zahlreiche Beispiele aus dem Norden wie aus

Brüsseler Eurokratie

"Die Allmacht der EU-Kommissare – und damit verbunden das viel beklagte Demokratiedefizit – ist weithin dafür verantwortlich, dass die Interessengruppen auf der europäischen Ebene mehr Einfluss haben als in irgendeinem der Mitgliedsstaaten. In Brüssel sind mehr als 3.000 Interessenverbände vertreten. Die Zahl der Lobbyisten wird auf etwa 15.000 geschätzt. Seit 1994 existiert sogar ein Institut, das sich auf die Ausbildung von EU-Lobbyisten spezialisiert hat (Institut Européen des Affaires Publiques et du Lobbying). Sie alle bedrängen die Kommission, immer neue Richtlinien zu erlassen. 72 % der EU-Ausgaben sind bevorzugten Interessengruppen zugeflossen.

Auch die notorisch protektionistische EU-Außenhandelspolitik wird natürlich von europäischen Produzentenverbänden gefordert und durchgesetzt. Die 'Festung Europa' schützt ihre Zünfte und hält ihre Bürger in Festungshaft – kein Wunder, dass deren Europa-Begeisterung immer weiter fällt."

Prof. Dr. Roland Vaubel, Die wirren Gesetze der Eurokraten,
in: Die Zeit Nr. 32/2002, S. 6.

dem Süden vorgestellt, wie sich Verlierer/innen der Globalisierung in Stadt und Land Überlebensmöglichkeiten mit der Subsistenzlandwirtschaft verschafft haben – ähnlich wie zu Zeiten des "real existierenden Sozialismus", in denen die formelle Landwirtschaft in Großbetrieben zwangskollektiviert und bei aller Technisierung unproduktiv war. Gartenbau und Klein(st)landwirtschaft, die weltweit zu etwa zwei Dritteln von Frauen betrieben werden, sichern vielen Menschen das Überleben in Mittel- und Osteuropa, wo oftmals die Erwerbsbevölkerung von ganzen Dörfern arbeitslos geworden ist, aber auch im Norden und im Süden. Veronika Bennholdt-Thomsen fragt am Beispiel der Warburger Börde nordwestlich von Kassel, ob eine "dörflich-bäuerliche Kultur" eine "verschüttete Quelle einer eigenständigen regionalen Ökonomie" sein könnte. Ludgarde Creemers informiert über städtische Formen der Landwirtschaft in Kenias Hauptstadt Nairobi sowie über die dortige Regelung von Landnutzungsrechten. Hochinteressant ist der Bericht von Farida Akhtar über die Kleinbauernbewegung "Nayak-rishi Andolon" in Bangladesch, die jeden Einsatz von Kunstdüngern und Pestiziden im Interesse der Gesundheit von Natur und Mensch ablehnt. Sie wehrt sich auch besonders dagegen, dass die biologische Vielfalt lokaler Saatgutsorten beim Reis und anderen Pflanzen wegen ihrer angeblich zu geringen Erträge durch wenige sog. "Hohertragsorten" verdrängt wird. Eindrucksvoll zeigt Farida Akhtar, wie multinationale Konzerne sich mit der Patentierung von genetischen Ressourcen die Verfügungsmacht über das Leben anmaßen und dabei sowohl die Biodiversität als auch die ökonomische Diversität von lokalen und regionalen Märkten zerstören. Brigitte Vogl-Lukasser und Christian Vogl erinnern an die Jahrtausende alte und noch immer lebendige Gartenkultur der Mayas im tropischfeuchten Tiefland von Chiapas im Südosten Mexikos, wo es seit Jahren auch massive Konflikte um Landnutzungsrechte gibt. Individuelle und regionale Selbstversorgung sowie Zuerwerbslandwirtschaft gibt es als Reaktion auf die Krisen der Industrie- und Informationsgesellschaft sogar in New York, wo in

verwahrlosten Baulücken sogenannte "Community Gardens" entstanden sind. Von den Stadtteilverwaltungen werden sie jedoch als Brachen betrachtet und müssen von den vorwiegend farbigen und hispanischen Gärtner/innen gegen Bebauungsvorhaben verteidigt werden.

Gärten und Klein(st)landwirtschaft stellen keine hinreichenden Antworten auf die Probleme der Globalisierung dar. Gleichwohl dürften sie notwendige Teilantworten sein, die den Menschen bei sich weiter verschärfender Krise Möglichkeiten zum Überleben bieten. Darüber hinaus können sie der von den natürlichen Lebensgrundlagen und von der Landwirtschaft weitgehend entfremdeten Gesamtgesellschaft zeigen, wie sich verlorene Fähigkeiten zur Selbsterhaltung neu erlernen lassen.

Werner Onken

■ **Gabriele Metzler**
Der deutsche Sozialstaat –
Vom bismarckschen Erfolgsmodell
zum Pflegefall

Stuttgart und München: Deutsche Verlagsanstalt, 2003. 267 Seiten.

Soll der Sozialstaat um-, ab- oder sogar ausgebaut werden? Der Streit um die Sozialpolitik ist nicht erst in den letzten Jahren angesichts der Grenzen seiner Finanzierbarkeit entbrannt, sondern er wird schon seit dem 19. Jahrhundert geführt. Immer ging es um Fragen wie diese: Hemmt der Sozialstaat die Leistungsbereitschaft der Menschen? Oder fördert er den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Die Tübinger Zeithistorikerin Gabriele Metzler hat in diesem Buch übersichtlich dargestellt, wie sich die deutsche Sozialpolitik seit den Zeiten Otto von Bismarcks aus den gesellschaftlichen Interessengegensätzen entwickelt hat. Ihr historischer Überblick ist hilfreich, um sich in den aktuellen tagespolitischen Auseinandersetzungen um die Zukunft des Sozialstaats zu orientieren.

Metzler zeigt, wie der Sozialstaat über mehr als 100 Jahre aus rivalisierenden Machtinteressen, Staats- und Herrschaftsformen, Kriegs- und Nachkriegssituationen und nicht zuletzt auch aus Traditionen hervorgegangen ist. So machte der frühere deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck keinen Hehl aus seiner Absicht,

der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften mit der Einführung der (zunächst nur auf die Industriearbeiter beschränkten) gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung den Einfluss auf die Arbeitermassen zu entziehen. Diese Rechnung ging nur zum Teil auf – Sozialdemokratie und Gewerkschaften verloren durchaus nicht an gesellschaftlichem Einfluss; im Gegenteil, 1927 konnten sie dem Sozialversicherungssystem mit der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung eine vierte große Säule hinzufügen (zu der 1994 noch die Pflegeversicherung hinzu kam). Gleichwohl wurden die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften Gefangene von Bismarcks 'listiger Vernunft', welche die gesellschaftlichen Grundkonflikte zwischen Reichtum und Armut nicht wirklich lösen wollte. Stattdessen wollte sie nur die soziale Ungleichheit kurz unterhalb ihrer explosiven Gefahrenzone durch eine steuerliche Umverteilung von Einkommen stabilisieren.

Weiterhin stellt Gabriele Metzler anschaulich dar, wie der deutsche Sozialstaat nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes auf den Grundlagen der Weimarer Zeit wieder neu auf- und ausgebaut wurde und welches politische Motiv dabei eine nicht unwesentliche Rolle spielte: das Motiv, der kapitalistischen Marktwirtschaft des Westens in der Systemkonkurrenz mit dem zentralverwaltunswirtschaftlichen Osten zum Ansehen eines überlegenen Gesellschaftsmodells zu verhelfen, was ja zumindest in den Zeiten des Wirtschaftswunders auch gut gelang. Der Sozialstaat konnte die brüchigen Sozialbeziehungen tatsächlich – zumindest vordergründig befrieden und sehr dazu beitragen, dass sich in Deutschland trotz der lang anhaltenden und immer noch zunehmenden Massenarbeitslosigkeit bislang noch kein Potenzial an Unzufriedenheit aufgebaut hat, das der 'sozial' über-tünchten kapitalistischen Marktwirtschaft gefährlich werden könnte.

Dieser 'Frieden' verlangte freilich einen hohen Preis. Allzu lange hat er die Menschen in falscher Sicherheit gewiegt und ihr Nachdenken über die nach wie vor bestehenden Gegensätze zwischen (Geld-)Kapital und Arbeit gelähmt. Dies könnte sich in Zukunft als ein gefährliches

Versäumnis erweisen, wenn nämlich die 'neoliberal' geprägte Wirtschaftspolitik weiterhin von der Überlegung ausgehen sollte, dass der Sozialpolitik nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation angesichts 'leerer öffentlicher Kassen' (und sich entsprechend füllender privater Kassen!) eine geringere Bedeutung beigemessen werden könne. So will zum Beispiel das Land Niedersachsen im Jahr 2004 Kürzungen in den Bereichen der Behinderten- und Blindenhilfe, der Hilfe für Aids-Kranke und missbrauchte Frauen sowie in der Sucht- und Drogenberatung vornehmen, um 160 Millionen Euro einzusparen. Zum Vergleich: 2002 zahlte allein die hochverschuldete Stadt München ihren Gläubigern 125 Millionen Euro an Zinsen.

In die hiermit angedeutete Problematik der leistungslosen Vermögenseinkünfte dringt Metzler jedoch nicht tiefer ein. Sie setzt ihre Hoffnungen hauptsächlich darauf, dass die EU sozialpolitisches Terrain (zurück-)erobern könnte, das die Einzelstaaten im Zuge der Globalisierung schon verloren haben bzw. noch verlieren werden. Tatsächlich könnte jeder auf EU-Ebene wiedergewonnene sozialpolitische Handlungsspielraum einen Zeitgewinn für das Nachdenken über die Frage bringen, wie sich denn die sozialen Grundkonflikte wahrhaftiger als auf Bismarcksche Weise überwinden lassen. Doch woher soll die EU unter den Bedingungen der sich auch innerhalb des Nordens vertiefenden Kluft zwischen 'unverschämtem Reichtum' und 'verschämter Armut' ihre sozialpolitische Kraft nehmen?

In dieser prekären Situation wird es höchste Zeit, dass die Gewerkschaften ihr Selbstverständnis neu definieren und den sozialen Grundkonflikt zwischen Kapital und Arbeit (und der Natur) als ein Problem fehlerhafter Geldstrukturen erkennen statt weiterhin an alten Denkmustern festzuhalten und sich in Machtkämpfen aufzureiben und sich davon überraschen zu lassen, wie ihnen auch noch die betriebliche Mitbestimmung abhanden kommt. Auf den internationalen Kapitalmärkten gilt sie bereits als ein hinderliches und überholtes "Sauriermodell".

Werner Onken

■ Helmut Plessner Grenzen der Gemeinschaft – Eine Kritik des sozialen Radikalismus

Frankfurt am Main: suhrkamp-taschenbuch wissenschaft 1540, 1. Aufl. 2002. 145 Seiten.

Diese Schrift galt lange Zeit als Geheimtipp. Sie erschien erstmalig 1924. Plessner war damals noch junger Privatdozent an der 1919 gegründeten Universität Köln, bis er – nach seiner Emigration – 1951 nach Göttingen berufen wurde und sich als Soziologe einen Namen machte. Das Werk verschwand zwar bald vom Büchertisch, aber es avancierte trotz diskursiver Karriere zu einem "Hauptwerk der Soziologie". Vielleicht werden nachstehend die Gründe deutlich, die den Suhrkamp Verlag zu einer Neuauflage gerade jetzt veranlasst haben könnten.

Das Ersterscheinungsjahr 1924 war geprägt von den revolutionären Ereignissen in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, wo die junge Republik zwischen rechtsradikalen und linksextremistischen Umsturzversuchen in die extremistische Klemme geraten war. Das dem 1. Kapitel des Buches von Plessner als Motto vorangestellte englische Sprichwort "You must give the Devil his due" ("Du musst dem Teufel sein Recht geben") betont in seiner Schärfe die ihn bedrängende Situation, die er bereits im Vorwort deutlich werden lässt: "Der soziale Radikalismus hält seine Zeit für gekommen. Obwohl keineswegs mit dem Marxismus identisch ... wirkt er doch ... durch das Trugbild einer Überwindbarkeit der Gewaltmittel im weitesten Sinne, einer schließlichen Befreiung der Menschen von den Vorsichtsmaßregeln der Feindseligkeit in Diplomatie und Politik, (mittels) einer Beseitigung des Krieges nicht nur im Physischen, sondern ebenso sehr im Geistigen". (11/12) Und wie sehr in bester Absicht die Austreibung des Bösen das Böse gebären kann, drückt er wenig später in dem Satz aus, der die Kernthese des Buches sein könnte: "Wenn es eine Dialektik des Herzens gibt, ist sie sicherlich gefährlicher als eine Dialektik der Vernunft". (12)

Plessner verneint nicht die Notwendigkeit der Gemeinschaft für die Entwicklung des Menschen, vielmehr sieht er im Gemeinschaftsgefühl die wesentliche Voraussetzung für mitmenschliches

Verhalten, aber nicht uneingeschränkt. Die "Möglichkeiten der Gemeinschaft" liegen auch in der Gefahr der Überdehnung des Gemeinschaftsgefühls beim Eintreten für eine Sache. Das Gemeinschaftsgefühl nehme in dem Maße ab, wie die Chance zu seiner Verwirklichung in die wachsende Distanz zur individuellen Wirklichkeit gerate. Würde etwa das urchristliche Ideal der alle verbindenden Liebe verwirklicht, so hätte die Menschheit den Gegenpol dessen erreicht, was sie wollte. "Licht braucht Finsternis um zu sein". (56) Die Gemeinschaft scheitere an der Unvergleichlichkeit zwischen Geist und Leben, an der menschlichen Natur. Plessner sieht die Grenzen der Gemeinschaft dort, wo sie würdelos zu werden droht. Gemeinschaft scheitere an der Unvergleichbarkeit von Leben und Geist, an der Konfrontation zwischen dem unvollkommenen Kreatürlichen und dem Ideal eines konfliktfreien Lebens.

Radikalismus ist für Plessner die Partei des Geistes, deren Ideen Wegweiser in die Zukunft aufrichten und ständig das Gewissen mahnen. Der Feind des Radikalismus sei die Natur, seien die Triebe und die Sinne, da sie Schranken setzen und den absoluten Forderungen immer wieder einen gewissen Ausgleich der widerstreitenden Kräfte entgegensetzen. Die Natur unterliegt dem Zwang des Möglichen. Den Radikalen bestimmt ein ständiges Insuffizienzbewusstsein verbunden mit einem schleichenden schlechten Gewissen. Er hört nicht auf die Stimme des Ausgleichs, dagegen liebt er die Überbetonung des Geistigen, Verabsolutierung seiner Ziele, Bitterkeit über die Inkongruenz seines Ichs mit der Welt, Verachtung des Leichten. "Radikalismus heißt Vernichtung der gegebenen Wirklichkeit aus Liebe zu einer Idee". (17)

Plessners Ansatz ist zeitlos aktuell, weil die Überwindung der Kluft zwischen Idealgebundenheit und Verantwortung der Wirklichkeit gegenüber auch in der Gegenwart noch nicht als eine Aufgabe – etwa von den sozialen Bewegungen – gesehen wird, die davor bewahrt, in Radikalität abzugleiten. Der Radikalismus als Überzeugung von der grundsätzlichen Umwälzbarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse entlarvt sich in dem Augenblick als Lüge, in dem – nach Plessner – Klarheit darüber gewonnen sein

wird, dass nicht Direktheit die Formen des Handelns bestimmen darf, nicht Vernachlässigung der psychischen Lebensformen, sondern Methoden der Indirektheit entwickelt worden sind, die das System des Ausgleichs in der Natur auch im gesellschaftlichen Bereich zur Geltung kommen lassen, allein durch Wahrhaftigkeit und Wahrnehmung der uneingeschränkten, allseitig wahrgenommenen Realität. Nichts ist ohne sein Gegenteil wahr. Das ist die Einheit hinter den Gegensätzen.

Das bedingungslose Eintreten für das absolute Gute, das jeder kritischen Ausdeutung und Realitätsprüfung entzogen bleibt, ist heute in Deutschland immer noch moralisch höherwertiger und öffentlich anerkannter als das kritische Abwägen nach den Regeln der Vernunft, als das nüchterne und mühsame Suchen nach einer Mitte zwischen Ideal und Wirklichkeit. Die Einseitigkeit der Realitätswahrnehmung als Mittel der Politik, etwa das Bild der "Schurkenstaaten" auf der einen und das der "bösen Amerikaner und ihres kriegslüsteren Präsidenten" auf der anderen Seite, treibt in die Ausweglosigkeit und erschwert jegliche Problemlösung schon im Ansatz.

Die nachhaltige Lösung von Konflikten verlangt eine allseitige, von hemmendem Ideologeeinfluss befreite Problemerkennung. Das bedeutet im Sinne von Plessner keine Absage an das Ideale, das ideal Gedachte, sondern nur seine angemessene Einbettung in die ungeschönte Realität des Lebens, wodurch das seiner trügerischen Allmacht entzauberte Ideale überhaupt erst prägende Kraft entwickeln kann, wenn auch nicht in seinem illusionären Umfang. Es gibt kein Ende der Politik, wenn hier Politik als die Kunst des Möglichen gesehen werden darf.

Plessners Schrift ist eine leider immer noch berechnete Aufforderung, dem neurotischen Zirkel zu entfliehen und damit dem Glauben, mit dem Instrumentarium des Guten das Böse aus der Welt schaffen zu können. Der Teufel kommt nicht immer durch dieselbe Tür.

Ekkehard Lindner

DIE MITWIRKENDEN DIESES HEFTES

Ass. jur. Eckhard Behrens
Bergstr. 29, 69120 Heidelberg

Prof. Dr. Dr. Stefan Brunnhuber
c/o Institut für Psychotherapie und Medizinische Psychologie, Klinikstr. 3, 97070 Würzburg

Dr. Johannes Grimm
Schlossstr. 11, 14059 Berlin

Dr. Harald Klimenta
Holzgartenstr. 66, 93059 Regensburg

Ekkehard Lindner
Behrensener Str. 18, 37186 Moringen-Behrensens

Dr. Elisabeth Meyer-Renschhausen
Bülowstr. 74, 10783 Berlin

Dipl.-Oec.-troph. Brigitta Poppe
Auf dem Dransdorfer Berg 40, 53121 Bonn

Dipl.-Agr.Ing. Cornelia Roeckl
c/o GLS-Gemeinschaftsbank
Oskar-Hoffmann-Str. 25, 44789 Bochum

Hans Alfred Trein
c/o COMIN
Caixa Postal 14, Sao Leopoldino / Brasilien

Marcin Wawrzyn
Wyzynskiego 3/16, PL – 16-001 Bialystok-Kleodsin

VERANSTALTUNGEN

■ TalenteTransfer – zeitgemäß – grenzenlos

Bundestreffen der Tauschringe vom 3.–5. Oktober 2003 in Bad Aibling mit Arbeitsgruppen zu den Themen "Qualitätssicherung im Tauschring", "Kleingewerbe im Tauschring" und "Überregionaler Transfer" sowie Vorträgen von Prof. Dr. Margrit Kennedy, Bernhard Thomas und Prof. Dr. Michael Linton.

Nähere Informationen: www.tauschringe.info

■ Die Menschenrechte als Grundlage der Sozialordnung

am 11. und 12. Oktober 2003 und

■ Die Rentenreform als Bestandteil des Generationenvertrags

am 15. und 16. November 2003

Tagungen des Seminars für freiheitliche Ordnung im Seminargebäude in Boll.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Sekretariat des Seminars, Badstr. 35, 73087 Boll
 Fon: 07164 – 3573 | Fax: 07164 – 7034
 eMail: info@sffo.de | Internet: www.sffo.de

■ Wie weiter mit der Landwirtschaft?

Tagung am 24.–26. Oktober 2003 in der Universität Trier. Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe referieren über die Entwicklungschancen der Landwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung. Die Teilnahmegebühr beträgt 120 Euro zuzüglich Übernachtung und Verpflegung.

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

Institut für soziale Gegenwartsfragen,
 Haussmannstr. 44a, 70188 Stuttgart
 Fon: 0711 – 23 68 950 | Fax: 0711 – 23 60 218
 eMail: Institut@sozialimpulse.de
 Internet: www.sozialimpulse.de

■ Agrarreform in Brasilien: eine Herausforderung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit

Seminar von FIAN-Deutschland in Zusammenarbeit mit Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst, Forum Umwelt und Entwicklung, Kooperation Brasilien und Misereor am 10. und 11. November 2003 im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn mit Beiträgen von Marcelo Resende (MST) "Agrarreform unter Lula – Stillstand oder Aufbruch?", Ulrike Bickel "Landwirtschaft in den Zwängen der Exportorientierung – das Beispiel Soja" und Andreas Hartmann (BMZ) "Agrarreform in Brasilien als Herausforderung für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit".

Nähere Auskünfte und Anmeldung:

FIAN-Deutschland, z.Hd. Armin Paasch
 Fon: 02323 – 919 26 63
 eMail: paasch@fian.de | Internet: www.fian.de

34. MÜNDENER GESPRÄCHE

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950 e.V.

Die Reform der Bodenordnung Ziele und Wege

Samstag / Sonntag, 25./26. Oktober 2003,
 Ländl. Heimvolkshochschule Mariaspring bei Göttingen

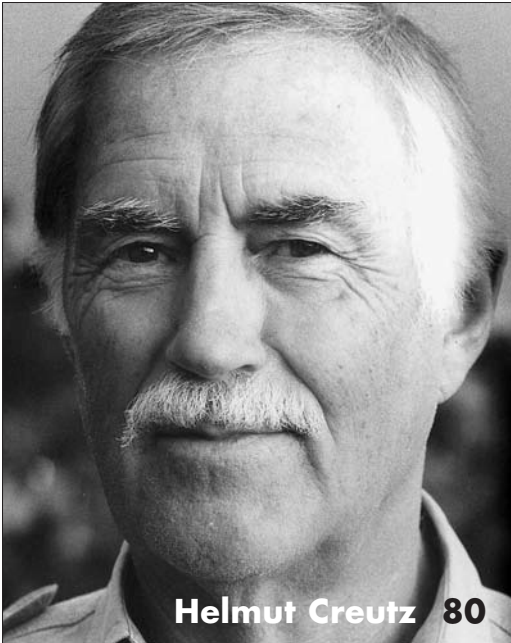
SAMSTAG, 25. OKTOBER 2003

- 9.00 Uhr **Eröffnung der Tagung**
Ekkehard Lindner, Tagungsleiter
- 9.15 Uhr **Einführung in das Tagungsthema**
Fritz Andres, Seminar für freiheitl. Ordnung
- 9.45 Uhr **Die Grundsteuer – Perspektiven zu ihrer Reform**
Prof. Dr. iur. H. Dieterich, Langenballig
- 11.15 Uhr **Grundsteuer und Realoptionsansatz**
Prof. Dr. D. Löhr, Sozialw. Gesellschaft
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr **Diskussion mit den Teilnehmern**
- 14.30 Uhr **Das Erbaurecht als dezentrales Instrument einer Reform der Bodenordnung**
J. v. Heynitz, Seminar für freiheitl. Ordnung
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.30 Uhr **Handelbare Flächennutzungsrechte**
M. Schmalholz, Future-Camp GmbH, München
- 18.00 Uhr Abendpause
- 20.00 - **Diskussionsforen:**
- 22.00 Uhr **Forum I: Der Boden - ein Kapitalgut? / F. Andres**
Forum II: Grundsteuer - Flächennutzungssteuer - Versiegelungsabgabe / Prof. Dr. Dieterich
Forum III: Defizite des geltenden Bodenrechts / M. Schmalholz

SONNTAG, 26. OKTOBER 2003

- 9.00 Uhr **Von der Ökosteuer zur Ökoulage: Moderne Anwendungsbereiche bodenreformerischer Gedanken**
Fritz Andres, Seminar für freiheitl. Ordnung
- 10.15 Uhr Pause
- 10.30 Uhr **Rundgespräch mit den Referenten und Teilnehmern**
Leitung: Jörg Gude, Sozialw. Gesellschaft
- 12.30 Uhr Ende der Tagung – *Änderungen vorbehalten!* –

Anmeldung erforderlich. Einladung und Anmeldeformular anfordern bei der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, Postfach 1550, D-37145 Northheim, Fon 05503-805 389 oder 3205; Fax: 805 394 | eMail: SG.Lindner@t-online.de
 Internet: www.sozialwissenschaftliche-gesellschaft.de



Helmut Creutz 80

Am 8. Juli 2003 konnte unser Mitarbeiter Helmut Creutz seinen 80. Geburtstag feiern. Den zahlreichen Gratulationen und Glückwünschen schließt sich die "Zeitschrift für Sozialökonomie" herzlich gern mit der Hoffnung an, dass seine Gesundheit und geistige Schaffenskraft noch lange erhalten bleiben mögen, damit wir weiterhin gemeinsam für eine gerechtere Wirtschaftsordnung tätig sein können.

Mit Helmut Creutz verbindet uns eine ebenso freundschaftliche wie fruchtbare Zusammenarbeit. 1984 begann sie mit seinem Aufsatz "Die fatale Rolle des Zinses im gegenwärtigen Wirtschaftssystem", der erstmals seine Einsichten in das Wirtschaftsgeschehen zusammenfasste. Auf eine ungewöhnliche Weise hatte Helmut Creutz 1979 den Impuls zu seinen Wirtschaftsanalysen bekommen. Während seiner langjährigen Berufstätigkeit als freier Architekt hatte er bereits die Bücher "Gehen oder Kaputtgehen" (im "Werkkreis Literatur der Arbeitswelt") und "Haken krümmt man beizeiten – Schultagebuch eines Vaters" (Bertelsmann/dtv) veröffentlicht. Ein Leser seines Schultagebuchs regte ihn zur Beschäftigung mit der Geld- und Zinsthematik an. Nach anfänglicher Skepsis widmete Helmut Creutz schließlich

seine ganze Arbeitskraft den Analysen der wirtschaftlichen Ursachen von Ungerechtigkeit, Umweltzerstörung und Unfrieden auf der Welt. Zahlen, Daten und Fakten so aufzubereiten, dass andere Menschen den im Geldwesen liegenden Kardinalfehler unserer Wirtschaftsordnung selbst erkennen und nach Lösungsmöglichkeiten fragen – das wurde fortan für ihn zur neuen Lebensaufgabe. Ein Vierteljahrhundert lang hat sich Helmut Creutz ihr unermüdlich in unzähligen Vorträgen und Veröffentlichungen gewidmet und damit als 'sozialer Architekt' wichtige Vorarbeiten zu einer zukünftigen gerechteren Wirtschaftsordnung geleistet. Von seinem Buch "Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft" gab es eine gebundene Ausgabe (1993) und danach fünf Taschenbuchauflagen. Sein nächstes Buch – der vorläufige Arbeitstitel lautet "Die 22 Geldirtümer" – soll im Frühjahr 2004 im Wirtschaftsverlag Langen-Müller in München erscheinen.

Neben seinen vielen Vorträgen und Veröffentlichungen gehörte Helmut Creutz bis vor kurzem auch dem Vorstand der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung" an. Als 2. Vorsitzender lag ihm vor allem daran, die Stiftung in den Kreisen der Bodenrechts- und Geldreformbewegung bekannter zu machen und die Mitwirkung junger Menschen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu fördern.

Bei einer Sommerveranstaltung der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) am 19. Juli in Wuppertal-Nevides sprachen Vertreter der Stiftung, der INWO, der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft, der Christen für gerechte Wirtschaftsordnung und des Seminars für freiheitliche Ordnung Helmut Creutz ihren anerkennenden Dank für seine große Lebensleistung und seine verlässliche Mitarbeit aus. Bei dieser Gelegenheit wurde auch erstmals der auf Initiative von Margrit Kennedy von Frieder Mayrhofer produzierte Film "Gerechtes Geld – Gerechte Welt. Erkenntnisse des Wirtschaftsanalytikers Helmut Creutz" gezeigt. Dieser einstündige Film kann als VHS-Videokassette für 11 Euro von der Versandstelle der INWO bezogen werden: Sambach 180, 96178 Pommersfelden. – Fon: 09502 – 92 13 66. – eMail: www.INWO.de

Werner Onken